

# Stenographisches Protokoll.

## 28. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

### IV. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 6. Mai 1931.

#### Inhalt.

**Verhandlungen:** 1. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 106), betr. das Bäckereiarbeitergesetz — Fortsetzung — Muchitsch (791), Schmidt (795), Popp (796), Peter (798) — Ausschuss für soziale Verwaltung (799);

2. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 16), betr. einige Abänderungen des Schulerrichtungsgesetzes für Niederösterreich (B. 122) — Berichterstatter Dr. Stögner (799) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (799);

3. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 14), betr. die Abänderung des § 12 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 (B. 123) — Berichterstatter Jarboch (799) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (800);

4. Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 17), betr. die gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol (B. 121) — Berichterstatter Dr. Kolb (800 u. 811), Glöckel (800 u. 808), Dr. Schuschnigg (805), Werner (808), Jarboch (810) — Annahme des Gesetzes in 2. und 3. Lesung (812);

5. Erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 111), betr. die Wehrgefehnovelle 1931 — Dr. Deutsch (812), Poppa (822), Dr. Schuschnigg (823), Dewaty (827), Bundesminister Vaugoin (828), Falle (832) — Ausschuss für Heereswesen (833).

**Dringliche Anfrage:** Stein, Janacek, Hartmann, Bundesregierung, betr. den Schutz der Gesinnungsfreiheit der Arbeiterschaft im Donawitzer Hüttenwerk (791) — Stein (833), Bundesminister Dr. Schürff (835).

**Ausschüsse:** Wahl Hasenauer als Mitglied und Abram und Markschläger als Ersatzmänner des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft für Geisler, beziehungsweise an Stelle Duda und Duschner, Hasenauer als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses und des Rechnungshofausschusses und als Ersatzmann des Zollausschusses für Geisler, Dr. Koref als Ersatzmann des Ausschusses für Heereswesen an Stelle Duda (836).

Eingebracht wurde:

**Anfrage:** Paulitsch, Gritschacher, Handelsminister und Finanzminister, wegen Vergebung von gewerblichen Arbeiten an der Glöcknerstraße an nichtkärntnerische Firmen (17/I).

**Tagesordnung:** Bäckereiarbeitergesetznovelle (B. 106) (Fortsetzung der 1. Lesung).

Abänderung des Schulerrichtungsgesetzes für Niederösterreich (B. 122).

Abänderung des § 12 des Gesetzes vom 14. Mai 1869 (B. 123).

Gewerbliche Fortbildungsschulen in Tirol (B. 121).

Wehrgefehnovelle 1931 (B. 111) (1. Lesung).

Präsident Dr. Renner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. vorm.

Eine dringliche Anfrage der Abg. Stein, Janacek, Hartmann u. Gen. an die Bundesregierung, betr. den Schutz der Gesinnungsfreiheit der Arbeiterschaft im Donawitzer Hüttenwerk, lautet:

„Die Werkstdirektion Donawitz der Alpinen Montangesellschaft hat die Unterzeichner des Wahlvorschlages für die vom Einigungsamt angeordnete Neuwahl des Betriebsrates zum größten Teil entlassen und so die beträchtliche Minderheit um jede Vertretung im Betriebsrat gebracht.

Die Direktion des Donawitzer Hüttenwerkes hat sich durch eine Kundmachung gegen den § 4 des Gesetzes zum Schutze der Arbeitsfreiheit vom 5. April 1930 vergangen, indem sie die Aufnahme in Arbeit von der Zugehörigkeit zum Heimatschutz abhängig macht.

Die Direktion hat weiter eine schwere Einschüchterung der Arbeiterschaft dadurch ausgeführt, daß sie die Arbeiter, welche den Wahlvorschlag der freien Gewerkschaft gefertigt haben, trotz langer Dienstzeit und unleugbarer Qualifikation entlassen hat, um so der übrigen Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Das sind so offenkundige Verstöße gegen Wortlaut und Sinn des Gesetzes, daß es im Interesse der Rechtssicherheit dringend geboten ist, hier Wandel zu schaffen.

Die Gefertigten richten daher an die Bundesregierung die Fragen:

„1. Ist die Bundesregierung endlich bereit, dem Gesetze auch gegenüber der Österreichischen Alpinen Montangesellschaft Achtung zu verschaffen?

2. Ist sie geneigt, gegen die verantwortlichen Funktionäre der Alpinen Montangesellschaft durch die Staatsanwaltschaft die notwendigen Schritte einleiten zu lassen?“

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlage (B. 106): Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 3. April 1919, St. G. Bl. Nr. 217, über die Regelung der Arbeit in den Betrieben zur Erzeugung von Backwaren abgeändert wird (Bäckereiarbeitergesetznovelle).

**Muchitsch:** Hohes Haus! Ich habe gestern dargelegt, wie in den einzelnen Bundesländern das Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit in den Betrieben zur Erzeugung von Backwaren eingehalten wird. Ein Gesamtüberblick über die einzelnen Bundesländer

ergibt, daß in allen größeren Orten schon vor 4 Uhr früh mit der Arbeit begonnen wird, daß aber die Vorarbeiten für den Beginn der Tafelarbeit meist schon um 12, um 1½, um 1 Uhr Mitternacht anfangen. Nur in Wien haben wir noch den 5-Uhr-Beginn der Arbeitszeit im Bäckergerwerbe, in allen Bundesländern ist eigentlich das Bäckerschutzesgesetz über die Arbeitszeit ruiniert, vollständig obsolet geworden. Die Lehrlinge müssen zu gleicher Zeit mit den Gehilfen zur Arbeit antreten, in den meisten Fällen auch zur Vorarbeit. Die Bestrafungen, die wegen Übertretung des Bäckerschutzesgesetzes erfolgen, sind eigentlich Prämien für die Übertretung des Gesetzes. Die Bestrafungen, die verhängt werden, bedeuten einen Bon für die Übertretung des Gesetzes, ja, sie sind der Anreiz dafür, daß die Unternehmer im Bäckergerwerbe das Gesetz einfach mißachten.

Genau dieselben Verhältnisse, die sich in der Einhaltung der Arbeitszeit ergeben, finden wir auch in der Frage der Lehrlingshaltung. Das Gesetz bestimmt im § 10, daß Unternehmer, die keinen oder nur einen Gehilfen beschäftigen, nur einen Lehrling halten dürfen. Keine Behörde auf dem Lande kümmert sich darum, ob diese Bestimmung des Gesetzes eingehalten wird. Der § 11 verbietet, daß Lehrlinge vor dem vollendeten 18. Lebensjahr zum Feilbieten von Backwaren von Haus zu Haus verwendet werden. Draußen auf dem Lande werden die Lehrlinge schon am ersten Tag der Lehrzeit dazu verwendet, um den Kunden das Gebäck zuzustellen, schon am ersten Tag der Lehrzeit werden sie als Hausierer verwendet.

Diese Tatsachen, die ich hier festgestellt habe, sind wohl eine erschütternde Anklage. Regierung und Behörden heißen nach Autorität. Soll der Arbeiter angesichts dieser Tatsachen an diese Autorität glauben? Der Arbeiter hat ja nichts als seine Arbeitskraft, und diese findet den einzigen Schutz in den Arbeiterschutzesgesetzen. Wie wird aber dieses Arbeiterschutzesgesetz gerade für die Bäcker eingehalten? Die Behörden behandeln dieses Gesetz einfach verächtlich. Die Bäckerarbeiter werden von den Behörden und von den Unternehmern noch verhöhnt, wenn sie die Einhaltung des Gesetzes begehren. Wer aus Not stiehlt, wer sich am Eigentum vergreift, wird ehelos und kommt in den Kerker. Wer sich an dem einzigen Eigentum des Arbeiters vergreift, ihm seine Gesundheit, seine Existenz raubt, wird in Österreich mit 2, 3, 4, 5, 10 bis 20 S Geldstrafe belegt. Strafen werden verhängt in gleicher Höhe, wie sie etwa für die Verunreinigung öffentlicher Anlagen verhängt werden. Da muß doch der Arbeiter zu der Erkenntnis kommen: ich als Arbeiter muß die Gesetze einhalten, die Unternehmer brauchen die Gesetze nicht einzuhalten, und die Behörden schließen einfach beide Augen, wenn die Unternehmer die Gesetze nicht einhalten.

Man sucht nun nach einer Erklärung für die Haltung der Behörden. Sind etwa die Bäckereien, die Brot-

fabriken und die Bäckermeister derart in einem Notstand, daß diese Duldung der Behörden geboten erscheint? War etwa die Haltung der Behörden ein notwendiges Notopfer für die Bäckereibetriebe? Jeder, der die Dinge kennt, weiß, daß die Bäckereien im Kriege und nach dem Kriege gut verdient haben. Viele Bäckereien, die vor dem Kriege vor dem Zusammenbruch gestanden sind, haben sich während des Krieges saniert und haben nach dem Kriege, in der Nachkriegszeit gut verdient, haben Verdienste erzielt, wie sie in anderen Gewerben nicht üblich waren. Trotz dieser Prosperität der Bäckereibetriebe ist diese Haltung der Behörden zu verzeichnen. Die Bäckereien haben ihre Betriebe modernisiert, haben Maschinen eingestellt, moderne Öfen eingebaut, in den Großbetrieben ist die Arbeit mechanisiert, rationalisiert worden, und trotz der gesteigerten Verdienste durch Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe haben die Unternehmer das bescheidene Schutzgesetz für die Bäcker nicht eingehalten.

Als die Friedensherzeugung nach dem Kriege eingeseht hat, hat auch der Konkurrenzkampf unter den Bäckern wieder begonnen. Dieser Konkurrenzkampf der Bäcker wurde eigentlich durch die Behörden gefördert, obwohl nicht alle Unternehmer zum Bäckerschutzesgesetz einheitlich Stellung genommen haben. Ein Teil der Unternehmer war dafür, daß dieses Gesetz eingehalten werde, in der Auffassung, daß dieses Gesetz auch einen Schutz für das Gewerbe bedeutet. Ja, es haben sogar Unternehmer gemeinsam mit Arbeitervertretern bei den Behörden interveniert, um die Einhaltung des Gesetzes zu erzwingen. Obwohl also die Haltung der Unternehmer zum Bäckerschutzesgesetz keine einheitliche war, haben die Behörden den unter den Bäckern herrschenden Konkurrenzkampf noch dadurch gefördert, daß sie einfach das Gesetz mißachteten. Die Bäckergehilfen haben wiederholt gefordert, daß eine sachmännische Kontrolle auf gesetzlichem Wege für die Bäckereibetriebe festgelegt werde. Die Gendarmerieorgane, die Organe der Gewerbebehörden sind meist nicht so geschult, um bei der Nachschau in den Bäckereien wirklich konstatieren zu können, ob die Arbeitszeit eingehalten wird oder nicht, ob Vorarbeiten oder Tafelarbeiten gemacht werden. Diesem Übelstand wollten die Bäckergehilfen dadurch abhelfen, daß sie gemeinsam mit behördlichen Organen die Kontrolle in den Bäckereibetrieben durchführen, die das Gesetz nicht einhalten. All diese Bestrebungen sind erfolglos geblieben, weil die Behörden scheinbar der Auffassung waren, daß es ihre Aufgabe sei, den Bäckerschutz vollständig zu ruinieren.

Und nun bringt heute die Regierung eine Vorlage über die Abänderung des Gesetzes ein, die nichts anderes bedeutet als einen brutalen Angriff auf das Nachbäckverbot. Die Novelle zu dem Gesetz ist quasi eine Rechtfertigung für die Haltung der Behörden. Mit dieser Novelle soll die Lässigkeit, soll die Nachsicht der Behörden in den zwölf Jahren seit dem Bestande

des Bäckerchutzgesetzes gerechtfertigt werden. Es ist interessant, daß schon einige Male der Versuch gemacht wurde, das Gesetz über die Nacharbeit zu novellieren, und es muß konstatiert werden, daß jeder Versuch zur Novellierung des Gesetzes reaktionärer war als der vorhergehende. Jeder Entwurf, der den Arbeiterkammern zugegangen ist, war schlechter als die ursprüngliche Absicht für die Novellierung des Gesetzes. Der Entwurf, der aber nun vorgelegt wird, die Novelle, die nun vom Nationalrat beschlossen werden soll, geht noch über die Wünsche der Unternehmerorganisation hinaus. Der Zentralverband der Bäckerinnungen Österreichs hat im Vorjahr einen Entwurf über die Novellierung des Nachtbrotverbotes ausgearbeitet. Dieser Entwurf, den die Unternehmer ausgearbeitet haben, geht nicht soweit wie die jetzt zur Beratung stehende Regierungsvorlage. Damit ist wohl der Beweis erbracht, daß im Bundesministerium für soziale Verwaltung arbeiterfeindliche Tendenzen vorherrschend sind, daß die Arbeiterfeindschaft im Bundesministerium für soziale Verwaltung größer ist als selbst bei den Unternehmerorganisationen.

Die Novelle will den Arbeitsbeginn für das ganze Bundesgebiet ab 4 Uhr morgens gestatten, und in der Begründung dafür wird gesagt: Wenn nun ein einheitlicher Arbeitsbeginn im ganzen Bundesgebiet festgelegt ist, wenn die Landeshauptleute nicht mehr das Recht haben, den Arbeitsbeginn festzusetzen, dann wird man in die Lage versetzt sein, den einheitlichen 4-Uhr-Arbeitsbeginn im ganzen Bundesgebiet durchzuführen. Dasselbe haben die Landeshauptleute gesagt, als sie im eigenen Wirkungskreis den 4-Uhr-Beginn im Bäckerergewerbe gestattet haben. Sie haben erklärt, wenn wir den Wünschen der Unternehmer so weit entgegenkommen, daß um 4 Uhr früh mit der Tafelarbeit begonnen werden kann, dann wird das Gesetz auch eingehalten werden. Ich mußte gestern konstatieren, daß diese Erwartungen der Landeshauptleute nicht eingetroffen sind, daß die Verordnungen der Landeshauptleute nicht respektiert werden, daß sich die Unternehmer auch um die Einhaltung der Verordnungen nicht kümmern, weil eben die Strafen wegen der Übertretungen der Verordnungen und des Gesetzes viel zu gering sind. Es wäre ja sicherlich ein Vorteil, wenn im ganzen Bundesgebiet ein einheitlicher Arbeitsbeginn festgelegt werden würde. Die Erfahrungen aber, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, sagen uns, daß mit dem 4-Uhr-Arbeitsbeginn im ganzen Bundesgebiet nichts anderes geschieht, als daß der gegenwärtige ungesetzmäßige Zustand legalisiert wird.

In der Novelle sind auch die Vorarbeiten aufgenommen, Vorarbeiten in einem Ausmaße, das natürlich bedingt, daß nicht um 3 Uhr, 2 Uhr früh mit der Vorarbeit begonnen wird, sondern je nach der Betriebseinrichtung auch schon zu einer früheren Zeit mit der Vorarbeit begonnen werden muß. In die Vorarbeiten

hat die Novelle aufgenommen die Herführung, das Teigbereiten, Teigauswiegen, Anheizen der Öfen, Reinigung usw. Nun ist es überhaupt eine Unmöglichkeit, alle Vorarbeiten im Gesetz taxativ aufzuzählen, weil die Vorarbeiten nach der Betriebseinrichtung verschieden sind. Kleine Bäckereien, beispielsweise mit vier Gehilfen, ohne Maschinen, mit sogenannten steirischen Öfen, werden zur Vorarbeit zwei bis drei Stunden benötigen. Bei anderen Betrieben kann die Dauer der Vorarbeit wieder ein kürzeres Ausmaß betragen. Aber für eine solch kleine Bäckerei ohne Maschinen, ohne moderne Öfen bedeutet das, daß zwei Gehilfen mit der Vorarbeit schon um 1 Uhr früh beginnen müssen, wenn um 4 Uhr früh die Tafelarbeit begonnen werden soll. Wir sind der Auffassung, daß über die Vorarbeiten die Kollektivverträge entscheiden sollen, keineswegs aber der Text des Gesetzes.

Die Novelle sagt, daß von 4 Uhr morgens an auch jugendliche Hilfsarbeiter zur Arbeit verwendet werden können, eine Bestimmung, die eigentlich mit den sozialen Bestimmungen des Schutzes für die jugendlichen Arbeiter in Widerspruch steht.

Aber eine geradezu unglaubliche Bestimmung ist in der Novelle insofern enthalten, indem ausgesprochen wird, daß die Bäckerarbeiter an Samstagen zur elfstündigen Arbeitszeit herangezogen werden können, ohne daß sie dafür eine Überstundenentlohnung fordern dürfen. Also an jedem Samstag soll, wenn die Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen nicht volle acht Stunden betragen hat, der Bäckerarbeiter einfach durch elf Stunden arbeiten. So wird einfach für den Bäckerarbeiter die achtstündige Arbeitszeit an Samstagen abgeschafft. Es kann natürlich dann nicht wundern, daß man auch den Zuckerbäckern die Sonntagsarbeit an zwei Stunden gestatten will, ohne daß die Gehilfen eine Überstundenzahlung erhalten, und dafür sollen sie Ersatzruhestunden in der folgenden Woche bekommen.

Der Verkauf und die Zustellung von Backwaren soll ab ½6 Uhr gestattet sein. Das bedeutet, daß die Landbäckereien vollständig zur Nacharbeit zurückkehren, daß auf dem Lande die Nacharbeit in den Bäckereien wieder so eingeführt wird, wie sie vor dem Kriege bestand, daß also für die Landbäckereien das Verbot der Nacharbeit einfach verschwindet.

Der schlimmste Angriff in dieser Novelle ist aber wohl der, daß im Artikel II ausgesprochen wird, daß Kollektivverträge, die zwischen den Bäckerbesitzern und Bäckerarbeitern abgeschlossen worden sind, ohne weiteres gekündigt werden können. Durch diese Bestimmung wird die Vertragsfreiheit der Bäckerarbeiter einfach beseitigt und wird den Bäckermeistern gesagt, wie sie sich von den Forderungen der Arbeiter befreien können.

Als diese Novelle den Arbeiterkammern zur Begutachtung vorgelegt wurde, haben die Arbeiterkammern alle moralischen, sachlichen und rechtlichen Bedenken vorgebracht. Trotzdem hat das Ministerium für soziale

Verwaltung, beziehungsweise die Regierung die Vorlage unverändert dem Nationalrat vorgelegt. Wenn in der Landwirtschaft oder im Handel und Gewerbe die Kammern über irgendeine Vorlage zu beraten haben und fachliche und rechtliche Bedenken dagegen vorgebracht werden, so würde das betreffende Fachministerium nicht wagen, die Vorlage im Ministerrat und im Nationalrat unverändert einzubringen. Aber das Bundesministerium für soziale Verwaltung scheint der Auffassung zu sein, daß es nicht für die Arbeiterinteressen zu wirken, sondern daß es, über die Wünsche der Unternehmer hinausgehend, einfach an der Verschlechterung der Arbeiterschutzgesetze zu arbeiten hat. Heute ist das Ministerium für soziale Verwaltung — und gerade diese Vorlage beweist das — nichts anderes als eine Filiale des Schwarzenbergplatzes. Was da auf dem Schwarzenbergplatz hergeführt, gemischt und ausgewogen wird, das wird im Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgebacken, und die arbeiterfeindlichsten Tendenzen, die man sich nur vorstellen kann, feiern im Bundesministerium für soziale Verwaltung fröhliche Auferstehung.

Welche Folgen würde nun dieses Gesetz für die Bäckereiarbeiter haben? Wenn der Beginn der Tagesarbeit um 4 Uhr früh gestattet wird, so bedeutet das, daß in Wien mit einem Schlage über 1000 Bäckergehilfen arbeitslos werden. Es würde aber weiters bedeuten, daß die Bäckerlehrlinge schon vom 14. Lebensjahr an um 12 Uhr nachts mit der Arbeit beginnen müßten und daß die Lehrlingszüchterei im Bäckergewerbe wieder so aufblühen würde, wie sie in der Vorkriegszeit bestand. Eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe ganz Österreichs wäre die Folge dieser Änderung des Gesetzes. Wenn die Regierungsvorlage Gesetz wird, dann müssen die Bäcker in Wien an Samstagen 18.000 Gratisüberstunden in einer Woche leisten. Das bedeutet, daß 500 Arbeitslose, die in Wien an Samstagen zur Aushilfsarbeit herangezogen werden, um die Samstagsaushilfe gebracht sind, daß diese Arbeitslosen die paar Schilling an Samstagen nicht verdienen können. Relativ nicht so groß, aber in dem gleichen Ausmaße würden die Wirkungen in der Provinz sein, nur würde die Lehrlingszüchterei in der Provinz noch ärger sein als in Wien. Wir müssen daher diesen Entwurf, den die Regierung eingebracht hat, mit aller Entschiedenheit zurückweisen, denn dieser Entwurf ist nichts anderes als ein gesetzliches Begräbnis für den Arbeiterschutz in Österreich. Jahrzehntlang haben die Bäcker in Österreich um den Achtstundentag im Bäckergewerbe und um die Abschaffung der Nachtarbeit gekämpft. Wissenschaftler auf dem Gebiete der Medizin und Hygiene haben die Forderungen der Bäckerarbeiter unterstützt. Im Jahre 1910 hat die kaiserliche Regierung eine amtliche Untersuchung über die Zustände im Bäckergewerbe eingeleitet. Diese Untersuchung hat zu dem Ergebnis geführt, daß im Jahre 1912 ein Entwurf über ein

Bäckerschutzgesetz im Parlament eingebracht wurde. Die bürgerlichen Parteien haben allerdings die Erledigung dieses Gesetzes verhindert, aber die Republik hat schließlich und endlich diese alte Forderung der Bäckerarbeiter erfüllt. Bei der Erfüllung dieser Forderung konnte sich die Republik sagen, daß durch dieses Gesetz nicht allein Arbeiterforderungen erfüllt werden, sondern dieses Gesetz auch allgemeine Bedeutung für die Volksgesundheit und für die sanitären Zustände in den Bäckereien hat.

Nun will man das Bäckerschutzgesetz einfach beiseitigen. Es wäre nun ehrlicher gewesen, wenn man einen Entwurf mit einem Paragraphen eingebracht und darin gesagt hätte: Das Bäckerschutzgesetz wird aufgehoben, als wenn man auf diesem Umwege noch unter dem Deckmantel scheinbarer Sozialpolitik einfach das Bäckerschutzgesetz in Österreich aus dem Wege räumen will. Wahrscheinlich soll dieser revolutionäre Schutt weggeräumt werden — dieser revolutionäre Schutt, den die Provisorische Nationalversammlung der Republik Österreich als sozialpolitisches Gesetz den Bäckerarbeitern einstimmig zugebilligt hat. Hohes Haus! Wir glauben, daß diese Frage für die Volksvertretung nicht eine Frage der Mehrheit oder Minderheit sein kann, sondern eine Frage der Anständigkeit ist. Nach unserer Auffassung ist es der Volksvertretung unwürdig, daß sie sich mit diesem Gesetz beschäftigen soll. Wenn die Provisorische Nationalversammlung einstimmig ein Gesetz verabschiedet, jahrzehntelangen Wünschen der Bäckereiarbeiter Rechnung getragen und sanitären Forderungen entsprochen hat, dann ist es wirklich der Volksvertretung unwürdig, wenn sie den vorliegenden Gesetzentwurf zustimmend verabschieden soll. Wir verlangen immer wieder und haben immer wieder die Ratifizierung des internationalen Übereinkommens über das Nachtbäckerverbot verlangt, haben aber bisher diesen unseren Wunsch, diese unsere Forderung nicht durchsetzen können. Gerade die Vorlage, die uns heute beschäftigt, ist für uns der Anlaß, diese Forderung neuerlich zu erheben. Wir weisen diese Vorlage zurück, weil sie aus demselben Geiste geboren ist wie die Entwürfe über die sogenannte Sozialreform in Österreich. In dieser Vorlage über die Abänderung des Nachtbäckerverbotes ist der Geist der Beseitigung sozialrechtlicher, arbeiterrechtlicher Bestimmungen enthalten, in ihr kommt die ganze Arbeiterfeindschaft des Ministeriums für soziale Verwaltung zum kräftigsten Ausdruck, daher erheben wir gegen diese Vorlage den allerschärfsten Protest. In einer Zeit der Wirtschaftskrise, wo die Arbeiter ihre Nerven kaum mehr meistern können, um in der Not und in dem Elend Ruhe zu bewahren, ist eine Vorlage wie die heute zur ersten Lesung stehende nichts anderes als eine Provokation der Arbeiterschaft. Wir weisen daher diese Vorlage zurück und werden alle unsere Kräfte anstrengen, damit dieses Schandwerk, das da vom Ministerium für soziale Verwaltung ausgearbeitet wurde, nicht zur Tatsache

wird. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

**Schmidt:** Hohes Haus! Mit dem zur Beratung stehenden Regierungsentwurf, betr. die Neuregelung der Arbeit in den Bäckereibetrieben, soll endlich gegenüber den verschiedenen ungünstigen Auswirkungen, welche das Bäckerarbeitsgesetz vom 3. April 1919 in der Praxis ausgelöst hat, wenigstens teilweise den berechtigten Forderungen der Wirtschaft und damit auch den Wünschen der Konsumenten Rechnung getragen werden. Dieses Gesetz, das in der Sturm- und Drang-Periode unserer Republik geschaffen wurde, trägt ebenso wie manches andere Gesetz aus jener Zeit verschiedene Mängel in sich, die nach der Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse nicht ohne schädlichen Einfluß auf die Wirtschaft geblieben sind. Insbesondere wird der bedeutende Rückgang des Brotkonsums fast ausschließlich als Folge des Nachtbrotverbotes bezeichnet und als Beweis hierfür auf die Tatsache verwiesen, daß in Ländern, in denen dieses Verbot nicht besteht, zum Beispiel in Frankreich, im gleichen Zeitraum ein Rückgang im Brotverbrauch nicht eingetreten ist. Diese Begründung ist auch ohne weiteres glaubwürdig, denn bekanntlich besteht in den ersten Morgenstunden die größte Nachfrage nach Frischgebäck. Mit Rücksicht auf die knappe Arbeitszeit, welche zur Bewältigung der Bäckerarbeit zur Verfügung steht, ist es aber nicht möglich, den Bedarf vollkommen zu befriedigen. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein Ausfall im Brotverbrauch, der auch entsprechende Rückwirkungen in anderer Hinsicht übt, worauf ich später noch zu reden komme. Auch die Qualität des Brotes wird verschiedentlich durch dieselben Ursachen beeinflusst, was wiederum entsprechende Rückwirkungen auf den Konsum auslöst. Mit besonderem Nachdruck muß ich bei dieser Gelegenheit auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hinweisen, welche insbesondere dadurch eintreten, daß unsere heimischen Mehlsorten vorwiegend durch die amerikanischen Mehle verdrängt werden. Es ist die besondere Eigenschaft der amerikanischen Mehle, daß sie eine um die Hälfte kürzere Gärungszeit beanspruchen, weshalb sie von den Bäckern, wieder mit Rücksicht auf die knappe zur Verfügung stehende Arbeitszeit, bevorzugt werden. Auf die gleichen Ursachen ist auch der außerordentlich starke Rückgang im Roggenbrotkonsum zurückzuführen. Es ist das eine bedauerliche Tatsache aus zweifachen Gründen, sowohl aus gesundheitlichen wie aus volkswirtschaftlichen, denn gerade den Roggenmehlbedarf würde unsere heimische Landwirtschaft zur Gänze decken können.

Die im vorliegenden Gesetzentwurf enthaltenen einzelnen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit würden sicherlich einen sehr wohlthuenden Einfluß auf die Absatzverhältnisse bei unserem heimischen Getreide ausüben. Es war ein überaus erfreulicher Beweis von Einsicht

und Verständnis für die Not unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, die in den Kreisen der Arbeiterschaft Platz gegriffen hat, als im Jahre 1921 — es war dies knapp zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Bäckerarbeitsgesetzes — ein Übereinkommen zwischen den maßgebenden Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zustande kam, wonach verschiedene Vorarbeiten bereits zu einem früheren als dem im Gesetz vorgeschriebenen Zeitpunkt — es war dies 5 Uhr früh — begonnen werden dürfen. Diese einvernehmliche Regelung ist trotzdem bis zum heutigen Tag, weil im Widerspruch zu dem derzeit geltenden Gesetz stehend, als eine seitens der Behörden geduldeten Gesetzesumgehung anzusehen, und es ist schon aus diesem Grunde die Gesetzesreform, die hier in dieser Vorlage beabsichtigt ist, dringend geboten.

In diesem Zusammenhang muß ich auf einzelne Ausführungen des Herrn Abg. Muchitsch, des Herrn Vorredners, zurückkommen. Es war die bestehende Abmachung zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, welche es den Herren Landeshauptleuten erleichterte, von der im § 4 des Bäckerarbeitsgesetzes vorgesehenen Ermächtigung Gebrauch zu machen und den Beginn der Arbeitszeit vorzulegen. Das kann ich insbesondere im Hinblick auf die Verhältnisse bei uns in Vorarlberg hervorheben, weil gerade unser Herr Landeshauptmann, der jetzige Herr Bundeskanzler Dr. Ender, in all diesen kritischen Fragen sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellte, bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen wurden, ein Einvernehmen zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeizuführen, und es ist der Hinweis des Herrn Abg. Muchitsch auf die Verhältnisse, wie sie bei uns in Vorarlberg vorliegen, aus diesem Grunde nicht zutreffend. Es hat der Herr Abg. Muchitsch im Verlaufe seiner Ausführungen unter Hinweis auf verschiedene Daten insbesondere die Tatsache festzustellen versucht, daß auf dem flachen Lande die Einhaltung des Nachtbrotverbotes ganz und gar nicht berücksichtigt werde. Er hat dabei übersehen, daß gerade die kritische Überprüfung jener Daten, die er uns vorlegte, ganz genau rechnungsmäßig festlegen läßt, daß der Großteil der Bäckergehilfen und Bäckerlehrlinge in den Bundesländern draußen in städtischen Betrieben beschäftigt ist, während Bäckereibetriebe auf dem flachen Lande größtenteils nur von den Meistern mit ihren Familienangehörigen bewältigt werden. Es ist aus diesem Grunde wohl sehr verständlich, daß jene Bestimmung, die auch in das Bäckerarbeitsgesetz vom Jahre 1919 aufgenommen wurde, wonach auch solche Betriebe, welche ohne fremde Hilfe arbeiten, sich an das Nachtbrotverbot zu halten haben, bei solchen Betrieben seitens der Behörden nicht mit der von Herrn Abg. Muchitsch gewünschten Strenge seitens der Behörden gehandhabt wird, weil es sich schließlich doch hier um die Befriedigung der Wünsche der Wirtschaft handelt und die Dinge auf dem flachen Lande doch

etwas anders liegen als in der Stadt. Es handelt sich bei den Bäckereibetrieben auf dem Lande in vielen Fällen um die ohnedies sehr knappe Existenz, und da heißt es bei den einzelnen Meistern alles tun, um in dem gegenwärtigen schweren Wirtschaftskampf bestehen zu können. Die vorliegende Gesetzesnovelle beabsichtigt auch, den § 4 des derzeit geltenden Gesetzes außer Kraft zu setzen. Nun dürfte es aber doch zweckmäßig sein, im Zuge der Beratungen diese Fragen eingehend zu besprechen, da sich in einzelnen Fällen vielleicht doch die Notwendigkeit einer den Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechenden Regelung ergeben wird.

Für einen beträchtlichen Teil der in einzelnen Grenzgebieten bestehenden Bäckereien bildet die beabsichtigte Novellierung des Bäckereiarbeitergesetzes geradezu eine Existenzfrage, sowohl für Meister als auch Gehilfen. In den Kreisen der Bäckermeister des Burgenlandes zum Beispiel herrscht seit einiger Zeit wegen der an Sonn- und Feiertagen aus Ungarn eintreffenden Lieferungen von Frischgebäck eine begreifliche Unruhe. Ungarische Bäcker haben vor einiger Zeit im Burgenland Filialen errichtet, die an Sonn- und Feiertagen von Ungarn aus mit Frischgebäck beliefert werden. Durch diesen Vorsprung der ungarischen Bäcker laufen unsere heimischen Bäckermeister Gefahr, ihre Kunden zu verlieren, eine Gefahr, die sich nicht auf das Burgenland allein erstreckt, sondern auch schon in Niederösterreich und Steiermark bedrohliche Formen anzunehmen beginnt. Solche Lieferungen von Frischgebäck aus Ungarn gehen bereits bis in die unmittelbare Nähe von Wien und nach Wien selbst. Man wird im Zuge der Beratung des Gesetzes auch diesen Erscheinungen ein ganz besonderes Augenmerk schenken müssen.

In dem schweren Existenzkampf der kleinen Bäckermeister gegenüber den großen mit den modernsten maschinellen Einrichtungen versehenen Unternehmungen wird die vorliegende Gesetzesnovelle verschiedene Erleichterungen bringen, die von den Bäckerinnungen schon seit Jahren gewünscht werden. Ich verweise da auf den § 5 der Novelle, der Erleichterungen für die Führung der Betriebe bringt, die unbedingt notwendig sind. Die Vertreter der Arbeiterschaft, darunter auch die der christlichen Gewerkschaften, erheben gegen verschiedene Bestimmungen des vorliegenden Gesetzesentwurfes Einwendungen. So werden Bedenken gegen jene Bestimmungen geltend gemacht, die sich auf die Arbeit Jugendlicher beziehen. So wie sich aber im Jahre 1921 und auch später die Arbeiterschaft der dringenden Notwendigkeit einer einvernehmlichen Regelung verschiedener Fragen nicht entzogen hat, wird es auch im Zuge der Beratungen des Ausschusses für soziale Verwaltung, der sich mit dieser Novelle zu beschäftigen haben wird, sicherlich gelingen, diese den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende Reform zum Beschlusse zu erheben. Es kann gerade mit Rücksicht auf die bestehenden Abmachungen zwischen den beiden

Verbänden gesagt werden, daß der soziale Wert des derzeit geltenden Bäckereiarbeitergesetzes in nur ganz bescheidenem Maße gemindert werden soll.

Zusammengefaßt muß betont werden, daß die beabsichtigten Änderungen des Bäckereiarbeitergesetzes dringend geboten sind, nicht nur mit Rücksicht auf die Arbeiter des Bäckereigewerbes, sondern auch mit Rücksicht auf den Konsum, insbesondere aber auch im Hinblick auf die sehr ernste Entwicklung der Verwendung heimischen Mehles und deren Bedeutung für den heimischen Getreidebau. Die beabsichtigten Änderungen des Gesetzes sind gleichbedeutend mit der Förderung des Absatzes und damit mit der Schaffung vermehrter Arbeits- und Verdienstgelegenheit. In doppeltem Sinne gilt es, alles vorzuleben, um den Kampf um das tägliche Brot, soweit als irgend möglich, zu erleichtern. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)*

Frau **Bopp**: Hohes Haus! Das Bäckereischutzgesetz vom 3. April 1919 ist wie eine Erlösung begrüßt worden. Jeder, der damals noch unter dem Eindruck selbst gesammelter Erfahrungen, aber auch der von den Gewerbeinspektoren veröffentlichten Berichte über die Kinderarbeit in den Bäckereibetrieben, über die Kinderarbeit zur Nachtzeit stand, der Berichte über die Verunstaltungen und gesundheitlichen Schädigungen im allgemeinen, die die Jugend erlitt, über die sanitären Übelstände in den Bäckereibetrieben, jeder, der das wußte und vielleicht darunter litt, daß so lange Zeit vergehen mußte, ohne daß da Abhilfe geschaffen wurde, hat dieses Gesetz als eine große Tat und als eine Erlösung begrüßt.

Mein unmittelbarer Herr Vorredner meinte allerdings, dieses Gesetz sei in der Sturm- und Drangperiode der Umsturzzeit gemacht worden, und jetzt sei wahrscheinlich Zeit, sich zu besinnen und wieder, wie soll ich sagen, mehr der Wirtschaft Rechnung zu tragen — die Wirtschaft muß ja für alles herhalten, was man an Gutem verschlechtern will. Der Herr Abg. Schmidt meint, die Novelle zum Bäckereischutzgesetz bringe ja gar nicht viele Änderungen. Aber, hohes Haus, die Änderungen, die es bringt, sind die schlimmsten, die es überhaupt geben kann, denn diese geplanten Änderungen versündigen sich an der Gesundheit der Erwachsenen und in der schwersten Weise an der Gesundheit der Kinder, die wieder vom 14. Jahr an nicht nur bei Tag, sondern auch bei Nacht sollen arbeiten dürfen. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß der Lehrling gewöhnlich noch um einige Stunden mehr arbeiten muß, als der Gehilfe arbeitet. Da möchte ich schon fragen, ob alle die Herren und Frauen, die über die Novellierung dieses Gesetzes zu bestimmen haben, sich auch vergegenwärtigen, wie schwer die Jugend getroffen werden soll. Seit zehn Jahren arbeitet man nicht nur in Wien, sondern in allen Bundesländern daran, die Schäden, die der Jugend in der Kriegszeit und auch nachher durch die Entkräftung infolge ungenügender Ernährung zugefügt wurden, wieder gut

zumachen. Die Bekämpfung der Tuberkulose steht da an erster Stelle. Wenn es nun hier heißt, daß den Jugendlichen das Arbeiten von 4 Uhr früh an gestattet sein soll, weiß man denn nicht, daß diese Kinder nicht um 4 Uhr, sondern um 3, um 2 Uhr in den Bäckereien werden erscheinen müssen, um zu arbeiten, um — wie nennt man es? — die Wirtschaft zu heben, um der Wirtschaft aufzuhelfen.

Der Herr Abg. Muchitsch hat erschreckende Zahlen und Tatsachen angeführt, die das Los der Jugend in den Bäckereibetrieben beleuchten. Die Lehrlingszüchterei bewegt sich heute schon wieder in denselben Bahnen wie vor dem Kriege. Jugendliche werden in den Bäckereibetrieben zum Brotaustragen verwendet. Das Gesetz verbietet es zwar, aber das macht nichts! Die Herren Landeshauptmänner haben sich im eigenen Wirkungskreis über Recht und Gesetz hinweggesetzt, haben ihre eigenen Gesetze gemacht, zum Schaden der Jugend, zum Schaden der Erwachsenen. Da hat kürzlich der Landesgerichtspräsident von Klagenfurt in einem Schreiben an alle in Betracht kommenden Faktoren bekanntgegeben, daß die Defraudationen und die gerichtlichen Abstrafungen bei den Bäckerlehrlingen immer mehr und mehr im Zunehmen begriffen sind. Ja, warum denn? Weil diese Bäckerlehrlinge zum Austragen von Gebäck und zum Einkassieren der Beträge dafür verwendet werden. Man soll immer, ehe man über andere urteilt, auch die eigenen Verhältnisse betrachten. Ehe ich über die Kinder, über diese Lehrlinge urteile, die kleine Beträge defraudieren und vom Gericht bestraft werden — Lehrlinge werden nicht wie die Meister mit ein paar Schillingen bestraft, sondern mit Arrest —, ehe ich über diese urteile, ehe ich sage, vielleicht war es Genähsichtigkeit oder Vergnügungssucht, die diese Jugendlichen verführt hat, sich am Eigentum des Meisters zu vergreifen, schaue ich in meiner Umgebung herum, ob da die Genähsichtigkeit und die Vergnügungssucht eine geringere ist. Geringer ist da nur die Versuchung, weil Kinder aus besseren Verhältnissen nicht frühzeitig — gegen das Gesetz und gegen das Recht — zum Einkassieren für ihren Meister verwendet werden. In den ersten Apriltagen hat ein Lehrling aus Feldkirch Selbstmord begangen. Warum hat er das getan? Weil er auch vor der gerichtlichen Abstrafung stand; er hat einen kleinen Betrag von dem einkassierten Geld defraudiert. Nun hat er vollständig seine Rechnung abgeschlossen und Selbstmord begangen, um der Diffamierung für viele Jahre seines Lebens zu entgehen, vielleicht auch, um seinen Eltern den Kummer und die Schande zu ersparen, daß er bestraft wird, bestraft für ein Verbrechen, das eigentlich seinem Lehrherrn zur Last fällt. *(Lebhafter Beifall links.)* Sehen Sie, meine sehr Verehrten, wir dürfen nicht hinweggehen über die Empfindungen, über die Lage und die Verhältnisse, in denen solche Kinder leben, sondern wir müssen vor uns sehen diese lebendigen

Menschen, was sie an Kämpfen, an Entbehrungen zu erdulden haben.

Und nun wollen wir das, was bisher ein ungezügelter Zustand war, die Verwendung dieser Knaben zum Einkassieren, die Verwendung der Jugendlichen zur Nacharbeit gesetzlich sanktionieren. Die Regierung gibt uns diesen Entwurf, der den Jugendschutz in den Bäckereibetrieben einfach beseitigt. Nun, wie wird es werden? Das, was die Regierung jetzt einführen will, besteht schon. Da man weiß, der kleine Finger macht Lust auf die ganze Hand, können wir damit rechnen, daß es für die Jugend noch viel schlimmer werden wird als heute, wenn dieses Gesetz angenommen wird, da sich dann jeder auf das Gesetz stützen kann. Da man mit der Gesundheit und der Arbeitskraft der Jugendlichen sehr gern und sehr oft ganz gewissenlos verfährt, werden wir sehen, daß das noch viel schlimmer werden wird und ohne Rücksicht und ohne Scheu getan werden wird, was man heute manchmal noch zu verhüllen sucht.

Der Herr Abg. Schmidt hat uns gesagt, „endlich werde eine berechtigte Forderung der Wirtschaft erfüllt“. Nun, ich habe da eine Notiz aus der Zeitung der Bäcker Österreichs — „Austria“ heißt das Blatt — vom 1. Mai 1931. Da wird gesagt, daß der derzeitige 6-g-Semmelpreis demnächst auf 7 g erhöht werden wird und daß man ihn nach Durchführung der Zollerhöhung für Mehl- und Getreide, mit der man den breiten Massen der Konsumenten den Brotkorb noch höher hängen will, auf 8, respektive 10 g erhöhen wird. *(Tauschitz: Erzählen Sie das der Frau Blaschke!)* Das steht in der „Austria“ von Anfang Mai. Auf der einen Seite sehen wir also die Spekulation mit der Beseitigung des Jugend- und des Gehilfenschutzes und auf der anderen Seite die Spekulation mit den bevorstehenden Zollerhöhungen, die eine Preishinaufsetzung ermöglichen sollen. *(Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Dieser Artikel steht in der „Austria“, in dem Organ der Bäckermeister. Sie können das dort nachlesen. *(Pick: Das ist kein sozialdemokratisches Blatt!)* Kein sozialdemokratisches Blatt, sondern das Organ der Bäckermeister. Und hier heißt es dann weiter: Um diese Verschlechterung des Bäckerarbeitsgesetzes nicht zu gefährden, halten die Bäckermeister es für besser, sich vorläufig mit dem 6-g-Preis zufrieden zu geben. Wenn aber die Verschlechterung des Arbeiterschutzes vorgenommen sein wird, dann können die Bäckermeister mit dem Semmelpreis ungescheut in die Höhe gehen *(Hört!-Hört!-Rufe links)*, um den Massen der Konsumenten den Brotkorb — wie es hier heißt — höher zu hängen. *(Zwischenrufe rechts.)* Ich finde ja auch, daß das eine außerordentlich brutale Auslassung ist, und ich halte sie sogar für unklug in einer Zeit, in der die Gemüter doch so erregt sind.

Wenn der Herr Abg. Schmidt sagt, daß es auch für die Gehilfen eine Existenzfrage ist, daß das Gesetz verschlechtert wird *(Zwischenrufe rechts)*, so möchte

ich wohl die Gehilfen sehen, die darüber jubeln, wenn dieses Gesetz verschlechtert wird. Wir müssen doch damit rechnen, daß nach der Verschlechterung des Gesetzes die Lehrlingszuchterei, die ich schon früher erwähnt habe, noch einen weit größeren Umfang annehmen wird, als es uns der Herr Abg. Muchitsch gestern geschildert hat. Wie war es denn vor dem Kriege? Vor dem Krieg gab es in Wien 1300 bis 1500 Bäckerlehrlinge und daneben oft 2000 arbeitslose Bäckergehilfen. Sind solche Zustände im Interesse der Wirtschaft? Das ist doch eine Lehrlingschinderei! Denn, verzeihen Sie — ich liebe nicht die starken Ausdrücke —, wenn man aber gestatten will, daß Jugendliche von 14 Jahren angefangen um 2, 3 Uhr nachts in den Betrieben zu arbeiten beginnen, so ist das eine ganz gewissenlose Lehrlingschinderei, eine Kinderschinderei. Ich möchte da auch fragen: Lehrlinge werden eingesperrt, wenn sie kleine Beträge defraudieren. Was geschieht den Meistern? Hören wir etwas darüber, daß Meister, die solchen Mißbrauch mit Kindern treiben, eingesperrt werden? Ganz minimale Geldstrafen werden über sie verhängt, und der Mißbrauch mit den Kindern kann weitergehen, so wie bisher. Da glaube ich schon, daß wir andere Aufgaben haben, als diese „Existenzfrage der Bäckergehilfen“, wie sie hier genannt wurde, in dieser Weise zu lösen. Wir haben andere Aufgaben, wo das Leben und die Gesundheit von Menschen, von Jugendlichen sowohl wie von Erwachsenen, auf dem Spiele stehen. Wissen wir denn nicht alle, welche Zustände früher geherrscht haben? Erinnern wir uns denn nicht daran? Bei allen Parteien gibt es doch Mitglieder, die einmal dem Arbeiterstande angehört haben. Wissen Sie nicht aus eigener Erfahrung — wenn Sie nicht noch so jung sind, daß Sie schon die Segnungen der verbesserten Arbeiterschutzgesetze kennengelernt haben —, wissen Sie nicht alle, wie furchtbar es gewesen ist mit der Lehrlingsausbeutung, mit diesem Mißbrauch von Menschenkraft, als die Gesetze noch nicht jenen Zug in sich hatten, wie sie in der Umsturzzeit ihn bekommen haben?

Und weil wir alles das in Erinnerung haben und weil wir nicht wollen, daß solche Wege wieder betreten werden, darum wenden wir uns in allerhöchster Weise gegen dieses Gesetz. Wir wollen Jugendliche unter 18 Jahren wieder zur Nacharbeit zulassen — sehen Sie, in Deutschland sind jetzt Vertreter verschiedener Kreise zusammengetreten — Lehrer, Erzieher usw. — und haben darüber beraten, wie man der Wirtschaft helfen könnte: nämlich der großen Masse der Arbeitslosen, die belastet ist durch den großen Markt der Menschen, die keine Arbeit finden können. Nun, da hat man nicht gesagt: Wenn man die Gesetze verschlechtert und die Nacharbeit ausdehnt, wird es für die Arbeitslosen besser werden, wenn man die Arbeitszeit verlängert, wie das in diesem „Bäckerchutzgesetz“ geplant ist, dann wird es besser werden, sondern diese Leute

haben sich zusammengesetzt und einen Entwurf ausgearbeitet, der besagt, daß man vor allem der Jugend damit helfen kann, wenn man die Schulpflicht von acht Jahren auf neun Jahre ausdehnt, um Jugendkraft zu schonen und um damit auch den Arbeitsmarkt von dem starken Zuzug Jugendlicher zu entlasten. Wir aber denken nur an Verschlechterung. Ich appelliere daher an das hohe Haus, die Tendenzen, die dieses Gesetz in sich trägt, abzulehnen, die Tendenzen, die sich gegen die Jugend, die sich gegen den Bäckerschutz richten. Damit auch die Tendenzen, auf die sich jetzt schon die Herren Unternehmer stützen, wobei sie hoffen, daß sie nach der Verschlechterung des Gesetzes an eine Verschlechterung der Existenzlage der Konsumenten schreiten können. Denken Sie doch alle an die früheren Zeiten, in denen die sanitätswidrigen Zustände gerade in den Bäckereibetrieben ein Musterbeispiel dafür waren, was man dem Konsumenten nicht bieten soll und was man dem Konsumenten nicht antun soll! Ich will darüber nicht weiter reden, wir werden ja noch Gelegenheit dazu haben. Aber ich appelliere an das hohe Haus, sich nicht leiten zu lassen von — wie soll ich sagen? — diesen merkwürdigen Reden, wie sie da gehalten wurden: „es handle sich um eine Existenzfrage für die Gehilfen“, „man solle endlich der Wirtschaft helfen“. Vergessen Sie nicht über dem Profit, daß es sich da um lebende Menschen handelt, daß es sich um das kostbarste Gut handelt, das wir alle — ohne Unterschied der Partei — haben: um die Kinder, um die heranwachsende Jugend! (*Lebhafter Beifall links.*)

**Peter:** Hohes Haus! Frauen und Männer! Der Landbund hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß man bei Schaffung von Gesetzen und Verordnungen stets auch den tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung tragen muß. Es war dies leider in der Nachkriegszeit vielfach nicht der Fall, und wir begrüßen es deshalb, daß man darangeht, solche Gesetze zu ändern und sie, wenn auch nicht voll, so doch mehr den wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen. Die Änderung des Bäckerarbeitersgesetzes ist eine Notwendigkeit. Das ergibt sich schon daraus, daß es bisher notwendig war, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über das Gesetz hinaus Vereinbarungen zu treffen.

Wir begrüßen die Erleichterungen für das Bäckergewerbe, wir begrüßen es aber auch, daß es nunmehr möglich wird, der einheimischen Bevölkerung das frische Gebäck etwas früher zukommen zu lassen. Wir kommen damit aber auch einem außerordentlich wichtigen Bedürfnis, dem des Fremdenverkehrs entgegen. Dazu haben wir auch alle Ursache, denn in der heutigen trostlosen Wirtschaftslage können wir nicht genug dafür tun, um fremdes Geld in unser armes Land hereinzubringen.

Aus diesen Erwägungen ist der Landbund für die Novellierung des Bäckerarbeitersgesetzes. (*Beifall in der Mitte.*)

Damit ist die erste Lesung beendet.

Die Regierungsvorlage B. 106 wird dem Ausschuss für soziale Verwaltung zugewiesen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 16): Bundesgesetz, wirksam für das Land Niederösterreich, betr. einige Abänderungen des Gesetzes vom 25. Dezember 1904, L. G. Bl. Nr. 98 (Schulerrichtungsgesetz), in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1924, B. G. Bl. Nr. 14 aus 1925 (B. 122).

Berichterstatter Dr. **Stögner**: Hohes Haus! Der Ausschuss für Erziehung und Unterricht hat in seiner letzten am 28. April abgehaltenen Sitzung die Vorlage der Bundesregierung über einige Abänderungen des Schulerrichtungsgesetzes, wirksam für Niederösterreich, behandelt. Nach dieser Vorlage kann für den Besuch von Hauptschulen — sowohl von neu zu gründenden als auch schon bestehenden — neben dem Pflichtschulsprengel ein sogenannter Berechtigungssprengel gebildet werden. Die darin wohnhaften Kinder sind dann nach Maßgabe des Platzes und über Verlangen der Eltern in diese Hauptschule aufzunehmen, und die zum Berechtigungssprengel gehörigen Ortsgemeinden haben dann zu den Kosten der betreffenden Hauptschule entsprechend beizutragen. Durch diese Änderung wird auch eine Abänderung der derzeit geltenden Bestimmungen über die Aufteilung der Kosten nötig, um eine Doppelbelastung der Wohngemeinden, die im Berechtigungssprengel liegen, zu vermeiden.

Namens des Ausschusses beantrage ich, der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetz die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 14): Bundesgesetz, womit § 12 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, abgeändert wird (B. 123).

Berichterstatter **Zarboch**: Hohes Haus! Im Reichsvolkschulgesetz sind die beiden Ausdrücke „Unterlehrer“ und für die Leiter an einklassigen Schulen der Titel „Schulleiter“ vorgesehen. Beide Bezeichnungen haben nach und nach den Sinn des Unfertigen und Minderwertigen bekommen, so daß das Streben der Lehrerschaft mit Recht dahin ging, diese beiden Titel zu beseitigen. Zuerst verschwand der Titel „Unterlehrer“, und durch die Gesetzesvorlage, die im n. ö. Landtage verhandelt worden ist, durch das Dienstgesetz, welches auch hier am 24. April 1930 in Behandlung stand, sollte auch der Titel „Schulleiter“ verschwinden. Damals hat das Unterrichtsministerium gegen diese Änderung des Reichsvolkschulgesetzes Einspruch erhoben. Unter anderen Gründen dürfte auch der maß-

gebend gewesen sein, daß man sich auf den Standpunkt stellte, es gehe nicht an, ganz jungen Lehrern vielleicht mit zwei oder drei Dienstjahren schon den Titel „Oberlehrer“ zuzubilligen. Diesem Argument kann entgegengestellt werden, daß auch auf dem normalen Befehungswege Lehrer schon mit zwei oder drei Dienstjahren an eine mehrklassige Schule kommen können und dadurch für sie von selbst der Titel „Oberlehrer“ in Betracht kommen muß. Aus diesem Grund kann die Bindung der Erreichung des Titels „Oberlehrer“ an eine gewisse zurückgelegte Dienstzeit kaum in Betracht gezogen werden. Deshalb wurde auch im Hause am 24. April 1930 ein Entschließungsantrag des Abg. Zarboch u. Gen. angenommen, der in der Gesetzesvorlage im Wortlaute abgedruckt ist, so daß ich es mir ersparen kann, ihn hier vorzulesen. Diesem Entschließungsantrag entsprechend, hat die Unterrichtsverwaltung den heute zur Beratung stehenden Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt.

Im Ausschusse hat der Herr Abg. Glöckel der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Änderung des Reichsvolkschulgesetzes durch eine Verfassungsbestimmung für alle Bundesländer gleichzeitig festgelegt werden sollte. Die Unterrichtsverwaltung hat sich diesem Wunsche des Herrn Abg. Glöckel entgegengestellt, so daß nichts anderes übrigblieb, als daß der Ausschuss den Wunsch ausdrückte, daß sich nunmehr alle Bundesländer diesem geänderten Standpunkte anschließen werden.

Zur Begründung des Wunsches der Lehrerschaft, den Titel „Schulleiter“ abzuschaffen, möge kurz folgendes angeführt werden: Titelfragen entspringen nicht nur der in der menschlichen Eitelkeit begründeten Titelsucht, sondern auch der Erkenntnis, daß Titel sehr häufig einen materiellen und auch ideellen Wert besitzen. In der Monarchie haben die Handel- und Gewerbetreibenden nicht nur aus Ehrgeiz den Titel „Hoflieferant“ und in der Republik den Titel „Kommerzialrat“ angestrebt, sondern sie sind auch von der Ansicht ausgegangen, daß mit der Verleihung des Titels auch eine Erhöhung des Ansehens des Geschäftsinhabers, beziehungsweise der Firma, die der Betreffende vertritt, verbunden sein kann. Für die Festbesoldeten bedeutet die Verleihung eines Titels sehr häufig den Ersatz für eine ausbleibende oder aus bestimmten Gründen nicht mögliche höhere Entlohnung und sehr häufig auch eine Entschädigung für geleistete Arbeit. Der Titel spielt insbesondere auch im engeren Kreise der Dorfbewohner draußen eine große Rolle, so daß es begreiflich war, daß die Lehrerschaft bestrebt war, den Titel „Schulleiter“ durch den Titel „Oberlehrer“ ersetzt zu sehen. Bei Schaffung des Reichsvolkschulgesetzes konnte und auch heute kann niemand auf dem Standpunkt stehen, daß man das Ansehen des Leiters einer einklassigen Schule, der draußen unter den schwierigsten Verhältnissen wirken muß, durch die Entziehung eines ihm zukommenden Titels schwächen darf.

Ich kann mich infolgedessen darauf beschränken, nunmehr den Antrag zu stellen, das Gesetz so anzunehmen, wie es im Ausschusse beschlossen wurde. *(Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Das Gesetz wird in der unveränderten Fassung der Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Erziehung und Unterricht über die Regierungsvorlage (B. 17): Bundesgesetz, betr. die gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol (B. 121).

Berichterstatter Dr. **Kollb**: Hohes Haus! Die in Verhandlung stehende Vorlage der Bundesregierung wurde im Ausschuss für Erziehung und Unterricht in einigen Punkten abgeändert. So, wie die Vorlage dem Ausschusse zur Behandlung vorlag, stimmte sie in ihrer Fassung genau mit dem Gesetzesbeschlusse überein, den der Tiroler Landtag am 11. März 1926 gefaßt hatte. Dieser Gesetzesbeschluss wurde als Regierungsvorlage dem Nationalrat zur weiteren Behandlung vorgelegt, und zwar ohne irgendwelche Abänderungen, da das zuständige Bundesministerium für Handel und Verkehr namens der Bundesregierung keinen Einspruch dagegen erhoben hatte. Schon in der letzten Gesetzgebungsperiode des Nationalrates war diese Schulpvorlage Gegenstand der Verhandlung im Ausschuss. Es wurde ein Bericht des Ausschusses abgefaßt, der aber im Plenum des Hauses nicht mehr zur Verhandlung kam. Sohin ist die Vorlage in der jetzigen Gesetzgebungsperiode wieder eingebracht und am 27. April d. J. im Ausschuss für Erziehung und Unterricht in Behandlung genommen worden.

Über die einzelnen Teile der Vorlage wurde eine eingehende Debatte abgeführt. Die Materie der Vorlage gruppiert sich in sieben Hauptstücke, von denen das erste den Zweck und die Einteilung der gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol behandelt, ferner die Schulprenkel und Schulbezirke festlegt. Das zweite Hauptstück handelt von der Errichtung und Auflassung der gewerblichen Fortbildungsschulen, das dritte Hauptstück von der Erhaltung dieser Schulen, das vierte Hauptstück von der Unterrichtszeit und dem Schulbesuch, das fünfte Hauptstück von den Rechtsverhältnissen der Leiter und Lehrer an den gewerblichen Fortbildungsschulen, das sechste Hauptstück von der Schulaufsicht. Das siebente Hauptstück enthält einige ergänzende Schlussbestimmungen.

Die Debatte hatte das Ergebnis, daß eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt wurden, von denen ein Teil im Ausschuss mit Mehrheit angenommen wurde, während ein anderer Teil abgelehnt worden ist. Ich mache aufmerksam, daß gegen die Mehrheitsbeschlüsse von der Minderheit des Ausschusses vier Minderheitsanträge angemeldet worden sind. Als Berichterstatter des Ausschusses beantrage ich, diese Minderheitsanträge abzulehnen.

Der Ausschuss für Erziehung und Unterricht stellt sohin den Antrag, der hohe Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.

**Glöckel**: Hohes Haus! Der Nationalrat hat sich heute mit einem Fortbildungsschulgesetz zu beschäftigen, das für das Land Tirol wirksam sein und das die Zustimmung des Nationalrates zu den Beschlüssen des Tiroler Landtages erhalten soll. Nur der Umstand, daß seinerzeit, als die Verfassung geschaffen wurde, über die Schulfragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, ist es zu danken, daß die sogenannte Paktierung der Schulgesetze festgelegt wurde und uns Gelegenheit gegeben wird, uns überhaupt mit dieser Materie zu beschäftigen.

Dieses Gesetz oder, sagen wir, die Beschlüsse des Tiroler Landtages waren schon wiederholt Gegenstand schärfster Kritik, wohl nicht hier im Plenum, aber im Unterrichtsausschuss des Nationalrates. Es ist sicherlich ein Fehler unserer Gesetzgebung, daß das Fortbildungsschulwesen der Ländergesetzgebung überwiesen ist, und es ist gar nicht einzusehen, daß, da man sich durchgerungen hat, das Volksschulwesen, das Mittelschulwesen, das Hochschulwesen als Bundesangelegenheit zu betrachten, nicht auch das Fortbildungsschulwesen, das wahrhaftig nicht weniger bedeutungsvoll ist wie alle anderen Schulkategorien, als Bundesangelegenheit bezeichnet werden sollte. Es gibt eine Reihe von Dingen, die vollkommen gleichartig für den ganzen Bund geregelt sein sollten, wobei auf Verschiedenheiten der Landesverhältnisse nicht vergessen werden braucht. Es wäre daher ganz gut möglich, etwa grundlegende Bestimmungen über den Zweck der Schulen, die Errichtung und Auflassung der Fortbildungsschulen, über Unterrichtszeit und Schulbesuch, über die Rechtsverhältnisse der Lehrer, die Schulaufsicht einheitlich in der Form eines Rahmengesetzes zu erlassen und den Landtagen dann die Durchführungsgesetzgebung zu überlassen. So könnte vermieden werden, daß, und zwar allerdings erst in der letzten Zeit, wesentlich differierende Bestimmungen in einzelnen Ländern Geltung erhalten konnten.

Hier kann dem Handelsministerium der Vorwurf nicht erspart werden, daß es in der letzten Zeit recht schwach auf diesem Gebiete geworden ist. Früher war im Handelsministerium Verständnis für diese Sache. Man hat die Länder, bevor sie noch ernstlich in eine solche Materie eingegangen sind, darauf aufmerksam gemacht, daß es doch nicht angehe, weit abseits gelegene Beschlüsse zu fassen, daß es nicht angehe, hinter dem, was schon in den anderen Ländern beschlossen wurde, noch zurückzubleiben. Herr Handelsminister Heindl hat hier absolut seine Pflicht nicht erfüllt *(Sehr richtig! links.)* Der Herr Minister hat sich einfach den Wünschen, die man von Tirol aus nach Wien gelangen ließ, gefügig gezeigt. Ich bin überzeugt, daß ihm seine sachkundigen Beamten auf die disparaten Bestim-

mungen aufmerksam machen; sollte dies aber nicht der Fall gewesen sein, dann müßte der Herr Minister sie zur Verantwortung ziehen. Es ist ganz unerträglich, daß für Tirol ein Fortbildungsschulgesetz beschlossen werden soll, das weit hinter den anderen Fortbildungsschulgesetzen in anderen Ländern zurückbleibt. Jedes neue Gesetz soll nicht nur einen relativen, sondern einen absoluten Fortschritt bedeuten, sonst ist das Gesetz von vornherein völlig zwecklos. Wir haben es ruhig ertragen, daß man auch uns den Vorwurf gemacht hat, daß das Tiroler Gesetz bis heute noch nicht Gesetz geworden ist. Wir werden es ertragen, wenn dieses Gesetz auch noch heute nicht verabschiedet werden sollte, so lange es diese reaktionären Bestimmungen enthält, weil wir hier nicht nur die Interessen des Landes, sondern auch die Interessen der Jugend im Auge behalten müssen. *(Sehr richtig! links.)*

Meine Damen und Herren! Die Ausbildung des Lehrlings war immer außerordentlich bedeutungsvoll, und wenn man von der Hebung, von der Förderung des Gewerbestandes spricht, dann müßte bei der Ausbildung der gewerblichen Jugend angefangen werden.

Wie sieht es da heute aus? Das Unglück beginnt schon bei der sogenannten Berufswahl, die von einer Unzahl von Schwierigkeiten begleitet ist. Es ist eine wahre Seltenheit, daß ein junger Mensch einem Berufe zugeführt wird, zu dem er Neigung, Befähigung hat, meist sind es reine Zufälligkeiten, die hier mitspielen: ein Verwandtschaftsverhältnis, ein äußerliches Urteil über die körperliche Beschaffenheit oder die Zufälligkeit, daß daneben gerade eine Lehre frei ist. Nun kommt noch die allgemeine Krise auf allen Gebieten der Wirtschaft hinzu, und das Verhängnis nimmt seinen Gang.

Und nun kommt der junge Mensch in eine solche Meisterlehre. Die Meisterlehre kann heute bei bestem Willen dem jungen Menschen nicht das bieten, wessen er später bei der Ausübung des Berufes bedarf. Bei jeder Schulkategorie liegt ja die Schwierigkeit darin, daß sie für eine Zeit für Verhältnisse heranbilden muß, die man noch nicht kennt, weil sie in der Reihe der Entwicklung gelegen sind. Das trifft natürlich auch bei der Lehre zu. Es ist unmöglich, daß eine Meisterlehre diesen Anforderungen entspricht. Eine Ergänzung ist außerordentlich notwendig, ja unerläßlich, und diese Ergänzung soll nun die gewerbliche Fortbildungsschule bieten. Daher braucht sie mustergültige Lehrwerkstätten. Dort muß der junge Mensch Gelegenheit haben, die Handhabung der neuesten Maschinen, die neuen Arbeitsmethoden kennenzulernen, ja der Bursche soll, wenn der Meister ein vernünftiger Mensch ist, gewissermaßen ein Missionär sein, soll das, was er in der Schule lernt — vorausgesetzt, daß die Schule leistungsfähig ist —, übertragen und dem Meister dienlich machen.

Wir brauchen also Lehrwerkstätten, gut eingerichtete, vernünftig eingerichtete, praktisch eingerichtete Lehr-

werkstätten. Wir brauchen einen theoretischen Unterricht, der so gehalten ist, daß er für den Lehrling Wert besitzt, sich nicht in Wolkenkuckucksheim verirrt, sondern möglichst spezialisiert und praktisch aufgebaut ist.

Wir verlangen auch, daß der Lehrling eine allgemeine Bildung erhalte, insbesondere über seine Rechte und Pflichten als Staatsbürger. Verfassungskunde gehört zur Ausbildung eines Lehrlings. In Wien sind wir da ziemlich weit dem Ziele entgegengekommen. Wir haben die drei großen Fortbildungsschulgebäude, wir haben dort diese prachtvollen, praktisch eingerichteten, von hervorragenden Fachleuten geleiteten Lehrwerkstätten; wir haben den theoretischen Unterricht wesentlich gehoben, insbesondere durch die Einstellung von Lehrern im Hauptberuf; wir haben durchgesetzt, daß sich der Lehrling einen ganzen Tag in der Schule aufhalten kann — einen halben Tag Theorie und einen halben Tag Praxis —, so daß wirklich — allerdings in noch viel zu kurzer Zeit — versucht wird, den Lehrling für das Leben tauglich und für das Gewerbe wertvoll zu machen.

Nun wissen wir sehr genau, daß sich die Wiener Verhältnisse nicht einfach auf das Land übertragen lassen; wir wissen genau, daß städtische Möglichkeiten auf dem Lande einfach nicht vorhanden sind, auch schon wegen der geringen Zahl der Schüler, wodurch eine Spezialisierung die Errichtung von Lehrwerkstätten erschwert ist. Das wissen wir, und wir werden nie den Maßstab der Wiener Möglichkeiten an die Verhältnisse auf dem Lande, insbesondere auf dem flachen Lande anlegen, wenn auch dort, wo es sich um größere Städte handelt, manches eingeführt werden könnte; aber eines hat der Lehrling, das Recht zu verlangen, gleichgültig, wo er seine Lehre erhält: er muß verlangen, daß man im Rahmen des möglichen den Bedürfnissen des Lehrlings und damit den Bedürfnissen des Gewerbestandes entgegenkommt. Viele Bestimmungen sind von den örtlichen Verhältnissen ganz unabhängig, und wir haben ein Interesse daran, daß sich diese Schule allerorten im Stadium der Entwicklung befinde.

Nun schauen wir uns dieses Gesetz an, das uns der Tiroler Landtag hergeschickt hat. Schon der erste Paragraph fordert zum schärfsten Widerspruch heraus. Der erste Teil des ersten Paragraphen heißt: „Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind bestimmt, die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge (Lehrmädchen) durch einen schulmäßigen Unterricht zu ergänzen und zu vertiefen sowie die berufliche Ertüchtigung zu fördern.“ Soweit, so gut. Gegen diesen Teil des ersten Paragraphen haben wir nichts einzuwenden. Er genügt auch vollständig, mehr wäre von Übel. Nun werde ich Ihnen den zweiten Satz zur Kenntnis bringen: „Dabei ist auf die sittlich-religiöse, bürgerliche und staatsbürgerliche Erziehung und die Pflege des Gemeinfinnes Bedacht zu nehmen.“ Hier haben wir nun einen Minoritätsantrag der Herren Wollek, Hirsch und Dr. Dregel, in dem ausgesprochen wird, daß in der

Vorlage die Worte „sittlich-religiöse“ zu ersetzen sind durch die Worte „religiös-sittliche“. Dieser Minoritätsantrag hat eine Geschichte. Der Beschluß des Tiroler Landtages lautet nämlich dahin, daß nicht sittlich-religiöse, sondern religiös-sittliche Erziehung gefordert wird. Es ist eine kleine Änderung gegen früher eingetreten. Ich habe mit großer Freude vernehmen können, daß der Herr Berichterstatter Dr. Kolb die Ablehnung all dieser Minoritätsanträge, wie es seine Pflicht als Berichterstatter ist, beantragt hat. Diesen Antrag in der letzten Legislaturperiode zu stellen, hat sich der Herr Abg. Dr. Kolb gescheut. Er hat seinerzeit mit einer majestätischen Geste die Berichterstattung zurückgelegt und sie einem anderen Herrn überantwortet (Dr. Kolb: *Damals haben Sie ganz andere Dinge aus der Gesetzesvorlage noch herausgenommen, ganz andere Dinge, die mich noch mehr berührt haben!*) Ich nehme zur Kenntnis, daß sie auf diese Bestimmung „religiös-sittlich“ und „sittlich-religiös“ keineswegs denselben Wert legen wie auf irgendeine andere Bestimmung. (Dr. Kolb: *Ich lege sehr viel Wert darauf! Was damals gesagt wurde, war ein Ballawatsch!*) Ich nehme Ihre Wertung zur Kenntnis. Es ist völlig überflüssig, zu sagen — und ich werde mich mit einigen Worten mit diesem Minoritätsantrag beschäftigen —, daß die Fassung „religiös-sittlich“ Gefahren in sich birgt. In keinem Gesetze mit Ausnahme des Vorarlberger Fortbildungsschulgesetzes ist die Fassung „religiös-sittlich“ festgelegt worden. Im Reichsvolksschulgesetz heißt es „sittlich-religiös“. Ich möchte mich von dieser Stelle aus nicht in Spitzfindigkeiten einlassen, in seine Untersuchungen, ob zwischen „sittlich-religiös“ und „religiös-sittlich“ ein wirklicher, inhaltlich schwerwiegender Gegensatz zu finden ist. Es gab wohl schon bei der Beschlußfassung über das Reichsvolksschulgesetz im Jahre 1869 sehr gewichtige Stimmen, die sich gegen „religiös-sittlich“ ausgesprochen haben, die auf das Kompromiß „sittlich-religiös“ eingegangen sind. Es ist auch tatsächlich vielleicht schwer, hier diesen inneren Unterschied herauszufinden, aber das ist für uns völlig gleichgültig. Für mich ist das Entscheidende, daß man diesen Begriff nicht vom rein rechtlichen, sondern vom politischen Standpunkte aus zu beurteilen hat. Und das ist auch der Grund dieser Bestimmung. Es ist tatsächlich ein clerikaler Vorstoß, der durch das Minoritätsvotum und durch den Beschluß des Tiroler Landtages gewagt wird. Denn wenn man sieht, wie heute schon die Bestimmung „sittlich-religiös“ — nicht „religiös-sittlich“ — schwer mißbraucht wird, wie man gegen das Gesetz Entscheidungen trifft, dann wird man natürlich vorsichtig. Es besteht bis zum heutigen Tage auch unter dem Herrn Minister Czermak der Skandal, daß man Eltern von Schülkindern, die dem Gesetze nach unzweifelhaft konfessionslos sind und die sich im Alter zwischen 7 und 14 Jahren befinden und daher irgendeine Änderung im Glaubensbekenntnis nicht möglich ist, vom Ministerium aus gestattet, diese

Kinder dem katholischen Religionsunterricht zuführen zu dürfen. Das Unterrichtsministerium argumentiert in einer Refurserledigung wie folgt (*liest*): „Wenn daher auch im Hinblick auf die verfassungsrechtlich gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit die Eltern solcher Kinder nicht zwangsweise dazu verhalten werden, dieselben am Religionsunterricht in einem der gesetzlich anerkannten Religionsbekenntnisse teilnehmen zu lassen, so ergibt sich daraus doch nicht, daß es den Eltern unterlagt wäre, ihre Kinder an einem solchen Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, wenn sie selbst in Ausübung ihrer Elternrechte und unter Berufung darauf, daß sie nach dem Reichsvolksschulgesetz Anspruch auf sittlich-religiöse Erziehung ihrer Kinder in der Schule erheben können, diese Teilnahme begehren.“

Was heißt das? Es hat sich jetzt eine eigene Organisation gegründet, die Eltern, die seinerzeit aus der katholischen Kirche ausgetreten sind, auffordert, wieder in die Kirche zurückzukehren — es ist das gute Recht der Kirche, diese Aktion zu unternehmen —, und die Eltern bestimmt, daß sie die Teilnahme ihrer Kinder am katholischen Religionsunterricht verlangen. Das Ministerium beruft sich auf das Elternrecht und auf die Bestimmung des Gesetzes: sittlich-religiöse Erziehung. Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden: wenn die Eltern glauben, daß ihre Kinder dem Religionsunterricht anwohnen sollen, dann tragen die Eltern die Verantwortung dafür. Aber dieses Recht muß für alle Teile gelten. Es ist unmöglich, hier eine Ausnahmerebestimmung zu machen. Machen wir ein Gesetz, demzufolge die Eltern zu entscheiden haben, ob das Kind dem Religionsunterricht anwohnen darf, ob das Kind an den religiösen Übungen teilnehmen darf. Da sind wir vollständig einig. Die wirklich frommen und nicht politisch infizierten Katholiken müssen uns auf diesem Wege folgen, denn es ist doch eine Binsenwahrheit, daß gerade der Religionsunterricht, der ein Gesinnungsunterricht ist, nur dann Aussicht auf Erfolg verspricht und eine wirksame Beeinflussung der Kinder darstellt, wenn dieser Unterricht in der Familie seine entsprechende Stütze findet. Findet er sie nicht, dann ist der Religionsunterricht nicht nur zwecklos, sondern unter Umständen sehr gefährlich. Daher ist das Natürliche, was in anderen Ländern längst durchgeführt ist, daß man diese Dinge nicht einseitig regelt, sondern daß man sich zusammensetzt und ein solches Gesetz macht. Ich bin überzeugt, daß die Herren der christlichsozialen Partei uns auf diesem Wege nicht folgen werden. Sie wollen nur für ihre Zwecke eine Beugung des Gesetzes, aber nicht den rechtlichen Zustand herbeiführen.

In der letzten Zeit kommt es sogar vor, daß Pfarrämter sich als legitimiert erachten, für die Kinder den katholisch-konfessionellen Unterricht zu verlangen. Bis heute hat das Unterrichtsministerium noch keine Entscheidung getroffen, ob es diese Legitimation

anerkennt. Es kommt in der letzten Zeit vor, daß Pfarrämter ganz gegen das Gesetz den Lauffchein, auf dem vermerkt ist, daß das Kind nunmehr konfessionslos geworden ist, wieder benutzen, mit dem Vermerk versehen: das Kind ist wieder in die katholische Kirche aufgenommen worden, und mit diesem Dokument ausgerüstet, verlangen dann die Eltern die Teilnahme an dem Religionsunterricht — ein vollkommen ungesetzliches Vorgehen der Pfarrämter. Auch für die Pfarrämter gilt das Gesetz, auch die Geistlichkeit ist dem Gesetze untertan.

Schauen wir uns nun einmal an, wie in den anderen Ländern das Fortbildungsschulwesen geregelt ist. In Wien wird das Ziel der Fortbildungsschule in folgender Weise festgelegt: „Die Fortbildungsschule hat die Aufgabe, die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge durch schulmäßigen Unterricht zu ergänzen und berufliche Erziehung zu fördern.“ Das ist ganz klar und treffend, mehr braucht man nicht. Das n. ö. Fortbildungsschulgesetz hat wörtlich genau dieselbe Bestimmung. Man hat also in Niederösterreich gar nichts Böses an dieser Bestimmung gefunden. Oberösterreich — genau so wie Wien. Das schwarze Oberösterreich! Nur einen Zusatz hat man gemacht: „und berufliche und sittliche Erziehung zu fördern.“ Da sind schon einige Phrasen dabei, aber es ist noch einwandfrei. Salzburg — wie Wien, wie Niederösterreich und Oberösterreich. Kärnten — wie Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg. Also überall ist es gegangen. Jetzt kommt Steiermark. Steiermark hat dieselbe Bestimmung wie Wien und dazu — man sieht, wie sich das so langsam durchsift — die Worte: „und sittliche, berufliche und staatsbürgerliche Erziehung zu fördern.“ Da sind schon einige überflüssige Bestimmungen, aber schließlich und endlich ist dagegen nichts einzuwenden. Da kommt jetzt die Republik Vorarlberg, die immer ihre eigenen Wege gegangen ist. (*Winsauer: Gott sei Dank!*) Ich weiß nicht, ob Sie das so sehr begrüßen dürfen, denn jetzt kommt am Ende der einstige Landeshauptmann von Vorarlberg dazu, den Vorarlbergern einen anderen Begriff eines Bundeslandes beizubringen. (*Widerspruch rechts.*)

In Vorarlberg wird der erste Teil wie in Wien festgelegt und dann heißt es: „und berufliche Ertüchtigung sowie ihre religiös-sittliche, staatsbürgerliche Erziehung zu fördern.“ Das war der erste Sündenfall (*Heiterkeit*) und der zweite folgt sogleich. Denn wenn auch sonst Tirol und Vorarlberg nicht immer übereinstimmen — auf diesem Gebiet stimmen sie überein, und Tirol kommt jetzt mit einer ganz besonders schönen Formulierung und redet von der religiös-sittlichen, von der völkischen und dann noch von der staatsbürgerlichen Erziehung. Wenn man sich die Dinge ein bißchen genauer ansieht, merkt man, wie diese Fassung zustande gekommen ist, und man kann sich eines Lächelns nicht erwehren. Um das „religiös-

sittliche“ ging der Kampf. Wie bringe ich jetzt die Nationalen herüber, wie versuche ich, die bürgerliche Mehrheit dieser Regierung doch an der Stange zu halten? Ich mache eine Verbeugung vor den Nationalen und gebe ihnen ein Zuckert und sage, nicht nur religiös-sittliche, auch völkische Erziehung. Und man spekuliert darauf, daß die Herren Nationalen sagen werden, wenn nur die völkische Erziehung darin ist, die wird der religiös-sittlichen entgegenwirken. (*Ruf rechts: Warum soll sie entgegenwirken?*) Dann brauche ich sie nicht hineinzuschreiben; wenn kein Unterschied vorhanden ist, schreibe ich das nicht hinein. (*Zwischenrufe.*) Dieser Meinung bin ich auch, ich bin Ihrer Meinung, daß die Worte „völkische Erziehung“ gar nichts bedeuten. Die Worte „religiös-sittlich“ bedeuten ein klares, nämlich ein klarer Program. Wenn ich sage „religiös-sittlich“, so weiß ich, was ich will. Wenn ich sage „völkische Erziehung“, bin ich in einer schweren Verlegenheit. Was heißt das „völkische Erziehung“? Diese Definition ist bis heute, abgesehen von einigen schönen Phrasen, noch nicht konstruiert worden. Ist die Hebung des Gewerbestandes eine völkische Erziehung? Ist die praktisch-theoretische wertvolle Ausbildung des Lehrlings eine völkische Erziehung? Wahrscheinlich, denn der Gewerbestand ist ein Teil des deutschen Volkes; aber ist es notwendig, das besonders zu betonen? Ebenso wie man wahrscheinlich mit der „staatsbürgerlichen Erziehung“ gemeint hat, man werde diejenigen, die da schwanken und doch noch Republikaner sind, ein bißchen leichter beeinflussen können. Es gibt ja noch so viel andere schöne, gute Sachen, die man alle hätte in die Zweckbestimmung des Gesetzes hineinschreiben können. Man hätte hineinschreiben können: Wir müssen pflegen den Sinn für alles Gute, Wahre, Schöne. Wäre das nicht sehr schön gewesen? Oder: Klugheit des Denkens, Zielsicherheit des Wollens, Reinheit des Handelns und was weiß ich. Das wäre alles sehr schön gewesen. Das Gesetz wäre ein sehr schöner Aufsatz geworden. Man braucht ja da nur in einigen philosophischen und pädagogischen Werken nachzublättern über das Ziel der Erziehung — darüber haben sich die Menschen schon seit Jahrhunderten, ja, wenn man will, seit Jahrtausenden, seit Plato, die Köpfe zerbrochen — aber glauben Sie, daß die Mehrheit des Tiroler Landtages eine philosophische Erörterung geplant hat? Nein, nein, die hatten viel realere Zwecke im Auge! Diese Bestimmung in dem ersten Paragraphen soll die Deckung abgeben für den vorletzten Paragraphen, für den § 41. In diesem Paragraphen wird plötzlich festgelegt, daß in den Fortbildungsschulen ein obligatorischer Religionsunterricht eingeführt werden soll, wenigstens eine halbe, höchstens eine Stunde in der Woche. Sehen Sie, das ist das Entscheidende! (*Dr. Aigner: Das ist das Malheur! — Heiterkeit rechts.*) Malheur? Oh, das ist für uns gar kein Malheur, sondern vielleicht für Sie. Denn in Wahrheit ist es ja doch nichts anderes, als

daß Sie der Wirksamkeit der Priester in Ihrer Kirche nicht jenen Erfolg zuschreiben, der darin bestehen müßte, daß sie die Jugend erfassen und unter einen innerlichen Zwang stellen, wodurch der junge Mensch innerlich getrieben wird, in die Kirche zu gehen, den religiösen Pflichten nachzukommen. Hier wollen Sie nur einen Zwang einführen, durch den sie die Jugend zwingen, Ihrem Religionsunterricht anzuhören. Nun, das hat mit der gewerblichen Ausbildung schon gar nichts zu tun. Wenn man bedenkt, daß eine so geringe Stundenzahl für die praktische und theoretische gewerbliche Ausbildung zur Verfügung steht und daß man jetzt von dieser Stundenzahl noch eine halbe oder eine ganze Stunde für den Religionsunterricht wegnimmt, so ist das höchst bedenklich. Ich glaube nicht, daß diesen Wunsch die Katecheten ausgesprochen haben, wie sich überhaupt die Herren Katecheten, die in der praktischen Arbeit stehen, in ihren Auffassungen wesentlich unterscheiden von den rein politisch eingestellten Katholiken. Unsere Katecheten — fragen Sie sie einmal, sie werden sagen: Es hat keinen Sinn, Religionsunterricht zu erteilen, wenn ich zu Hause die nötige Unterstützung finde! Stellen Sie sich jetzt diese jungen Burschen zwischen 14 und 18 Jahren vor, die werden eine halbe Stunde Religionsunterricht haben — nun, was kann der Katechet da leisten? Glauben Sie, daß die Burschen eingestellt sind, einen Religionsunterricht zu erhalten — was wird die Folge sein? Der Katechet wird außerordentlich schwer Disziplin zu halten vermögen, er wird vielleicht an seiner Autorität Schaden leiden. Steht das in einem Verhältnis! Was wollen Sie also? Sie wollen nichts anderes, als daß die Geistlichkeit unmittelbaren Einfluß auf das Fortbildungsschulwesen erhält. Nichts anderes! Sie werden doch nicht etwa annehmen, daß die Geistlichen ein Gewerbe ausüben; das werden Sie kaum von Ihrem Standpunkt akzeptieren wollen. Bei der gewerblichen Ausbildung hat die Geistlichkeit aber schon nicht das geringste zu tun.

So wurde denn im Unterrichtsausschuß diese Gesetzesbestimmung des Tiroler Landtages mit Recht von dem Gesichtspunkte aus abgelehnt, daß eine solche Neuierung keine Berechtigung hat, daß dadurch keineswegs eine Hebung der Lehrlingsausbildung gesichert ist, daß sich hier starke politische Gefahren einschleichen könnten.

Ich möchte auf das Gesetz noch zurückkommen in bezug auf die zweitwichtigste Bestimmung, das sind die über Unterrichtsstunden, die Schulzeit. In Wien ist festgelegt, daß die Schulzeit zwischen 7 und 6 Uhr nur an Werktagen einzuteilen ist. Niederösterreich: 7 bis 6 Uhr 30 Minuten, nur an Werktagen. Oberösterreich: 8 bis 6 Uhr, an Samstagen höchstens 3 Stunden. In Salzburg: 7 bis 6 Uhr, Ansetzung einer späteren Stunde ist zulässig für den Turnunterricht, jedoch nicht über 7 Uhr hinaus, für die Stadt Salzburg bis ½7 Uhr, wenn zu wenig freie Räume da sind, in Kärnten von

7 bis 6 Uhr, in besonderen Ausnahmefällen ist an Sonntagen ein zweistündiger Unterricht zulässig, in Steiermark von 7 bis 6 Uhr, in Ausnahmefällen bis 7 Uhr mit Bewilligung des Landeshauptmannes. Und jetzt kommt Tirol. Tirol hat eine Phrase, völlig allgemein gehalten, und gar keine Bestimmung über die Begrenzung der Ansetzung der Unterrichtszeit. Alles entscheidet der Fortbildungsschulrat.

Hohes Haus! Es hieße wirklich oft Gesagtes wiederholen, wenn man darauf verweisen würde, daß es wirklich nicht gleichgültig ist, wann der Lehrjunge diese ohnedies so karg bemessene Zeit der schulischen Ausbildung widmen soll. Es ist nicht gleichgültig, ob der Lehrling noch aufnahmefähig oder abgemüdet und ausgepumpt in die Schule kommt und sie nur als Ruhestätte betrachtet. Dann kann es dem Schüler noch passieren, daß er eine Strafe dafür bekommt, während eigentlich der Gesetzgeber dieser Strafe verfallen sein sollte. Ich appelliere hier auch an die Herren, die die christliche Arbeiterschaft im Hause vertreten. Auch sie haben seinerzeit diese Bestimmung absolut gefordert. Es ist eine solche Selbstverständlichkeit in der jetzigen Zeit, daß man aufhört, wenn man eine solche Bestimmung nicht findet.

Wir haben einen Minoritätsantrag eingebracht, der nicht etwa etwas Umstürzendes ist, sondern der die Bestimmungen zusammenfaßt, für die seinerzeit auch die Christlichsozialen in den Landtagen und hier gestimmt haben. Dieser Minoritätsantrag lautet (*liest*):

„§ 13 hat zu lauten:

Das Schuljahr dauert an den allgemeinen gewerblichen Fortbildungsschulen sieben bis zehn Monate und fällt in die Zeit außerhalb der für die öffentlichen Volksschulen festgesetzten Hauptferien. Bei sachlichen Fortbildungsschulen ist Beginn und Dauer des Schuljahres unter Bedachtnahme auf die besonderen Verhältnisse des betreffenden Gewerbes festzusetzen. Die vom Schulausschuß getroffenen einschlägigen Bestimmungen unterliegen der Genehmigung des Fortbildungsschulrates. Die Unterrichtsstunden sind vom Schulausschuß so anzubereitern, daß sie an Werktagen in die Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends, also in die übliche Arbeitszeit fallen. Der Samstagnachmittag ist, wo es die Verhältnisse erlauben, freizugeben.“

Wahrhaftig, eine sehr harmlose Bestimmung, die sich längst durchgesetzt hat. Daher der Appell an das hohe Haus, diesen Minoritätsantrag nicht so zu behandeln, wie man sonst gewöhnlich Minoritätsanträge behandelt, sondern sich hier von einer wirklich sachlichen Erwägung leiten zu lassen.

Meine Frauen und Herren! Die furchtbare Krise wirkt sich insbesondere auf die Jugendlichen geradezu katastrophal aus. So ein Jugendlicher verläßt die Schule, er will sich für eine Existenz vorbereiten, er will etwas lernen, will etwas leisten. Da steht er vor

dem Nichts. Es wäre nicht zu wundern, wenn solche jungen Leute, teils romantisch veranlagt, teils vom Latendurst getrieben, teils von der Verzweiflung gepackt, der Demoralisation anheimfielen. Diese Demoralisation wäre allerdings in erster Linie für die Jugendlichen gefährlich. Aber damit ist diese Gefahr nicht abgedeckt; sie wäre verderblich für die ganze Gesellschaft. Wenn ein Lehrling eine halbwegs mögliche Lehre bekommt, so ist das für ihn ein wirklicher Glücksfall. Ich erinnere in diesem Augenblick an eine eindrucksvolle Tagung, die vor etwa zwei Monaten im Wiener Rathaus unter dem Titel „Jugend in Not“ stattgefunden hat. Alle politischen Parteien, alle Organisationen haben sich daran beteiligt. Es wurden sehr schöne Reden gehalten, es wurde sehr Treffendes an Kritik vorgebracht und allen mußte man zubilligen, daß sie den Willen haben und den Entschluß fassen wollen, so weit es nur möglich ist, dieser armen verlorenen Jugend etwas zu helfen. Mit den Reden allein ist es aber nicht getan, heute könnte praktische Arbeit geleistet werden.

Dieses Gesetz für die tirolische Jugend ist für jeden, der sachlich die Dinge betrachte, unannehmbar; politisch und insbesondere sachlich unannehmbar. Auch der Tiroler Landtag wird Vernunft annehmen, wenn er sieht, daß er auf starke Widerstände stößt. Das Gesetz soll nicht mit Bestimmungen belastet werden, die ganz eindeutige fiskale Vorstöße bedeuten und schwere Gefahren heraufbeschwören. Das Gesetz soll keine Bestimmungen enthalten, die schon durch andere Landtagsbeschlüsse als unerträglich abgeschafft worden sind, sondern es soll einen wirklichen Fortschritt bedeuten. Das wird nicht nur der Jugend in Not, das wird auch dem Gewerbestande zugute kommen. Und so scheint es mir, daß der Nationalrat die Pflicht hat, zu verhindern, daß ein reaktionäres Gesetz in Kraft trete, und dafür zu sorgen, daß eine möglichst einheitliche Regelung dieser bedeutungsvollen Frage auch über den Weg der Landtage herbeigeführt werde. Aus diesem Grunde bitte ich das hohe Haus, die Minoritätsanträge der Sozialdemokraten anzunehmen. *(Lebhafter Beifall links.)*

**Dr. Schuschnigg:** Hohes Haus! Außerhalb des Meinungsstreites sollte der Wunsch aller stehen, daß die tirolischen Fortbildungsschulen endlich die verfassungsmäßig erforderliche Voraussetzung für ihren rechtlichen Bestand erhalten. Seit dem Jahre 1926 liegt das Gesetz des Tiroler Landtages vor. Zweimal ist seither der Nationalrat neu gewählt worden, und immer noch nicht kam es zu dem übereinstimmenden Besetze, welches notwendig ist, daß die Tiroler Fortbildungsschulen tatsächlich die legale Basis erhalten.

Wenn der Herr Vorredner eingangs die Forderung gestellt hat, daß das Fortbildungsschulgesetz Vorzeige treffe, daß die Lehrlinge über die reine Fachausbildung hinaus Allgemeinbildung vermittelt erhalten, so ist das eine Forderung, der wir in weitestgehendem

Maße zustimmen können. Nicht verständlich scheint mir aber dann die weitere Schlußfolgerung zu sein, die der Herr Vorredner bei Besprechung des Gesetzes ziehen zu können glaubte. Er sagt, das Tiroler Gesetz, wie es der Landtag beschlossen hat, sei weit zurück hinter den gleichen Gesetzen anderer Länder. Ich frage mich dann vergebens, warum dies der Fall sein soll, und ich komme schließlich, wenn ich den Ausführungen des Herrn Vorredners folge, immer nur auf die zwei Wörtlein „sittlich-religiös“ im § 1 und auf den vorgesehenen Religionsunterricht im § 41. Ich frage mich weiter: Ist die Einschaltung dieser Worte wirklich so katastrophal, daß man davon sprechen kann, daß die Vorlage des Tiroler Landtages in ihrem Wert weit hinter gleichartigen Vorlagen der anderen Länder zurücksteht? Wenn die Forderung erhoben wird, daß das Fortbildungsschulgesetz hat wie jedes Schulgesetz dafür Vorkehrung zu treffen, daß die Lehrlinge eine Allgemeinbildung erhalten, so ist der § 1 unserer Auffassung nach dieser Forderung völlig nachgekommen. Es ist beispielsweise darin bestimmt — ich lasse vorläufig die inkriminierten Worte aus —: „Dabei ist auf die staatsbürgerliche Erziehung und die Pflege des Gemeinfinns Bedacht zu nehmen.“ Was ist denn das alles, als eine Bemühung nach jener Richtung hin, wie sie der Herr Vorredner verlangt hat?

Tatsächlich ist das ganze Gesetz eigentlich unbestritten, bis auf die bereits erwähnte Formulierung des § 1 und des § 41. Es entbrannte der Meinungsstreit, ob es notwendig und gut sei, in den Zweck des Gesetzes die Bedachtnahme auf die religiös-sittliche Erziehung im § 1 aufzunehmen und im § 41, ob es notwendig sei, im Gesetz zu bestimmen, daß ein Religionsunterricht obligatorisch eingeführt werde. Abseits von jeder grundsätzlichen Erwägung möchte ich zunächst einen Gedanken voranstellen, und das ist die Pflicht, vor die sich der Nationalrat gestellt sieht, Landtagsbeschlüsse zu respektieren, sofern sie nicht zweckgefährdend sind. *(Sehr richtig! rechts.)* Der Nationalrat hat sich zur Aufgabe zu setzen, Güter der verfassungsmäßigen Einrichtungen zu sein. Nun sind wir einmal ein Bundesstaat und haben autonome Landtage mit genau umschriebenen Gesetzgebungsbefugnissen. Es ist daher keineswegs einzusehen, warum der Nationalrat über einen Landtagsbeschuß, der mit einer so überwältigenden Majorität gefaßt wurde, wie es im Tiroler Landtag, noch dazu zu wiederholten Malen, der Fall war, hinweggehen soll. Eine Begründung dafür würde ich dann sehen, wenn man wirklich nachweisen könnte, daß es notwendig sei, von diesem Landtagsbeschuß abzugehen, um den Zweck des Gesetzes nicht zu gefährden. Aber davon kann doch wohl keine Rede sein, denn es wird ja niemand im Ernst annehmen oder auch nur behaupten können, daß deswegen, weil im § 1 des Tiroler Fortbildungsschulgesetzes steht, daß unter anderem auch auf die religiös-sittliche Erziehung Bedacht zu nehmen sei — oder wie die Mehrheit des Unterrichtsausschusses

sagt, auf die sittlich-religiöse Erziehung —, der Zweck des Gesetzes, die notwendige Fortbildung der Lehrlinge, irgendwie beeinträchtigt oder erschwert werden könnte.

Zu der grundsätzlichen Frage, warum der Tiroler Landtag und wir, die wir der Meinung der Majorität des Landtages sind, darauf bestanden haben, daß im § 1 die religiös-sittliche Erziehung enthalten sei, möchte ich zunächst jenem Teil des hohen Hauses, welcher die Auffassung vertreten hat, daß es besser sei, mit Rücksicht auf die Terminologie des Reichsvolksschulgesetzes die Worte „religiös-sittlich“ in „sittlich-religiös“ umzustellen, zur Erwägung anheimstellen, ob er denn nicht selbst so argumentiert hat, daß seiner Meinung nach kein inhaltlicher Unterschied zwischen den beiden Wortstellungen sei. Wenn aber dem so ist, wenn nach der Meinung dieses Teiles des hohen Hauses „sittlich-religiös“ inhaltlich gleichbedeutend wäre mit „religiös-sittlich“, dann ist wiederum nicht einzusehen, wie man es rechtfertigen kann, daß durch diese rein formelle Umstellung das Gesetz, das schon so lange Jahre darauf wartet, endlich Wirklichkeit zu werden, wieder in seiner Erledigung hinausgeschoben wird, daß wiederum durch Wochen, vielleicht durch Monate der heutige Zustand im Tiroler Fortbildungsschulwesen, der ja nur ein Provisorium bedeuten kann und der sich insbesondere auf die Lehrpersonen übel auswirkt, weiterbestehen bleibt. In diesem Falle bleibt, richtig gesehen, nur eines übrig: Wenn man schon sinngemäß keinen Unterschied finden kann, dann ist es wohl zwingende Forderung, zuzugestehen, daß in diesem Falle eben der Wille der Majorität des Landtages, ob er uns nun politisch gefällt oder nicht, zu respektieren ist.

Ein Wort aber noch zu der grundsätzlichen Frage im engeren Sinne. Der Herr Vorredner meinte, von der Beugung des Gesetzes, zumindest vom Beugungswillen der Christlichsozialen, sprechen zu können. Ich meine aber, daß er da doch sehr allgemein, weit über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinaus gesprochen hat. Der Herr Vorredner ist mit seinen Gesinnungsfreunden der Meinung, daß jedes Schulgesetz, in dem das Wörtchen „sittlich-religiös“ oder „religiös-sittlich“ enthalten ist, in dem der obligate Religionsunterricht verankert ist, bereits einen klirralen Vorstoß bedeutet. Mit dieser Meinung kann ich nicht rechten. Besonders deutlich wurde diese sehr allgemein gehaltene Auffassung des Herrn Vorredners durch die Bemerkung: Es sei doch die Kirche da; wozu brauche man den Religionslehrer in die Schule zu lassen? Ganz abgesehen davon, daß die Kirche natürlich für alle da ist, ohne Unterschied des Alters, ohne Unterschied des Bildungsgrades, während die Schule doch nur für ganz bestimmte Alterskategorien zu sorgen hat, trifft dies eben für alle Schulgesetze zu, und wenn wir in den Volksschulen, in den Hauptschulen und in den Mittelschulen den Religionsunterricht haben, ist

keineswegs einzusehen, warum wir gerade bei den gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol den Religionsunterricht als so ungeheuer zweckgefährdend erachten sollten. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß gerade junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren den Religionsunterricht dringend brauchen. Wir sind weiter der Meinung, daß die ganze sittliche Grundeinstellung des Menschen ihre Wurzel in der religiösen Überzeugung und Weltanschauung hat. Daher halten wir auch die Textierung, die der Tiroler Landtag gewählt hat, indem er sich für die Wortstellung „religiös-sittlich“ entschieden hat, für eine durchaus beachtenswerte und die Begründung für durchaus logisch. (Heinz: Das ist doch nirgends im gewerblichen Fortbildungsschulwesen so, weder in der Monarchie noch sonst wo!) Meine verehrten Herren, wenn es so wäre — es ist aber nicht so —, so ist damit noch nicht gesagt, daß das Land Tirol nicht befugt wäre, von seinem autonomen Gesetzgebungsrecht Gebrauch zu machen, und daß es nicht Pflicht des Nationalrates wäre, dieses Recht zu respektieren. Aber der Herr Vorredner hat selbst erwähnt, daß wir in dieser Frage nicht durchaus originell sind, sondern daß uns das westlichste Land, Vorarlberg, bereits ein Muster abgegeben hat. Ich frage mich: Ist wirklich die Vorarlberger Fortbildungsschule etwa schlechter als die niederösterreichische oder die Wiener oder die salzburgische, welche aus irgendwelchen Gründen den Religionsunterricht nicht in ihren Gesetzen haben, was wir unbedingt von unserem Standpunkte aus als eine Lücke empfinden?

Ich möchte noch eines sagen. In Tirol ist es seit Jahrzehnten üblich, daß das Land für mittlere und niedere Bildungsanstalten nur dann aus seinen Mitteln beiträgt, wenn auch für den Religionsunterricht Vorseorge getroffen ist. Und nun ist es das Land, welches in diesem Falle 50 Prozent des Aufwandes zu tragen hat, somit der Hauptleidtragende in finanzieller Hinsicht ist. Das Land hat sich dieser Verpflichtung auch niemals entzogen, denn in den Budgets vom Jahre 1929 und 1930 sind stets steigende Beträge gerade für den Personalaufwand des gewerblichen Fortbildungsschulwesens aufgeschienen. Gerade deshalb, weil nach unserer Meinung die Fortbildungsschule, zum Unterschied von bloßen Kursen, wie jede Schule die Aufgabe hat, über eine rein fachliche Ausbildung hinaus den ganzen jungen Menschen zu erfassen, ist der obligate Religionsunterricht in allen Schulen, bei uns in Tirol, ich möchte sagen, fast ein Gewohnheitsrecht, ein legalisiertes Gewohnheitsrecht geworden, das sämtliche Merkmale eines solchen trägt (den langjährigen Gebrauch longaevis usus, evidens utilitas, die auf der Hand liegende Nützlichkeit und urgens necessitas, die unbedingte Notwendigkeit). Nach unserer Auffassung wird in Tirol niemand im Ernste daran denken können, solange die politische Gestaltung des Landtages so ist wie heute, mit Gewaltmaßnahmen etwa den Religionsunterricht auszumerzen.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung anschließen. Es wird gerne in diesem Zusammenhange davon gesprochen, daß die Schulen, die wir in den Ländern haben, minderwertig seien und ihren Zweck nicht ganz erfüllen. Es wird das hie und da auch etwas kräftiger ausgedrückt, indem man erklärt: Dort, wo die Christlich-sozialen oder, wie Sie sagen, die Klerikalen am Ruder sind, macht sich eine Bildungsfeindlichkeit, eine Schulfeindlichkeit geltend, die ihresgleichen sucht. Wie stehen nun die Dinge in Wirklichkeit? Das Land Tirol hat im Jahre 1923 — und zwar das kleine heutige Rumptirol — 14 Fortbildungsschulen gehabt, im Jahre 1929 hatten wir bereits 28 gewerbliche Fortbildungsschulen mit 66 Fortbildungsschulklassen. Dies, trotzdem seit dem Jahre 1925 der Aufwand nicht mehr vom Bunde getragen wird, sondern zum überwiegenden Teile aus Landesmitteln gedeckt werden muß. Wir haben in Tirol 230 Lehrkräfte in den gewerblichen Fortbildungsschulen angestellt, wovon über die Hälfte dem Berufsstand der Volksschul- und Hauptschullehrer angehört. Es ist richtig, daß die Sätze, die für die Unterrichtsstunden gezahlt werden, verhältnismäßig niedrig sind, sie bewegen sich nach meiner Information zwischen 2 S 40 g und 3 S 80 g. Dazu kommt noch ein Zuschlag für jene Lehrpersonen, welche den Fortbildungsschulkurs besuchen, der, leider Gottes, jetzt nur in Mödling zu finden ist. Wir würden es sehr gerne sehen, wenn sich die Möglichkeit ergeben würde, auch bei uns im Land einen solchen Fortbildungsschulkurs zu errichten.

Es ist also nicht so, daß das Land Tirol etwa nichts übrig hätte für die Schule im allgemeinen und für Fortbildungsschulen im besonderen; es läßt sich vielmehr in den letzten Jahren erfreulicherweise eine aufsteigende Entwicklung konstatieren, die deutlich genug zeigt, daß die Mehrheit des Tiroler Landtages genau weiß, was sie dem Fortbildungsschulgedanken schuldig ist. Wenn Sie noch eine Ziffer wollen: Im Jahre 1929 wurde im Tiroler Budget der für Tirol immerhin beträchtliche Betrag von 55.000 S für den Personalaufwand der gewerblichen Fortbildungsschulen eingesetzt. Ein Jahr später wurde dieser Betrag bereits auf 69.000 S erhöht.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch auf die Minderheitsanträge verweisen, die heute dem hohen Hause vorliegen. Der Minderheitsantrag, der von meinem Parteifreund Wollek u. Gen. gestellt wurde, verlangt, daß im § 22, welcher die Bezüge der Fortbildungsschullehrer regelt, wieder die Festsetzung der ursprünglichen Vorlage eingesetzt werde, daß diese Bezüge im nachhinein zu bezahlen sind, während die Mehrheit des Ausschusses der Ansicht war, daß man gesetzlich festlegen müsse, daß die Bezüge der Fortbildungsschullehrer im vorhinein auszuschütten wären. Welches ist nun die Begründung dafür, daß der Tiroler Landtag sich auf den Standpunkt gestellt hat, die Bezüge der Fortbildungsschullehrer im nachhinein

auszubezahlen? Man darf zunächst das eine nicht vergessen, daß, wie bereits erwähnt, mehr als die Hälfte der 230 Fortbildungsschullehrer in Tirol dem Berufslehrerstande angehören. Das, was sie für die Erteilung des Unterrichtes an den gewerblichen Fortbildungsschulen erhalten, ist ein Stundenentgelt und ist somit als Remuneration zu bezeichnen und nicht als Monatsfixum. Sie haben daher nur das Schicksal aller Remunerationsempfänger zu teilen, wenn sie die Remuneration erst nach geleisteter Arbeit beziehen. Das ist die Auffassung des Tiroler Landtages gewesen, das ist die Auffassung der Herren Kollegen, die im Unterrichtsausschuß den Minderheitsantrag gestellt haben, um dessen Annahme ich Sie hiemit ersuche.

Ich darf schließlich noch mit einem Worte auf die Forderung zurückkommen, die vom Herrn Vorredner erhoben wurde, daß im Gesetze die Verteilung der Stunden an den Fortbildungsschulen festgelegt werde, insbesondere festgelegt werde, daß der Samstagnachmittag für die Lehrlinge freizugeben sei. Er hat recht, wenn er sagt, daß das eine Forderung ist, die weit über den Kreis seiner politischen Gesinnungsfreunde hinaus erhoben wurde und die tatsächlich, insbesondere in den Kreisen der Jugendlichen, immer wieder erhoben wird; man wird ihr eine Berechtigung nicht absprechen können. Ich möchte ihn aber an das eine erinnern, was er eingangs seiner Ausführungen hier im hohen Hause erklärt hat: Er sehe selbst ein, daß es nicht angehe, ein Fortbildungsschulgesetz zu machen, das für Wien und draußen für die Länder, trotz der verschiedenen Voraussetzungen, die nun einmal in der Großstadt und auf dem flachen Lande in Rechnung zu ziehen sind, in gleichem Maße taugliche Geltung hat. Wir sehen daher im Tiroler Landesgesetze eine Bestimmung, nach der es dem Fortbildungsschulrat, dessen Zusammensetzung im Gesetze genau geregelt ist, überlassen bleiben muß, je nach den örtlichen Verhältnissen den Unterricht so anzusetzen, wie die Verhältnisse es gebieten. Wir werden auch nicht ermangeln, allen Einfluß im Fortbildungsschulrate in der Richtung geltend zu machen, daß insbesondere die gewünschte Freihaltung der Samstagnachmittage, wo dies irgendwie möglich ist, verfügt wird.

Ich darf zusammenfassend wiederholen: Wer die Ausführungen des Herrn Vertreters der Opposition hier mit angehört hat, hat wohl die Behauptung vernommen, daß dieses Gesetz ein schlechteres sei als jene, die in den anderen Bundesländern bestehen; aber die Beweisführung für diese Behauptung ist uns der Herr Vorredner schuldig geblieben. Denn durch den bloßen Hinweis auf die Wörtchen „sittlich-religiös“ im § 1 und auf die halbe Religionsstunde im § 41 wird man niemandem weismachen können, daß das Gesetz zu einem minderwertigen geworden sei. O nein! Es handelt sich um die Errichtung eines tragfähigen Baues, und Ihnen, meine Herren, handelt es sich in erster Linie um die Errichtung einer deutlich

sichtbaren optischen Fassade. Wenn aber die Schulfreundlichkeit, von der Sie gerne sprechen, nicht nur Geklunker ist, dann, bitte, helfen Sie uns, daß das Tiroler Land endlich sein Fortbildungsschulgesetz bekommt, auf das es nunmehr seit vier Jahren vergeblich gewartet hat. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

**Werner:** Frauen und Männer! Als Tiroler Gewerbetreibender kann ich Ihnen nur mitteilen, daß man im Lande Tirol gar nicht davon erbaut ist, daß das Fortbildungsschulgesetz für Tirol schon fünf Jahre lang hinausgezogen wird, daß es hier im Parlament nicht möglich war, es zu erledigen, weil immer wieder kleinliche Hindernisse dazwischen getreten sind. Man kann es in den betroffenen Kreisen gar nicht verstehen, daß das Parlament ein Interesse daran hat, ein Land bei einem so wichtigen Rahmengesetze so lange hängen-zulassen. Wenn in Tirol die gewerblichen Fortbildungsschulen bisher nicht so ausgebaut werden konnten, wie es ein Redner der Opposition hier eben ausgeführt hat, so ist der Hauptgrund hierfür wohl darin zu suchen, daß man immer wieder die Beschlußfassung dieses Gesetzes verhindert hat, das hauptsächlich die Finanzierung regelt und überhaupt die gesetzlichen Grundlagen herstellt.

Ich kann dem Herrn Abg. Glöckel darin durchaus nicht zustimmen, und auch die Tiroler Gewerbetreibenden, die Hauptbetroffenen, können ihm nicht darin zustimmen, daß man das Gesetz deswegen wieder zurückschicken soll, weil es politisch nicht einwandfrei ist. Wir brauchen kein politisches gewerbliches Fortbildungsschulgesetz, sondern ein Gesetz, das es ermöglicht, den gewerblichen Nachwuchs entsprechend für die Wirtschaft zu erziehen. Es handelt sich also um eine wirtschaftliche und nicht um eine politische Maßnahme. Vielleicht ist gerade das typisch parlamentarisch, daß man alles immer auf die politische Einstellung der einzelnen aufbaut, statt daß man wirtschaftlich denkt.

Wenn ich zu den weiteren Ausführungen des Herrn Abg. Glöckel nicht Stellung nehme, zu seinen Ausführungen, daß er die Stundenzahl gewöhnlich zu gering findet, auch daß er die Schulfunden in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends festgelegt haben will, daß er ferner den Religionsunterricht als hemmend ansieht usw., so deshalb, weil uns in Tirol gar nichts an der Anschauung des Herrn Abg. Glöckel gelegen ist *(Heiterkeit)*, weil wir uns unser Land einigermaßen anders aufzäumen wollen als die berühmten Glöckel-Schulen in Wien. Wir wollen nämlich einen tüchtigen Nachwuchs haben, weil wir wieder tüchtige Männer brauchen, die sich dann im Leben behaupten können, und nicht Jungs, die in der Jugend nichts gelernt haben und im Alter dann Taugenichtse sein müssen.

Auf einige kleine Abänderungen habe ich aber hier einzugehen, weil sie von einer Mehrheit angenommen worden sind. Es soll doch das Recht eines Landtages sein, solange wir am Föderalismus festhalten, für

sein Land etwas festzulegen, ohne daß das Parlament hergeht und sagt: Landtag, was du gemacht hast, ist alles schlecht, wir in Wien verstehen es besser, wir sind die helleren Köpfe. Das mag in manchen Fällen ja zutreffen, aber gerade diese Abänderungen hier sind derart kleinlich, daß es nicht dafür steht, daß das Fortbildungsschulgesetz für Tirol wieder auf die lange Bank geschoben, daß es nicht Gesetz wird zum Schaden des gewerblichen Nachwuchses in Tirol. Es ist von dieser Stelle aus, sogar von seiten der schärfsten Opposition, behauptet worden, daß es für Tirol dasselbe ist, ob „sittlich-religiös“ oder „religiös-sittlich“. Ich kann Ihnen als Mitglied eines gewerblichen Fortbildungsschulausschusses sagen, daß das wirklich in Tirol dasselbe ist, denn es wird, solange die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung so gesinnt bleibt, wie sie es ist, in Tirol immer „religiös-sittlich“ sein. *(Zustimmung.)*

Nun sind noch einige kleine Dinge herausgegriffen worden, so, daß der Schulleiter in der Regel den Nachweis der pädagogisch-didaktischen Befähigung haben muß. Die Worte „in der Regel“ sind wohl hineingerutscht, aber es ist unbedingt nicht notwendig, daß wir wegen dieser Worte, die nicht ausschlaggebend sind und nirgends zur Anwendung kommen, das Gesetz wieder zurückschicken.

Zu § 22, Punkt 2, Absatz a, wird bei der Entlohnung beantragt, daß die Berücksichtigung der Zahl der Schüler gestrichen werde. Das ist auch eine solche Kleinlichkeit, daß es nicht dafür steht, das Gesetz zurückzuschicken.

Zum Punkte 3 desselben Paragraphen bin ich der Ansicht, daß die Bestimmung belanglos ist, ob die Bezüge im vorhinein oder im nachhinein ausbezahlt werden, da es sich nicht um ein Gehalt, sondern nur um eine Remuneration handelt.

Zusammenfassend möchte ich also kurz erklären, daß es nicht dafür steht, wegen so belangloser Abänderungen das Gesetz nochmals an den Landtag zurückzuschicken und nochmals eine Verzögerung zum Schaden der gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol eintreten zu lassen, worunter nicht nur die Lehrer und Schüler, sondern schließlich auch die Gewerbetreibenden, da sie ein entsprechendes Fortbildungsschulgesetz nicht haben und die Finanzierung nicht richtig festgelegt ist, zu leiden haben. Ich beantrage daher, das Haus möge beschließen, das Bundesgesetz, betr. die gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol, in der Fassung anzunehmen, in der es der Tiroler Landtag beschlossen hat. *(Lebhafter Beifall rechts und auf der äußersten Rechten.)*

**Glöckel:** Ich habe nur einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Schuschnigg zu machen. Seine erste Polemik ist danebengegangen. Der Herr Kollege Schuschnigg hat übersehen, daß ich nicht nur die Bestimmungen des § 1 kritisiert habe, sondern daß ich auch andere Bestimmungen kritisiert

habe, daß also das Gesetz nicht nur aus dem Grunde — wenn der Minoritätsantrag der Herren Christlichsozialen angenommen werden würde — unsere Ablehnung, sondern auch aus anderen Gründen herbeiführen müßte.

Es ist von Herrn Abg. Schuschnigg darauf verwiesen worden, daß man schon fünf Jahre auf dieses Gesetz warte und daß doch endlich einmal der Nationalrat diesem Zustand der Schweben ein Ende machen soll. Ich habe darauf schon früher geantwortet, indem ich darauf verwies, daß man auf ein schlechtes Gesetz noch länger warten könne, da drängt es nicht; unser Bestreben ist es, das Gesetz zu verbessern und das verbesserte Gesetz dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Herr Abg. Schuschnigg hat auch davon geredet, daß der Religionsunterricht unbedingt notwendig ist. Es ist mir hier Material übergeben worden, das ich dem hohen Hause nicht vorenthalten will (*liest*):

„Wenn eben erwähnt worden ist, daß die Lehrer mit der Aufführung der Schüler im allgemeinen zufrieden waren, sich immer als Lehrer durchsetzen konnten, so war das mit dem vorgeschriebenen Religionsunterricht nicht der Fall. Fast bei jeder Religionsstunde gab es Zwischenfälle einmal mit diesem und das andere Mal mit dem anderen Katecheten, so daß selbst die Katecheten eine Besprechung abhielten und es für eine unnötige Belastung der Schule hielten, weiter Unterricht in Religion zu erteilen. Aber das Land besteht auf seinem Schein. Aber nicht nur in Innsbruck ist und war das der Fall, auch in den Landgemeinden. In St. Anton am Arlberg hatten die Fortbildungsschüler die Entfernung des Katecheten verlangt, sind während des Religionsunterrichtes einfach nicht in das Klassenzimmer gegangen. Auch in Imst haben die Schüler gegen den Religionsunterricht Stellung genommen. Der Inspektor mußte von Innsbruck nach St. Anton, um die Angelegenheit zu regeln. Die Schüler wollten selbst die Schule, aber keinen Religionsunterricht. Man sagte den Schülern: „Ohne Religionsunterricht keine Schule, ohne Religionsunterricht kein Geld“, sagt die Landesregierung. Solche Fälle gibt es in Tirol noch mehrere.“

Das, was ich früher im allgemeinen gesagt habe, trifft also hier ein. Es ist ja auch ganz begreiflich, wenn man die Mentalität der jungen Burschen und die Schwierigkeiten der heutigen Verhältnisse in Betracht zieht, ist man darüber nicht überrascht.

Sehr interessiert hat es mich, daß der Herr Abg. Schuschnigg, der allerdings zu den jüngeren Abgeordneten dieses Hauses zählt, folgenden Satz sprach: Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns in einem Bundesstaat befinden; es ist keineswegs einzusehen, warum der Nationalrat darüber hinweggehen sollte, der Wille des Landtages, ob er uns politisch gefällt oder nicht, ist zu respektieren.

Ich nehme das außerordentlich gern zur Kenntnis. Ich weiß nicht, ob das eine Änderung der Taktik der christlichsozialen Partei ist. Denn wir haben es tausendmal erfahren, daß, wenn vom Wiener Landtag etwas gekommen ist, der Wille des Landtages nicht einfach zur Kenntnis genommen und der Wille des Landtages respektiert wurde. Ich erinnere nur an den schweren Kampf um das Gesetz bezüglich des Stadtschulrates. (*Dr. Schuschnigg: Sofern er nicht zweckgefährdend ist, habe ich gesagt!*) Selbstverständlich! Es handelt sich nur darum, wer diese Ermessenssache zu entscheiden hat.

Den ganz jungen Menschen muß die Erziehung erteilt werden, hat Herr Abg. Schuschnigg gesagt, daher sei der Religionsunterricht in Tirol ein legalisiertes Wohnheitsrecht. Ich lasse mich gern eines Besseren belehren. Mir ist aber mitgeteilt worden, daß der Religionsunterricht ein Novum ist auch in Tirol. Tatsache ist, daß der Unterrichtsausschuß des Tiroler Landtages nicht beschlossen hat, den Religionsunterricht obligatorisch einzuführen, sondern daß erst der Abg. Heidegger im Hause den Antrag gestellt hat und dann erst der Beschluß gefaßt wurde. Es scheint mir also nicht so zu stimmen mit dem legalisierten Wohnheitsrecht. (*Dr. Schuschnigg: Früher hat das Land nichts zu zahlen gehabt, seit 1925 zahlt das Land!*) Das Land besteht ja nicht nur aus Klerikalen, das Land besteht auch aus Angehörigen anderer politischer Parteien, und den Grundsatz: wer zahlt, schafft an, sogar auf diesem Gebiete aufzustellen, wo Sie auch in Ihren eigenen Reihen Schwierigkeiten haben — wenn sie auch jetzt vielleicht zurückgedrängt wurden —, halte ich nicht für richtig.

Der Herr Abg. Dr. Schuschnigg meint, man solle doch einsehen, daß ein Gesetz, das für Wien und andere Länder zutrifft, nicht auch für Tirol einfach übernommen werden könne. Ich habe im voraus diesen Standpunkt eingenommen. Aber gerade auf dem Gebiete hat Herr Abg. Schuschnigg unrecht. In bezug auf die Bestimmung der Schulzeit will ich gar nicht das, was in Wien gilt, sondern da will ich das, was in Steiermark, in Oberösterreich und in Salzburg gilt. Da können Sie doch nicht sagen, daß das eine Parallele mit der Großstadt sei. Und etwas anderes wollen wir nicht.

Wenn der Herr Abg. Schuschnigg sagt, in allen Schulanstalten sei der Religionsunterricht eingeführt, auch in den Volksschulen oder Mittelschulen, so hat er recht. Aber es ist ein Unterschied, ob ich innerhalb von 36 Wochenstunden eine oder zwei Religionsstunden oder ob ich innerhalb von vier Wochenstunden eine Religionsstunde ansetze. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Dazu kommt, daß das Tiroler Schulwesen das niederorganisierteste Österreichs ist, daß daher die aus diesen Schulen Hervorgehenden von vornherein eine schwierigere Stellung haben. (*Widerspruch und*

*Zwischenruf rechts.* — *Abram:* Das ist leider wahr! — *Rufe rechts:* Sie beleidigen die Tiroler! Meine Herren von der christlichsozialen Partei, über diese Frage können wir hier nicht abstimmen. Das Tiroler Schulwesen ist das niederorganisierteste Österreichs. Ja, wollen Sie ... (*Werner: Leere Phrasen!* — *Abram:* Das ist leider wahr! — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Sie werden mir doch zugeben, daß man über diese Frage nicht nach dem Mehrheitsprinzip abstimmen kann, sondern daß hier die Zahlen sprechen. (*Dr. Schuschnigg: Beweisen!*) Das will ich ja, lassen Sie mich nur zu Worte kommen. Wir haben in Tirol 439 Volksschulen, davon sind die Hälfte einklassig und rund 120 Schulen sind zweiklassig. (*Ruf: Es sind doch meistens Dörfer!*) Sie können mir glauben, daß ich auf diesen Einwand gefaßt bin. Ich verlange nicht, daß in einem Dorf eine achtklassige Schule besteht. So gescheit bin ich schon. Aber es gibt eine andere Form der Organisation. Selbst in solchen Gegenden, wo die Schülerstände sehr schütter sind, ist es möglich, durch Sprengelschulen und ähnliche Organisationen das Schulwesen zu heben. Dazu kommt aber noch etwas anderes. Ich gebe zu, daß diese Zahlen allein noch nicht entscheidend sind für dieses Urteil. Aber wie sieht es denn mit den Schulbesucherleichterungen aus? Von 42.280 Volksschulkindern haben 5254, das sind 12,65 Prozent, außerordentlich weitgehende Erleichterungen. Schulbesucherleichterungen sind Lebenserschwerungen. Darüber kommt man nicht hinweg. Und ein Land, das Schulbesucherleichterungen in einem solchen Ausmaße für möglich und notwendig hält, ist ein reaktionäres Land. Das ist ganz klar. (*Beifall links.* — *Lebhafte Zwischenrufe rechts.*)

Aber betrachten wir die Schulzeit in den Fortbildungsschulen Tirols. (*Zwischenrufe rechts.*) Schauen Sie, mit Zwischenrufen, die wenig überlegt sind, wird man solche Dinge nicht aus der Welt schaffen. (*Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

Präsident Dr. **Straßner:** Ich bitte um Ruhe.

**Glöckel** (*fortfahrend*): Wir brauchen nur auf die Schulzeiten in den Fortbildungsschulen einzugehen. 7,37 Prozent aller Fortbildungsschulen haben überhaupt nur acht Monate Unterricht, 7 Prozent 8½, 34 Prozent 9 Monate und 30,4 Prozent 10 Monate. Das ist also eine außerordentlich gering bemessene Schulzeit. Sie sehen daraus, daß sich noch manches verbessern ließe und auf manchem Gebiet ein Fortschritt zu erzielen wäre, wenn man nur den guten Willen hat.

Das Gesetz entspricht nicht den Anforderungen, die man als Mindestanforderungen zu stellen berechtigt ist, und bei einigem guten Willen wird auch der tirolische Landtag, wenn er nun einen Einspruch des Nationalrates erfährt, sich dazu bequemen, hier Bestimmungen zu treffen, die einen wirklichen Fortschritt bedeuten. Nichts anderes wollen wir mit unseren Minoritätsanträgen. (*Lebhafter Beifall links.*)

**Barboch:** Hohes Haus! Der Zweck der gewerblichen Fortbildungsschulen wird im § 1 durch drei Bezeichnungen festgelegt: gewerbliche Ausbildung, schulmäßiger Unterricht und berufliche Ertüchtigung. Wenn nun eine Ergänzung des schulmäßigen Unterrichtes als notwendig anerkannt wird, dann finden wir es begreiflich, daß jene vier Ausdrücke, die schon in verschiedenen anderen Gesetzen — ich verweise auf die Lehrpläne für Volksschulen, auf das Mittelschulgesetz — auch hier angeführt werden. Diese Bezeichnungen heißen: „sittlich-religiös“, „völkisch“, „staatsbürgerlich“ und „Pflege des Gemeinnes“. Ich wundere mich darüber, daß die sozialdemokratische Partei schon im Ausschuß darauf hingewiesen hat, daß sie die Streichung dieses zweiten Absatzes wünsche, und hätte gedacht, daß sie, wenn sie eine Ergänzung des schulmäßigen Unterrichtes für angezeigt findet, nichts dagegen einzuwenden gehabt hätte, daß diese vier Erziehungsziele in diesem Gesetze wörtlich angeführt sind. Daß der Herr Abg. Glöckel an dem Worte „völkisch“ herumzudeuteln versucht und gemeint hat, daß er nicht begreife, wie man völkisch erziehen könne, ist eine Frage, die, wie ich meine, hier nicht weiter zur Erörterung zu stehen braucht, weil jeder, der sich mit Erziehungsfragen beschäftigt hat, auch den Begriff der völkischen Erziehung erfaßt hat.

Was nun den Ausdruck „sittlich-religiös“, beziehungsweise „religiös-sittlich“ betrifft, so handelt es sich hier nicht bloß um einen Kampf wegen der Reihenfolge zweier Ausdrücke, um eine kleinliche Wortklauberei, wie sie von manchen Seiten bezeichnet wird, sondern um die programmatische Einstellung zu einem Erziehungsideal. Ich möchte darauf verweisen, daß schon bei der Schaffung des Reichsvolksschulgesetzes im Jahre 1869 die Stellung dieser beiden Wörtchen Meinungsverschiedenheiten und Kämpfe hervorgerufen hat, die sich immer wieder wiederholten. Es zeigt sich ja auch hier in dem Verhalten der Parteien zu diesem Gesetze die programmatische Einstellung. Die christlichsoziale Partei stellt selbstverständlich programmatisch das Ziel der religiösen Erziehung voran. Die sozialdemokratische Partei lehnt nicht nur den ganzen zweiten Absatz, also auch die sittlich-religiöse Erziehung ab, sondern sie steht auch auf dem Standpunkt, daß die im § 41 vorgesehene dem Religionsunterricht zugeschiedene Zeit gestrichen zu werden habe. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß diese Frage im § 41 — die Zuweisung einer kurzen Zeit für den Religionsunterricht — keine so wichtige Frage sei, daß darüber ein Meinungsstreit zu entbrennen brauchte. Wenn — hier zitiere ich einen Ausspruch des Herrn Abg. Glöckel — die Bürger verschiedener Meinung oder verschiedener Anschauung in Tirol den Wunsch haben, daß ihre Lehrlinge in der Fortbildungsschule eine halbe bis höchstens eine Stunde Religionsunterricht erhalten sollen, so glauben wir, daß den Lehrbüchern daraus keine besondere Gefahr erwächst und daß man den Tirolern

wohl diesen Gefallen tun kann, ohne sich irgendwie gegen den Zweck, den die gewerblichen Fortbildungsschulen verfolgen, zu versündigen. Ich möchte dann doch noch darauf aufmerksam machen, daß dieses Erziehungsziel — im Programm der großdeutschen Volkspartei — in der Form festgelegt ist, daß wir die Erziehung des sittlichen Menschen als das Erziehungsideal hinstellen, und glauben, daß die Religion ein unentbehrliches Mittel ist, um dieses Erziehungsideal zu erreichen. Dadurch unterscheiden wir uns von den übrigen Parteien, und das möge auch bei dieser Gelegenheit betont sein.

Wenn von einer andern Seite hervorgehoben wurde, daß durch diese Wortflauberei die Gesetzgebung der Vorlage verhindert und dadurch ein gewisser Schaden für die Gewerbetreibenden und andere interessierte Kreise in Tirol hervorgerufen werde, so muß doch darauf verwiesen werden, daß der Tiroler Landtag die hier im Hause vertretenen Anschauungen kennt, daß er sich hätte anpassen und vielleicht doch den Standpunkt beziehen können, daß der Ausdruck „sittlich-religiös“ nun einmal im Reichsvolksschulgesetz festgelegt ist, daß er seit 60 Jahren in Deutschösterreich für alle, die mit dem Schulwesen zu tun haben, einen klaren Begriff bedeutet, daß ferner der Ausdruck „sittlich-religiös“ im Jahre 1926 vom Herrn Minister Rintelen in das Gesetz betr. die Lehrpläne für Volks- und Hauptschulen, eingefügt wurde und daß schließlich im Jahre 1927 der Herr Minister Schmitz keinen Anstand genommen hat, den Ausdruck „sittlich-religiös“ auch in jenes Gesetz aufzunehmen, das das Mittelschulwesen betrifft. Ich glaube, daß gerade diese beiden Angehörigen der christlichsozialen Partei frei von dem Vorwurfe sind, das Erziehungsideal der christlichsozialen Partei ändern zu wollen. Sie haben sich eben dem Reichsvolksschulgesetz angepaßt. Diesen Standpunkt hätte auch der Landtag von Tirol einzunehmen gehabt.

Wenn sich nun der Tiroler Landtag zu einer gegenteiligen Auffassung bekennt, so ist es seine eigene Schuld, wenn er damit hier auf Ablehnung stößt, denn schließlich und endlich hat nicht nur der Tiroler Landtag ein Recht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Ich möchte noch ganz kurz darauf verweisen, daß dieses Gesetz auch sonst noch einige Mängel aufweist. Denn die Ausdrücke, die im § 19 vorkommen, und die Fehler, die im § 22 enthalten sind, müssen unter allen Umständen ausgemerzt werden. Ganz kurz möchte ich noch auf den dritten Punkt des § 22 zu sprechen kommen, wo es im Gesetze heißt, daß die Bezüge im nachhinein ausbezahlt werden sollen. Es wurde hier behauptet, daß es sich um Remunerationen handle. Ich habe mich dahin informieren lassen, daß es sich um fixe Bezüge handelt und daß die Mehrheit der Lehrer an gewerblichen Fortbildungsschulen in Tirol in einem definitiven Verhältnis steht, so daß der Ausdruck Remuneration nicht am Platze ist, sondern daß es sich wie bei allen andern an den Schulen wirkenden

Lehrkräften um ein Gehalt handelt. Wir müssen deshalb auf dem Standpunkt bleiben, daß an dem Ausdruck „im vorhinein“ festgehalten wird. Wir haben keine Ursache, unsern im Ausschuss eingenommenen Standpunkt zu ändern. *(Beifall in der Mitte.)*

Berichterstatter Dr. Kolb: Hohes Haus! Im Verlaufe der Aussprache über die zur Beratung stehende Vorlage ist der grundsätzliche Unterschied in der Auffassung zu verschiedenen Fragen zum Ausdruck gekommen. Die Beschlussfassung des Ausschusses hat ergeben, daß sich die Mehrheit des Ausschusses für eine Umänderung des bisherigen Wortlautes des § 1 ausspricht. Andere Punkte des Gesetzes sind wohl angefochten worden, es hat sich aber keine Mehrheit für die Ablehnung ergeben. Es ist ja aus dem Berichte zu ersehen, über welche Punkte noch eine Abstimmung stattzufinden hat.

Zur tatsächlichen Berichtigung des Herrn Abg. Glöckel möchte ich nur noch vorbringen, daß er mit der Behauptung, das Tiroler Schulwesen sei das niedrigstorganisierte, eine sehr oberflächliche Behauptung aufgestellt hat, denn es ist absolut ein Trugschluß, wenn man zufolge des Umstandes, daß in einem Gebirgslande mit zerstreuten Siedelungen natürlich mehr einflussige Volksschulen bestehen, weil dort eben mehrklassige nicht bestehen können, das dortige Volksschulwesen als nieder organisiert charakterisiert. In tatsächlicher Berichtigung möchte ich dem Herrn Abg. Glöckel noch folgendes zu bedenken geben. Was das Verhältnis der Zahl der Klassen zur Zahl der Bevölkerung betrifft, so steht Tirol fast an erster Stelle. In Borsarlberg entfällt bei einer Bevölkerung von 139.968 eine Klasse schon auf 260 Einwohner, in Tirol aus 283 und in Wien auf 394. Die Darstellung, die der Herr Präsident Glöckel gegeben hat, ist also vollständig schief. *(Glöckel: Aus dieser Statistik geht hervor, daß das Schulwesen Wiens hinter dem Schulwesen Tirols steht!)* Das will ich nicht behaupten, aber Sie haben das Gegenteil behauptet. Ich gehe absolut nicht so weit, die Behauptung direkt umzustellen, aber ich sage, Herr Abg. Glöckel, Sie haben hier etwas leichtfertig mit Dingen argumentiert, die einer näheren Betrachtung nicht standhalten. *(Zwischenrufe.)* Das gehört deswegen auch zum Referat, weil schließlich und endlich das Referat eine Vorlage, die aus dem Tiroler Landtage herausgewachsen ist und den Gegenstand des tirolischen Schulwesens betrifft, zur Grundlage hat. Ich beantrage die Annahme der im Ausschusse beschlossenen Vorlage und die Ablehnung der gestellten Minderheitsanträge. *(Beifall rechts.)*

Damit ist die Aussprache beendet, und es wird zur Abstimmung geschritten.

Artikel I, Einleitung, sowie § 1, erster Satz, werden in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zum zweiten Satz des § 1 gelangt zunächst der Minderheitsantrag I zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird in über Antrag Seber namentlich durchgeführter Abstimmung mit 81 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Für den Antrag, mit „Ja“, stimmten die Abg.:

Aigner, Auinger, Birbaumer, Brinnich, Buresch, Doppler, Drexel, Dufcher, Eichinger, Ellend, Ertl, Födermayr, Gangl, Geher, Gierlinger, Graf, Gritschacher, Gürtler, Hainzl, Hasenauer, Haukeis, Heindl, Heizinger, Hirsch, Hollersbacher, Hryntschak, Hueber, Kapral, Kern, Kienböck, Klug, Kneußl, Knoch, Kolb, Kollmann, Kraus, Kunschak, Lengauer, Leskobar, Lichtenegger, Manhalter, Markschläger, Neustädter-Stürmer, Delzelt, Paulitsch, Raab, Ramek, Roth, Schmidt, Schmitz, Schuschnigg, Seidl Georg, Seipel, Spalowsky, Stögner, Streeruwitz, Strohmaier, Sylvestor, Teuffl, Vaugoin, Wagner Johann, Wagner Josef, Waiss, Weidenhoffer, Weidenholzer, Werner, Wiesmaier, Winsauer, Wollek, Zingl;

gegen den Antrag, mit „Nein“, stimmten die Abg.:

Abram, Allina, Amlacher, Bauer Alois, Bauer Otto, Baumgärtel, Böhm, Bosche, Brachmann, Danneberg, Deutsch, Demuth, Eisler, Ellenbogen, Falle, Floßmann, Foppa, Forstner, Freundlich, Frühwirth, Glöckel, Hampel, Hareter, Hartmann, Hautmann, Heinz, Hermann, Hölzl, Horvatek, Janacek, Janicki, Jiricek, Klimberger, König, Kores, Köstler, Lafer, Leuthner, Moshammer, Muchitsch, Müller, Müllner, Pazelt, Peter, Picl, Pistor, Plasser, Pölzer, Popp, Probst, Proft, Rafer, Richter, Rieger, Rösch, Saffit, Scheibin, Schlesinger, Schneeberger, Schneider, Schorsch, Schürff, Seidel Amalie, Seidel Richard, Seiz, Seber, Stein, Stika, Striebnig, Tauschitz, Thoma, Tomischit, Tusch, Wallisch, Weigl, Weiser, Wendl, Witternigg, Wikanh, Zarboch, Zelenka.

Der zweite Satz des § 1 wird hierauf in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die §§ 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 werden in gemeinsamer Abstimmung nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

Bei § 13 gelangt zunächst der Minderheitsantrag II zur Abstimmung. Dieser Antrag wird abgelehnt.

§ 13 wird sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die §§ 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 werden in gemeinsamer Abstimmung nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

§ 22, Absatz 1 und 2, werden in der Ausschussfassung angenommen.

Der Minderheitsantrag III (Abänderungsantrag zu Absatz 3) wird abgelehnt.

Absatz 3 wird hierauf in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die §§ 23 bis einschließlich 40 werden in gemeinsamer Abstimmung nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

§ 41 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Damit ist der Minderheitsantrag IV erledigt.

Die §§ 42 und 43 sowie Artikel II werden in gemeinsamer Abstimmung nach dem Antrag des Ausschusses angenommen.

Titel und Eingang des Gesetzes wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Das Gesetz wird hierauf auch in dritter Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlage (B. 111): Bundesgesetz, womit das Wehrgesetz, B. G. Bl. Nr. 361 vom Jahre 1925, ergänzt und abgeändert wird (Wehrgesetznovelle 1931).

**Dr. Deutsch:** Hohes Haus! Die Gesekentwürfe, die die Regierung dem Nationalrat vorlegt, geben Veranlassung, einen kurzen Rückblick auf unser Heereswesen zu werfen. Solche Rückblicke hat es in den letzten Wochen einige gegeben. Es haben die engeren Freunde des Heeresministers geradezu Lobeshymnen auf die Entwicklung der Wehrmacht gesungen und haben die Sache so dargestellt, als ob die Entwicklung des Heereswesens in Österreich in den letzten Jahren eine durchaus zufriedenstellende, eine aufwärts strebende gewesen sei. Einer der Lobredner, der frühere Bundeskanzler Seipel, hat sogar gemeint, der jetzige Heeresminister habe aus der Volkswehr erst ein Militär gemacht. Es kommt natürlich darauf an, was man unter Militär versteht. Wenn man unter Militär einen Verein zur Veranstaltung von Paraden versteht, dann mag der Herr Dr. Seipel recht haben. Wenn man aber unter Militär ein Instrument des Staates versteht, das, wie es im Gesetze heißt, die Grenzen zu schützen und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten hat, dann, glaube ich, hat der Herr Prälat Seipel sehr wenig recht.

Es ist vor allem hier zu sagen, daß ja unser Heer, seitdem es der derzeitige Heeresminister führt, noch gar nicht Gelegenheit gehabt hat, sich im Ernstfall zu bewähren. Nun wünschen wir ja den Ernstfall nicht und sind froh, wenn das Heer keine Gelegenheit bekommt, sich so zu betätigen. Aber wenn man nicht weiß, wie sich unser Heer in einem solchen Falle benehmen wird, so kann man auch nicht die Lobeshymnen anstimmen, die da angestimmt werden, und darf nicht so tun, als ob der Herr Vaugoin ein zweiter Napoleon wäre. Gewiß, es hat eine Zeit gegeben, in der man unser Heer darauf prüfen konnte, ob es seinem Zweck entspricht. Es sind jetzt zwölf Jahre her, da hatte unser Heer Gelegenheit, sich im Ernstfall zu bewähren. Damals mußte unser Heer an die Grenzen abgehen, um unser Land Kärnten gegen Einbrüche der Jugoslawen zu verteidigen. Damals hat unser Heer wirklich kämpfen müssen. Aber das waren gerade jene Soldaten, denen der Herr Minister Vaugoin in seiner späteren

Laufbahn spinnefeind geworden ist. Damals waren die Wehrmänner Sozialdemokraten, und siehe da, diese Sozialdemokraten haben in Kärnten die Heimat verteidigt und so verteidigt, daß selbst gut bürgerliche Geschichtsschreiber diese große Leistung der Volkswehr durchaus anerkannten. Der Geschichtsschreiber des Kärntner Freiheitskampfes Dr. Martin Wutte hat in seinem Buche „Kärntens Freiheitskampf“ über diese Leistung der Volkswehr folgendes geschrieben (*liest*):

„Die Unterabteilungen der Volkswehr waren aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt und hatten sehr verschiedenen Kampfwert. Doch muß festgestellt werden, daß dem größeren Teile die Verteidigung des Heimatlandes und der Freiheit höher stand als alles andere. Dieser größere Teil der Volkswehr trug während der ganzen Kärntner Kämpfe die Hauptlast. Er stand ununterbrochen in der Front und hat mehr geleistet, als von der ganzen Volkswehrorganisation erwartet werden konnte. Sonderbestrebungen einzelner konnten bei dem guten Kerne dieses Teiles keinen fruchtbaren Boden finden. Die den militärischen Wert in günstigem Sinne beeinflussenden Elemente behielten die Oberhand.“

So schrieb vor zwölf Jahren unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse ein bürgerlicher Historiker, der das Land Kärnten gut kennt, der selbst ein Kärntner ist, der den Abwehrkampf aus der Nähe studieren konnte. In der Zeit, in der unser Heer vor der Lage stand, militärisch wirklich etwas leisten zu müssen, da hat gerade die Volkswehr, die jetzt so viel verlästert wird, militärisch gesprochen, Gelegenheit gehabt, sich zu bewähren, und sie hat sich bewährt. Wenn man nun die Lobeshymnen liest, die auf den derzeitigen Heeresminister gesungen werden, dann greift man sich an den Kopf und fragt sich, was denn geleistet worden ist, daß man so tut, als ob unser Heer die Blüte der Heere der ganzen Welt geworden wäre, während es sich ja praktisch mit nichts anderem als nur mit einigen Paraden beschäftigt hat. Wenn man, wie gesagt, unter Militär einen Verein zur Abhaltung von Paraden versteht, dann mögen die Lobeshymnen auf den Heeresminister Baugoin zutreffen, wenn man aber den Wert des Militärs daran mißt, was es militärisch leisten soll, dann kommen diese Lorbeeren doch einigermaßen zu früh.

Noch bei einer anderen Gelegenheit hat die jetzt so verpönte Volkswehr bewiesen, was sie kann: als die Banden Horthys im Burgenlande eingebrochen waren. Auch damals haben die Volkswehrleute, die Sozialdemokraten waren, ihren Mann gestellt und die Heimat verteidigt. Damals hat es von allen den Rinkerlitzchen, die später eingeführt und den Wehrmännern aufgezwungen wurden, noch nichts gegeben. Die Wehrmänner haben freilich, nach dem Ausspruch Seipels, kein Militär dargestellt, aber das, was kein Militär war, hat für unsere Heimat gekämpft, während das, was sich jetzt unter der Führung Baugin's Militär

nennt, noch keine Gelegenheit gehabt hat, zu zeigen, was es kann. Wir wünschen nicht, daß es diese Gelegenheit bekomme, aber falsch ist es, zu sagen, daß, seitdem das Heereswesen unter der Führung des bürgerlichen Heeresministers steht, es militärisch besser geworden ist. Es ist in mancher Beziehung anders geworden, aber daß es militärisch besser geworden sei, dafür fehlt auch der Schatten eines Beweises.

Es kann schon sein, daß vielleicht einmal dieses Heer, das man jetzt heranbildet und in dem man die Soldaten wie Marionetten auf Außerlichkeiten drillt, vielleicht in eine ähnliche Lage kommen könnte wie die altösterreichische Armee. Auf den Exerziplätzen ging es ihr immer glänzend. Als aber im Jahre 1859 diese Armee bei Magenta und Solferino ihre ersten großen Prügel bekam, hat der Feldmarschallleutnant Fürst Eduard Liechtenstein spöttisch und zutreffend gesagt: Merkwürdig, hier geht's gar nicht, auf der Schmelz ist's immer so gut gegangen! So würde es auch wahrscheinlich sein, wenn das Heer unter der Führung unseres glorreichen Heeresministers ins Feld rücken müßte. Denn die Erziehungsmethoden, die er anwendet, sind alles eher als militärisch. Sie sind gewiß geeignet, ihm parteipolitisch einigen Vorteil zu bringen, aber daß das rein militärisch einen Wert hätte, kann wohl nur er und können nur seine engsten Freunde behaupten.

Ich möchte also sagen, daß ich im Namen derjenigen, die einstens für diese Republik wirklich gekämpft haben, dagegen protestiere, daß man ihr Andenken herabsetzt. Ich möchte hier sagen, daß man die Menschen, die einst im Burgenland und in Kärnten gekämpft haben, die ihr Blut dem Lande gegeben haben, von denen ein Teil auch mit Tod abgegangen ist, nicht zehn Jahre später beschimpfen darf, bloß um der Eitelkeit eines Herrn, der jetzt eine große Rolle in der Republik spielt, Genüge zu leisten. Im Namen derjenigen, die einst Wehrmänner waren und als Soldaten einen ernsten Kampf geführt haben, protestiere ich dagegen, daß man ihr Andenken schmächt und so tut, als ob es damals keine Soldaten in der Republik gegeben hätte und sie erst später dazu geworden wären, seitdem ein Bürgerlicher an der Spitze des Heereswesens stand.

Übrigens will ich daran erinnern, daß es gar nicht wahr ist, daß etwa unser Heer sich in der damaligen Zeit nur dem Feinde gegenüber bewährt hat, der von außer her die Republik bedroht hat; es ist eine Legende, die man fortwährend vernimmt, daß die Volkswehr kein Instrument gewesen wäre, um Ordnung und Ruhe im Innern des Landes aufrechtzuerhalten. Wir haben damals schwere Zeiten erlebt. Jeder von uns weiß, wir haben es nicht leicht gehabt, auch die Soldaten haben es nicht leicht gehabt, die unter schlechten Verhältnissen gelebt haben, die nicht nur den Unbilden ausgesetzt waren, die ihnen ihr Dienst zugefügt hat, sondern auch jenen Unbilden, die die schwere Zeit ihnen damals auferlegte. Aber diese Soldaten haben

in der stürmischsten Zeit, in der Zeit, in der es sehr gefährlich war, auch mitgeholfen, im Innern des Landes die Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn man heute die Volkswehr schmätzt als einen bolschewistischen Haufen, der die Unruhe vermehrt hätte, so zeugt das nur davon, ein wie schlechtes Gedächtnis die Herren haben und daß sie sich nicht erinnern wollen an das, was gewesen ist. Ich will einen Kronzeugen zitieren, der auch Ihnen nicht verdächtig sein kann, das Zentralorgan der christlichsozialen Partei selbst. Es ist jetzt gerade zwölf Jahre her, da war dieses Haus im Mittelpunkt eines heftigen Zusammenstoßes. Damals sind verzweifelte Massen vor das Parlament gekommen. Das Parlament ist angezündet worden, es kam im Umkreis des Parlaments zu leidenschaftlichen und heftigen Kämpfen. Damals, am Gründonnerstag des Jahres 1919, mußte die Volkswehr ausrücken, nachdem die Polizei nicht instande gewesen war, die Ordnung herzustellen. Wie die Volkswehr die Ruhe und Ordnung in Wien hergestellt hat, das hat die Reichspost einen Tag später folgendermaßen beschrieben (*liest*):

„Es ist bekannt, daß sich unter den Wiener Volkswehrformationen auch solche befinden, die dem radikalen sozialistischen Flügel angehören. Zwei Kompagnien der „Roten Garde“ aus der Kofbauer Kaserne machten heute in ebenso tadelloser Weise zur Erhaltung der Ruhe Dienst wie andere Volkswehrgruppen, zum Beispiel das 26. Bataillon. Gegen die bolschewistischen Haufen nahm die Volkswehr entschiedene Stellung, gegenüber dem Publikum verhielt sie sich im allgemeinen anerkennenswert taktvoll. An mehreren Stellen machten Volkswehrleute gegen die Plünderer von der Feuerwaffe Gebrauch. In den Abendstunden unternahm die Volkswehr die Säuberung des Ringes und führte die Aufgabe restlos durch.“ Das hat die „Reichspost“ geschrieben, unmittelbar unter dem Eindruck der Ereignisse. Seither haben sich aber die Dinge geändert, und Herr Baugoin versucht durchaus, sich seinen Leuten als Retter vor dem Bolschewismus hinzustellen. Er hat Österreich wahrlich nicht vor dem Bolschewismus gerettet! Wenn damals Österreich nicht einer Linksdiktatur zum Opfer gefallen ist, so haben sich dem vor allem die Wehrmänner entgegengestellt. Sie haben ihre schwere Aufgabe draußen auf der Straße und, wenn es nicht anders ging, gegen die eigenen Volksgenossen erfüllt. Freilich, man hat damals die Dinge anders aufgefaßt. Wenn wir auf die Straße gehen mußten, so haben wir das als eine sehr traurige Pflicht angesehen, die uns auferlegt wurde, als eine Pflicht, die die härteste war, die einen Soldaten treffen kann. Wir haben vom eigenen Volk und seinem Zusammenhang mit dem Gesamtstaat eine andere Auffassung gehabt, als sie derzeit üblich geworden ist. Jetzt gibt es Leute, die den Tag gar nicht heiß genug herbeisehnen können, an dem die Gewehre losgehen und es zu Zusammenstößen kommt. Wir waren seinerzeit auch genötigt, die Waffen zu gebrauchen, wir konnten

nicht anders, es mußte sein, aber es war der traurigste Tag, der dem Soldaten beschieden war. Heute ist es anders geworden, heute sehnt man geradezu den Tag herbei, an dem die Gewehre losgehen und die Bajonette stechen können. Wir wollen hoffen, daß es nicht dazu kommt, aber wir wollen zugleich hinzufügen, daß gerade die Menschen, die fortwährend die Volkswehr schmähren und so tun, als ob seitdem eine Konsolidierung im Heereswesen eingetreten wäre, die zu einer Besserung der Verhältnisse geführt hätte, daß sie wahrlich Gelegenheit genug hätten, aus der Geschichte das Gegenteil zu lernen.

Allerdings muß man zugeben, daß in der letzten Zeit auch Teile des Bürgertums zu erkennen beginnen, welch ungeheurem Schwindel sie aufgefressen sind, als man ihnen vorredete, der Herr Baugoin sei der Hüter des Gemeinwesens vor dem Bolschewismus gewesen, er hätte unser Heer konsolidiert und zu einem brauchbaren Instrument des Staates gemacht. Heute erkennen auch Bürgerliche, daß das nichts ist als leeres Geklunker. Und da ist es interessant, zu lesen, was mitunter Organe schreiben, die sonst mit Herrn Baugoin durchaus einverstanden sind. Da hat vor einigen Wochen die „Deutschösterreichische Tageszeitung“, die wahrlich nicht zu den Feinden des Herrn Baugoin, sondern zu unseren erbittertsten Feinden gehört, nachdem sie zuerst erwähnt hat, daß der Herr Baugoin noch immer einer derjenigen Christlichsozialen sei, die etwas mehr Schneid gegen die Sozialdemokraten bekunden als die anderen, doch feststellen müssen, daß ihm eine gewisse Eitelkeit nicht abgesprochen werden könne und daß man alles in allem aussprechen müsse, Baugoin's System ist für die Wehrmacht zweifellos schädlich. Es wird da weiter gesagt (*liest*):

„So werden nicht soldatische Tugenden großgezogen, sondern rückgratlose Liebedienerei, Strebertum und unfameradtschaftliches Intrigantenwesen ... Ein fast weibisch anmutender Byzantinismus, wie er beim k. u. k. Heer selbst gegenüber dem obersten Kriegsherrn, dem Kaiser, niemals zu Hause war“ — das ist ein Zeichen des Systems Baugoin.

So urteilen also Leute, die mit dem Herrn Baugoin im großen und ganzen durch dick und dünn gehen und die doch auch erkennen müssen, daß derzeit das Heereswesen in einen Zustand geraten ist, der alles eher als ein zur Nachahmung verlockender ist. Wer die Verhältnisse der Wehrmacht einigermaßen kennt, weiß, daß dort jetzt nur das geschieht, was dem Herrn Baugoin aus parteipolitischen Gründen als zweckmäßig erscheint. Daß hier irgendwelche militärische Überlegungen überhaupt eine Rolle spielen, kann man auch nicht im entferntesten annehmen. Die einzelnen Offiziere werden nur dazu verhalten, den parteipolitischen Bedürfnissen des Herrn Baugoin zu entsprechen. Ich könnte dafür hier eine Fülle von Beweisen vorbringen, aber ich glaube, daß in der Beratung, die wir im Ausschuß abführen werden, noch genug Gelegenheit sein wird,

dieses System des Herrn Vaugoin näher zu besprechen und Einzelheiten aneinanderzureihen, die dann schon das richtige Bild ergeben werden.

Nun unterbreitet Herr Vaugoin einige Vorlagen, die im Wesen nichts anderes zum Ziele haben, als seine kontrollose Wirtschaft im Heereswesen aufrechtzuerhalten, mehr noch, sie immer noch kontrolloser zu gestalten, als sie es ohnedies schon war. Zu diesen Bestrebungen gehört vor allem die Auflösung der Parlamentskommission und — worauf in der öffentlichen Diskussion bisher noch nicht mit genügender Klarheit verwiesen wurde — die Auflösung sämtlicher Landeskommissionen, die an der Seite der Heeresverwaltungsstellen stehen. Sie alle sollen beseitigt werden, weil im Heere des Herrn Vaugoin nicht etwa entpolitisiert werden soll — davon ist keine Rede, denn er ist derjenige, der das Heer in einer Weise politisiert, wie es kein anderer vor ihm getan hat —, sondern er will das deswegen tun, um dieses Heer vor der Kontrolle zu bewahren, der es bisher ausgesetzt war. Er fürchtet die Kontrolle, und ich werde noch Gelegenheit haben, zu zeigen, daß er sie ganz mit Recht fürchtet. Um der Kontrolle zu entgehen, will er die Parlamentskommission und auch die Landeskommissionen bei den Heeresverwaltungsstellen auflösen. Natürlich ist er um Vorwände nicht verlegen. Wozu hätte er seine Beamten, die Vorwände bereitwilligst liefern? Da wird gesagt, man müsse die Parlamentskommission auflösen, weil man sparen müsse. Die Parlamentskommission kostet aber den Staat nicht einen Groschen. Die Parlamentskommissäre beziehen nicht einen Groschen Gehalt, sie machen ihre Arbeit absolut ehrenamtlich, es kann also ein Parlamentskommissär nicht etwa in finanzieller Beziehung persönlich daran interessiert sein, daß dieses Amt aufrechterhalten bleibt. Welches sind also die Kosten der Parlamentskommission? Sie besitzt im Bundesministerium einige Lokale, für die im Budget eine hohe Miete verrechnet wird — natürlich eine rein fiktive Ziffer —, und es sind dort einige Offiziere tätig, die man natürlich, wenn sie nicht bei der Parlamentskommission wären, auch nicht entlassen würde, so daß praktisch der Staat für die Parlamentskommission gar nichts ausgibt. Trotzdem erklärt der Herr Vaugoin, es müsse gespart werden. Ausgerechnet bei der Parlamentskommission! Ich möchte dem Herrn Vaugoin sagen: Es gäbe einige andere Gelegenheiten, um zu sparen.

Zum Beispiel ist mir in den letzten Tagen wieder einiges untergekommen, wo ich mir habe sagen müssen: Da wären schon Gelegenheiten zum Sparen! Ich will von den großen Dingen erst später reden, ich will jetzt nur, weil von der Parlamentskommission die Rede ist, die angeblich einige tausend Schilling im Jahre kostet, was gar nicht wahr ist, von Kleinigkeiten reden und zeigen, für was alles man im Heereswesen Geld hat. Ausgerechnet für die Parlamentskommission sei kein Geld da, obwohl sie, wie ich nochmals betonen

möchte, so gut wie gar nichts kostet. Im Oktober des vorigen Jahres, gerade in der Zeit, in der der Herr Vaugoin auch Bundeskanzler war und die Wahlkampagne schon im Gange gewesen ist, sind viele militärische Festlichkeiten gewesen — zur höheren Ehre der Wahlen —, und diese militärischen Festlichkeiten sind ja, wie auch wohl die bürgerlichen Parteien dieses Hauses mir zugeben müssen, reichlich zur Wahlpropaganda verwendet worden. Der Herr Vaugoin ist im Lande herumgefahren, einmal um ein Signalhorn in Hall in Tirol einzuweißen. Ein anderes Mal wieder — davon will ich jetzt reden — fand am 5. Oktober 1930 eine Ehrensignalhornweihe beim Pionierbataillon Nr. 2 in Korneuburg statt, und diese Ehrensignalhornweihe wurde in der schon üblichen Weise begangen, indem man eine Festbankett gegeben hat. Dieses Festbankett war veranstaltet zu 32 Gedecken à 12 S. Dazu kam dann noch die Ausschmückung der Festtafel, dann noch die Einladungen, die Druckorten usw. Kurz und gut, die Kosten haben für die Offiziere und Festgäste zusammen 534 S. ausgemacht. Außerdem hat man für die Mannschaft auch etwas tun müssen. Die Mannschaft wird ja etwas anders behandelt. Es waren da 200 Personen, also viel mehr als die 32 Offiziere und Festgäste. Man hat für sie auch etwas getan, man hat Bier gezahlt und Gulasch gekauft; das kostete 180 S. Insgesamt wurde für die Ehrensignalhornweihe beim Pionierbataillon Nr. 2 in Korneuburg ein Betrag von 714 S. ausgegeben. Nun möchte man glauben, das haben sich die Soldaten und Offiziere selber zu bezahlen, wenn sie ihre Ehrensignalhornweihe so festlich begehen wollen. Nein, das wird dann dem Staate aufgerechnet! Herr Vaugoin selber hat bewilligt, daß zur Ehrensignalhornweihe des Pionierbataillons Nr. 2 in Korneuburg 700 S. ausgegeben werden. Dazu ist Geld vorhanden! Aber nicht nur dazu, sondern es ist Geld für solche Angelegenheiten immer vorhanden, wenn sie dazu dienen, dem Parteibedürfnis des Ministers zu entsprechen. Wo hätte es das in früherer Zeit gegeben, daß man überhaupt ein Ehrensignalhorn mit einer solchen Feierlichkeit eingeweiht hätte, daß dazu Truppen ausgerückt sind, daß man dazu den ganzen Pomp des Heeres in Erscheinung treten läßt? Wenn aber früher so etwas vorgekommen wäre, hätten die Angehörigen des Heeres ihre Festlichkeit selber bezahlen müssen. Wie kommt aber der Staat dazu, daß er zur Ehrensignalhornweihe eines Pionierbataillons Beiträge leisten muß, die in dem einen Fall allein 700 S. ausgemacht haben?

Wir dürfen aber nicht glauben, daß das der einzige Fall ist. Die eigentliche Tätigkeit dieses Herrn Ministers ist ja: er zieht im Lande herum und betreibt seine parteipolitische Agitation, natürlich in Form von militärischen Paraden, und der Staat muß sie bezahlen. Aber für die Parlamentskommission ist natürlich kein Geld vorhanden! Sie verstehen: weil die Parlamentskommission ihm unangenehm ist, weil sie diese Dinge

dem Parlament mitteilt. Sonst würde ja alles in Vergessenheit versinken, und kein Mensch würde wissen, wie es im Heer ausschaut.

Ich will noch an einem anderen Beispiel zeigen, wofür man bei uns Geld hat. In Schloßhof, wo die Reitlehranstalt ist, pflegt sich auch eine bürgerliche Gesellschaft einzufinden, ein, wie es in dem amtlichen Schriftstück heißt, Verein mit einigen passionierten Reitern der Wiener Gesellschaft. Diese Gesellschaft pflegt in der Gegend von Schloßhof mit einigen Offizieren zusammen ihre Reitübungen zu veranstalten. Der Staat hat kein Geld — aber diese Gesellschaft braucht, um ihrem Vergnügen besser fröhnen zu können, eine Meute von Hunden, und zwar hat diese private Gesellschaft 16 Hunde. Schön, diese reichen Wiener, die da herumreiten, sollen sich auch eine Meute halten; dagegen wäre nichts zu sagen. Was aber geschieht? Diese Gesellschaft wendet sich an den Heeresminister um die Herrichtung von Ställen für diese Hundemeute, und der Minister bewilligt tatsächlich, daß im Schloßhof selbst, also in einem staatlichen Institut, Ställe für eine Meute von 16 Hunden hergerichtet werden, die nicht dem Heer, sondern dieser privaten Gesellschaft gehören, und er gibt für die Herrichtung dieser Ställe 800 S aus. Wieder nur eine Kleinigkeit, nur 800 S, aber warum nicht die Herren Aristokraten, die reichen Bürger, die dort dem Jagdvergnügen fröhnen, das aus eigenen Kosten bestreiten, ist wahrlich nicht einzusehen. Und das alles kommt unter den Titel „militärische Ausbildung der Mannschaft“; daß man Ställe baut für eine Meute von 16 Hunden und dafür 800 S ausgibt, das ist alles militärische Ausbildung der Mannschaft, das soll alles dazu dienen, um die Reitausbildung zu fördern. (*Sever: Vielleicht sind das Kriegshunde!*) Nein, sondern das sind Hunde, die bei den Reitübungen mitwirken, um das Jagdvergnügen zu vergrößern.

Ich will auch darauf verweisen, daß auch sonst durchaus nicht gespart wird, wenn es den privaten Bedürfnissen des Herrn Vaugoin entspricht. Herr Vaugoin hat vor einigen Tagen sein zehnjähriges Dienstjubiläum gefeiert. Ich will ihm die Jubiläumsfreude nicht trüben, aber ich bin verpflichtet, das hohe Haus auf folgendes aufmerksam zu machen. Man hat also die Mannschaft zusammengetrommelt, die einen mußten Plakette kaufen, die andern mußten in anderer Form Zuschüsse leisten — man weiß ja, wie das beim Heere gemacht wird. Aber ein Fall ist mir besonders in Erinnerung, weil er gezeigt hat, wie willkürlich man schaltet und waltet und wie wenig man auch auf die primitivsten Gefühle des Anstandes Rücksicht nimmt. Das Infanterieregiment Nr. 2 ist am 21. April nach dem Bruck-Neudorfer Lager kommandiert worden und sollte dort die übliche dreimonatige Lagertour machen. Inzwischen kam das Jubiläum des Herrn Vaugoin und was geschah? Am 21. April ist das ganze Regiment nach Bruck-Neudorf abgegangen,

am 25. ist es, nachdem es einen Kafftag eingeschaltet hatte, wieder nach Wien gebracht worden, und zwar bloß, um an den Jubiläumsfeierlichkeiten teilzunehmen, und nachdem es daran teilgenommen hatte, ist es am 29. April wieder nach Bruck-Neudorf abgegangen, natürlich alles mit Bahn- und Autotransport. Der Staat hat also in diesem Falle wieder erhebliche Kosten zu tragen. Wenn Herr Vaugoin meint, daß ihm nicht so viele Leute huldigen werden, daß die Zahl derjenigen, die ihm freiwillig huldigen, immer kleiner wird, dann möge er aus eigener Kraft dazu schauen, daß die Zahl seiner Bewunderer vermehrt wird. Wie aber der Staat dazu kommt, daß er ein Regiment auf Staatskosten von Bruck-Neudorf nach Wien und wieder zurückbringen soll, das ist wahrlich nicht einzusehen. (*Bundesminister Vaugoin: Das höre ich jetzt zum erstenmal!*) Sie können es kontrollieren. Sie werden sehen, daß es bis auf den letzten Buchstaben stimmt. (*Ruf: Das ist sehr unangenehm! — Bundesminister Vaugoin: Nein!*) Sie verstehen wohl, warum die Parlamentskommission dem Herrn Minister unangenehm ist. Die Parlamentskommission hat pflichtgemäß nachzuschauen, was mit den Geldern des Staates geschieht, und kommt auf diese Dinge darauf, die alle eine einzige große Schweinerei sind.

Herr Vaugoin hat gesagt, er kennt diese Dinge von dem Infanterieregiment Nr. 2 nicht. Mitunter ist er auch Belehrungen zugänglich, wenn er auch manchmal so tut, als ob er es nicht wäre. Ich erinnere daran, daß wir einmal im Finanzausschuß und hier im Hause eine Diskussion über die große Menge von Briestauben geführt haben, die unser Heer besitzt. Ich habe darauf hingewiesen, daß Herr Vaugoin im Laufe der Zeit 5000 Briestauben angeschafft hat, für deren Fütterung in das Budget für 1931 nicht weniger als 26.300 S eingesetzt waren. Herr Vaugoin hat erklärt, diese Briestauben seien unumgänglich notwendig, ohne Briestauben könne die österreichische Armee nicht bestehen, sie gehören zur Erhöhung der Kriegstüchtigkeit. Seither hat er seine Ansichten erheblich geändert, und es ist — ich muß sagen: ich habe da Beweisen auf dem Gewissen — angeordnet worden, daß mit den Briestauben Schluß gemacht wird. Sie sind also erheblich reduziert worden. (*Bundesminister Vaugoin: Da sind Sie schlecht informiert!*) Herr Minister, ich habe Ihnen schon einen Fall gezeigt, daß Sie schlecht informiert waren. (*Bundesminister Vaugoin: Das ist eine Überraschung zum Jubiläumstag gewesen!*) Ich weiß im Heereswesen besser Bescheid als Sie. Solche Überraschungen werden Sie heute noch einige erleben. Es wäre gut, wenn Sie sich auch so gut informieren würden wie ich, Sie würden dann hier sicherer sprechen können. Es ist schon so, ein Teil der Briestauben hat sein Leben lassen müssen, ich kann sogar eine diesbezügliche Weisung der Brigadefeldkommandos vorlegen. Man hat auch nicht gewußt, was man mit diesen vielen toten Tauben machen soll; schließlich

hat man sie zur Aufbesserung der Menage verwendet, und so haben die Briefstauben zum Teil wenigstens in den Magen der Soldaten ihr unrühmliches Ende gefunden. (*Heiterkeit links.*)

Das sind allerdings nur Kleinigkeiten, ich erwähne sie aber deshalb, weil man immer vom Sparen redet und immer so tut, als ob die Parlamentskommission aufgelöst werden müßte, weil sie Geld kostet. Ich habe nachgewiesen, daß sie kein Geld kostet, aber Geld kosten ganz andere Dinge. Weil aber die Parlamentskommission verschiedene Dinge enthüllt und dem hohen Hause mitteilt, weil sie in so manche Wirtschaft hineinleuchtet, deshalb muß sie beseitigt werden.

Ein anderes Argument besagt, daß durch die Auflösung der Parlamentskommission die Verwaltung vereinfacht werden soll. Dieses Argument ist erst recht hinfällig, weil die Akten der Parlamentskommission erst dann gegeben werden, wenn sie vom Heeresministerium schon erledigt sind. Es kann also erstens keineswegs eine Verlangsamung des Aktenlaufes dadurch eintreten, und zweitens verbirgt der Herr Minister Baugoin ohnedies sorgsam viele Akten, die die Parlamentskommission verwerten könnte. Die Parlamentskommission muß ja um die Akten, in die sie Einblick bekommen will, nahezu raufen, und es sind hunderte Akten, die ihr nicht gegeben werden, obwohl sie längst erledigt sind, weil Herr Baugoin fürchtet, daß wir in sie Einsicht nehmen könnten. Der Herr Minister hat ja einen ganzen Apparat eingeführt, der verhindern soll, daß wir die Akten bekommen. Bevor wir einen Akt bekommen, müssen sie viele Bureaus durchwandern, vor allem ist es der Herr Sektionschef Dr. Hecht, der sorgsam achtgibt, daß die Parlamentskommission keinen Akt bekommt, der irgendwie dem Herrn Minister unangenehm wäre. In Wahrheit ist es also so, daß der Herr Minister die Auflösung der Parlamentskommission nicht etwa aus irgendwelchen sachlichen Gründen betreibt, sondern zum Teil deshalb, weil ihm die Kontrolle in materieller Hinsicht unangenehm ist, zum Teil auch, weil ihm die Kontrolle in politischer Hinsicht unangenehm ist.

In der Diskussion, die nach der Einbringung der Wehrevorlage in der Öffentlichkeit entstanden ist, haben eine Reihe von Dingen eine gewisse Rolle gespielt, über die ich einige Worte sagen möchte. Die Parteien der Großdeutschen und des Landbundes haben Anträge auf Entpolitisierung der Wehrmacht eingebracht. Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß die Auflösung der Parlamentskommission keine Entpolitisierung bedeutet, sondern erst recht die Möglichkeit der völlig parteiischen Wirtschaft des Herrn Ministers. Ich möchte aber über das Problem der Entpolitisierung einige Worte sagen. Was versteht man unter Entpolitisierung? Worin soll sie im einzelnen bestehen? Im Antrage selbst wurden zwei Dinge genannt, es wurde gesagt, das politische Wahlrecht der Soldaten soll beseitigt werden,

und dann wurde verlangt, das Koalitionsrecht, das Recht, Gewerkschaften zu bilden, sei zu beseitigen. Was das Wahlrecht anbelangt, so möchte ich sagen, daß wir als Partei an diesen 20.000 Stimmen, die die Soldatenstimmen ausmachen, natürlich gar nicht interessiert sind, eine so große Partei wie unsere könnte natürlich auch auf diese 20.000 Soldatenstimmen verzichten. Es hat wohl ein großer Teil der Soldaten auch bei der letzten Wahl sozialdemokratisch gewählt. Aber selbst wenn die ganzen 20.000 Stimmen verloren gingen, dann wäre es trotzdem für uns uninteressant und uninteressant auch für alle Parteien des hohen Hauses. Zahlenmäßig spielen die 20.000 Stimmen weder für uns noch für die Christlichsozialen, die Landbündler und die Großdeutschen eine Rolle, nicht einmal für den Heimatblock spielen die 20.000 Stimmen wirklich eine entscheidende Rolle. Nicht die Zahl der Stimmen ist es, welche uns Anlaß geben würde, über das Problem nachzusinnen. Wenn wir dafür eintreten, daß die Soldaten ihr Wahlrecht behalten, so geschieht es deshalb, weil wir meinen, daß das Wahlrecht ein notwendiges Requisite der Erziehung ist. Wir glauben, daß der Zusammenhang zwischen Volk und Heer um so inniger ist, je mehr die Soldaten in geistiger, politischer und kultureller Beziehung mit dem Volke mitfühlen. Wenn die Soldaten von der Masse des Volkes losgelöst werden, so wäre dies für die Entwicklung des Herres nicht gut, das Heer wäre in sich abgeschlossen und kommt viel leichter auf Abwege, als wenn es sich als ein Teil des ganzen Volkes fühlt. Daher sind wir für die Beibehaltung des Wahlrechtes. Aber, wie gesagt, das ist eine Frage, die man im Ausschuß noch sorgsam erwägen wird. Man wird über alle Dinge reden, aber ich will hier gleich sagen: Man soll nicht glauben, daß das mit der Entpolitisierung und den angeblich angestrebten Zielen dieser beiden Parteien wirklich einen so innigen Zusammenhang hat, wie diese Parteien glauben.

Etwas ähnliches trifft auch für das Koalitionsrecht zu. Wenn man heute sagt, daß die Soldaten keine Gewerkschaften bilden sollen, so kann man natürlich auch darüber im Ausschuß reden. Aber Sie werden mir zugeben, daß man hier nicht sehr viel erreicht, wenn man etwa nur den Titel ändert. Man würde wahrscheinlich an Stelle der Gewerkschaften andere Soldatenvereinigungen haben, und es würde sich daher nicht viel ändern. Gerade diese Dinge, sowohl das Wahlrecht wie das Koalitionsrecht, werden von den Bürgerlichen nicht richtig eingeschätzt. Eine andere Frage ist die der Rechte der Vertrauensmänner. In dieser Hinsicht will ich sagen, daß der Entwurf, den die Regierung jetzt vorlegt, noch hinter die Bestimmungen zurückgeht, die für die deutsche Reichswehr gelten. So reaktionär ist der Entwurf, der uns heute vorgelegt wird, daß er den Soldaten Rechte wegnehmen will, die selbst in der deutschen Reichswehr die Soldaten haben.

Es wurde von den beiden Parteien der Mitte auch angeregt, man möge das Heereswesen dadurch zu entpolitifizieren trachten, daß neben dem politischen Minister ein Mann gestellt werde, der nur militärischer Fachmann ist, ein militärischer Chef der Heeresleitung. Auch über diese Frage — das möchte ich sehr nachdrücklich sagen — wird man ernst diskutieren müssen. Dieser dem politischen Minister gegenübergestellte Chef der Heeresleitung kann gewiß unter Umständen Bedeutung erlangen, freilich nur dann, wenn er ein wirklicher Fachmann ist und dem politisierenden Minister gegenüber eine gewisse Unabhängigkeit besitzt. Hat er die nicht, so ist es natürlich schade um die Mühe einer solchen Reform. Gewiß ist dies aber eine Möglichkeit, die wir nicht aus dem Auge lassen wollen.

Für viel wichtiger aber, meine Herren, halte ich andere Reformen. Heute wird nur derjenige in das Heer aufgenommen, der von einem christlichsozialen Mandatar empfohlen wird und dessen Leben von den Pfarrämtern oder Parteisekretariaten der Christlichsozialen überprüft worden ist. Man hat das Heer ganz systematisch von allen anderen Teilen des Volkes abgeschlossen und den Versuch gemacht, daraus eine reine christlichsoziale Garde zu machen. Der Herr Prälat Seipel hat vor kurzem in einer Rede gemeint, der Herr Minister Vaugoin habe auch damit recht gehabt, denn es sei nicht seine Aufgabe gewesen, das Heer etwa zu einem Tummelplatz von kleinen Parteien zu machen. Er ist also offenbar der Meinung, daß das Heer zum Tummelplatz einer großen Partei gemacht werden könne. Nun, wir sind der Meinung, daß die Mitglieder des Heeres nach der Brauchbarkeit aufgenommen werden sollen und nicht nach der politischen Gesinnung. Wenn daher das Wort „Entpolitifizierung“ überhaupt irgendeinen Sinn haben soll, so muß vor allem danach getrachtet werden, daß die jetzige schändliche Methode der Werbungen beseitigt wird und daß in Zukunft die Tauglichkeit der Bewerber durch unbeflusste Ärzte, die moralische Qualität durch unbeflusbare polizeiliche oder Gendarmerieerhebungen festgestellt wird und daß dann etwa durch das Los unter den Tauglichen die Entscheidung getroffen wird oder aber im Wege einer Kommission, die einvernehmlich festsetzt, wer aufgenommen wird. Daß aber ein Minister allein entscheidet, wer in das Heer aufgenommen werden soll, und dieses Recht dazu benutzt, nur Christlichsoziale aufzunehmen, ist ein ganz unmöglicher Zustand. Ich sage Ihnen schon jetzt, daß ich im Ausschuß entsprechende Anträge stellen werde, um diesen Skandal — denn es ist ein Skandal — zu beseitigen. Wenn das Heer dem Volke gehören soll, dann gehört es allen Parteien. Wenn das Heer ein Volksheer sein soll, dann darf nicht eine Partei versuchen, es für sich in Beschlag zu nehmen, dann muß die Aufnahme allen Volksangehörigen freistehen, dann müssen Methoden gefunden werden, die es möglich machen, daß auch Angehörige anderer Parteien, nicht

nur Christlichsoziale, in das Heer hineinkommen. Wir werden im Laufe der Ausschußberatung entsprechende Anträge stellen, und ich glaube, daß wir in diesem Belange wohl auf das Verständnis aller Parteien dieses Hauses rechnen können, mit Ausnahme der Christlichsozialen, die wahrscheinlich so lange unbelehrbar sein werden, bis ihnen durch die Macht der Demokratie gezeigt sein wird, daß das Recht des Volkes über das Recht einer Partei gehen muß, selbst dann, wenn diese Partei jahrelang in der Regierung war und nunmehr Jahre hindurch den Heeresminister gestellt hat.

Eine weitere Frage, die mit der Entpolitifizierung zusammenhängt, ist die Frage der Beförderungen. Auch hier könnte ich Ihnen Zeugnisse dafür bringen, nicht von sozialdemokratischer Seite, sondern von Männern aus allen Lagern, buchstäblich aus allen Lagern, die bekunden werden und müssen, daß heute im Heere nur befördert wird, wer ein Christlichsozialer ist. Wehe, wenn einer ein Sozialdemokrat ist, aber wehe auch, wenn einer Landbündler oder Großdeutscher ist. Auch er wird nicht befördert. Es kommen zu den höheren Stellen immer nur Leute, die sich der Minister nach ihrer Parteigesinnung aussucht. Ein System der Beförderung hat hier Platz gegriffen, das in einem demokratischen Staat unmöglich ist. Auch darüber wird im Ausschuß gesprochen werden, auch hier werden wir Anträge stellen, die dafür sorgen werden, daß die Beförderung nur vor sich geht nach sachlichen Gesichtspunkten, daß die Willkürherrschaft, die das System Vaugoin kennzeichnet, einmal endgültig beseitigt wird. Wir hoffen dabei, Verständnis auch bei den anderen Parteien dieses Hauses zu finden.

Ich will hier an folgendes erinnern. Als ich seinerzeit die Offiziere der alten Armee übernommen habe, habe ich sie auch nicht persönlich ausgesucht, sondern ich habe eine Kommission von Offizieren eingesetzt, die selbst bestimmt hat, wer aufgenommen werden soll. Ich kann mir vorstellen, daß auch über Beförderungen eine militärische Fachkommission entscheidet, aber nicht ein Minister, der das rein Sachliche nicht so verstehen kann, weil es nicht seine Funktion ist. Wenn auch der Herr Minister, der jetzt an der Spitze des Heeres steht, so tut, als ob er ein Fachmann wäre, so weiß doch jeder wirkliche Fachmann, daß er von militärischen Dingen keine blasse Ahnung hat. Daher ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß über Beförderungen die militärischen Fachleute selbst entscheiden. Man muß nur einmal eine Inspizierung des Herrn Vaugoin gesehen und hinterher mit Mannschaftspersonen und Offizieren gesprochen und von ihnen gehört haben, wie sich da alle vor Lachen kugeln über das, was der Herr Minister angeordnet hat. Die Inspizierungen des Herrn Vaugoin sind eine Quelle ungetrübtester Heiterkeit. Wer das einmal mitgemacht hat, wie der Herr Minister da den einen habacht stehen läßt, wie er den andern ausrichtet und bei einem dritten schaut, wie er gekleidet ist, oder wie er einem Offizier

ein anderes kleines militärisches Detail sich auszustellen erlaubt, der muß bestätigen, daß das alles nur die Heiterkeit aller Zuschauer erregt. Natürlich können sich die Leute dort nicht äußern, aber hinterher tun sie es doch in Gesprächen mit uns oder in Briefen, die uns zahlreich zukommen.

Es ist selbstverständlich, daß hier Mode gemacht werden muß. Wir wollen auch eine Heeresgesetzreform, aber eine solche, daß endlich einmal Ordnung im Heereswesen gemacht wird. Dazu gehört insbesondere, daß auch bei Beförderungen fachmännischer Geist einzieht und daß nicht mehr der Willkürgeist, der heute dort entscheidet, maßgebend ist.

Dann noch die Frage der Soldatanstellungen. Heute bekommt nur der eine Anstellung, der ein Mitglied des christlichsozialen Wehrbundes ist, und es wird nur der in eine Staatsstellung überführt, der ein eingeschriebenes Mitglied des Wehrbundes, womöglich ein Funktionär, ist. Daß sich das die andern Parteien auf die Dauer nicht gefallen lassen können, halte ich für selbstverständlich. Schließlich muß man doch sagen, daß die Anstellung im Staatsdienste nicht ein Vorrecht der christlichsozialen Partei sein kann. Zum Staatsdienst haben alle andern, die nicht christlichsozial sind, ebenso zugelassen zu werden. Und wenn ein Soldat die ganze Dienstzeit vollendet hat, muß er das Recht haben, in den Staatsdienst überführt zu werden, soweit es eben geht. Es geht ohnedies nicht so großzügig, weil keine genügende Anzahl Posten vorhanden ist. Der Soldat hat in den zivilen Dienst nach fachmännischen Gesichtspunkten und nicht nach Parteigesichtspunkten überführt zu werden.

Es wird uns hier immer gesagt, ja, jetzt sei im Heer so ein neuer Geist eingezogen, es wirke sich jetzt die Tradition aus, die Tradition der alten Armee, der habsburgischen Armee. Ich will über die Traditions-spielerei im einzelnen nicht mehr viel sagen, sie ist ja so lächerlich. Man muß sich das nur vorstellen. Diese Habsburger-Armee bestand aus vielen Nationen. Die Regimenter, die heute Herr Baugoin feiert, waren zum Teil Regimenter der Ungarn, Slowaken und Tschechen. Er hat ja auch keine Ahnung von diesen Dingen. Er feiert die Jubiläen der Rumänen, der Ungarn, der Slowaken, nur nicht die der Deutschen. Das ist sein Privatvergnügen. Wie es im Heer heute wirklich ausschaut und wie so eine Art Tradition im Heer weiterlebt, die aber nicht zu der besten gehört, das hat der Fall von Linz gezeigt, die Soldatenmißhandlungen in Linz, die in diesen Tagen in den Zeitungen besprochen wurden, denen ich aber doch hier einiges hinzufügen muß, und zwar deshalb, weil dieser Linzer Fall nicht etwa ein Einzelfall ist, sondern ein typischer Fall ist, ein Schulbeispiel dafür, was in dem heutigen Heereswesen möglich ist. Solche Fälle, wie sie in Linz geschehen sind, würden, wenn sie in der alten Armee vorgekommen wären und den Weg in dieses hohe Haus gefunden hätten, dazu geführt haben, daß

es einem Minister ganz anders ergangen wäre, als es heute in der Republik dem Minister Baugoin ergeht.

Was ist in Linz geschehen? Da ist durch einen Zufall aufgekommen, daß bei der Telegraphenkompagnie Nr. 4 die Soldaten in der unerhörtesten Weise beschimpft und mißhandelt worden sind. Die Beschimpfungen, die durch die Untersuchung protokolllarisch festgestellt wurden, haben folgende anmutzvolle Titel. Da wird den Soldaten zugerufen: „Hund“, „Idiot“, „Charakterfeind“. Andern wird zugerufen: „Bauernbuben“, „Trotteln“, „Idioten“, „Leppen“. Einem andern wird zugerufen: „Lepp“, „Dodd“; dann „Leppen“, „Trotteln“, „Idioten“, „Hund“, „Idiot“, und ein besonders beliebtes Schimpfwort ist: „Bauernhund, verdammter!“

So wird mit den Soldaten dort geredet. Also im Kasernenton hat man sicher die Tradition der alten Monarchie schon gefunden. In dieser Beziehung ist dem Herrn Baugoin kein Vorwurf zu machen, in dieser Beziehung hat er wahrlich die alte Tradition in das neue Heer hineingebracht.

Aber die Mißhandlungen, die bei der Telegraphenkompagnie vorgekommen, protokolllarisch festgelegt und durch das Geständnis der Chargen, die geprügelt haben, in allen Einzelheiten erwiesen worden sind, sind folgende:

Es wurde festgestellt, daß Soldaten erhalten haben: Schläge und Stöße mit dem Gewehrkolben auf Arme und Schultern; daß ein Soldat Fußtritte bekommen hat, daß ihm von rückwärts auf die Füße gesprungen worden ist, so stark, daß der Soldat eine blutige Ferse hatte und acht Tage marod liegen mußte. Es ist vorgekommen, daß man Soldaten beim abteiligen Marschieren mit beiden Füßen auf den nach rückwärts stehenden Fuß gesprungen ist, daß man den Leuten den Fuß gestellt hat, damit sie straucheln und stürzen, daß man sie mit der Faust aufs Kinn geschlagen hat, angeblich, um ihnen den Kopf hoch zu richten. Es ist vorgekommen, daß man Leuten Ohrspeisen gegeben hat, um eine rasche Kopfwendung zu erzielen, daß man sie an den Schultern gerissen und geschimpft hat: „Kretin, stehen Sie habacht!“ Man hat ihnen die Arme nach rückwärts ausgedreht und hat, als einige gebeten haben, man soll sie schonen, sie erst recht strafweise knien lassen. Jeder, der beim Heer gedient hat, weiß, daß das eine ungeheuerliche Mißhandlung darstellt.

Ich will keine Details vorbringen, weil der Akt so umfangreich ist, daß man ausführlich darüber reden müßte, um die ganze Furchtbarkeit dieser Mißhandlungen darzutun; ich will nur vorlesen, was einer dieser armen Teufel, die da mißhandelt und beschimpft worden sind, der Parlamentskommission zu Protokoll gegeben haben. Es wurde dann später durch die Beschuldigten festgestellt, daß es wahr ist. Es wurde folgendes erzählt:

Der Gefreite — ich will seinen Namen nicht nennen — rief einem andern Gefreiten zu: „Gib mir

den Oberndorfer" — so heißt der arme Teufel von Soldat —, „ich werde mit ihm ein wenig exerzieren. Auf das hin ging der Gefreite mit mir hinter die Geschützhalle, an einen Platz, wo niemand hinsehen konnte. Dort ließ er mich Ziel- und Anschlagübungen machen, bis ich den Arm vor Ermüdung nicht mehr heben konnte. Gleich darauf riß er mir das Gewehr aus der Hand — das Bajonett war aufgeschraubt — und richtete die Bajonettspitze gegen mich mit den Worten: „Bauernhund, verdammter, ich renn' dir's hinein, daß du hin wirst!“ Nach diesen Worten kam Korporal" — ich nenne den Namen nicht — „hinzu, und beide mißhandelten mich durch Fußtritte auf das Schienbein. Außerdem packten sie mich beim Hals und warfen mich nach rückwärts, wobei sie mit den Füßen nach mir stießen.“

Überdies hat dieser Mann noch angegeben, daß eine beliebte Art der Marter auch die war, daß ihm der Gefreite den aufgesetzten Stahlhelm mit der Faust auf den Kopf geschlagen hat und dies unter dem Gelächter der Umstehenden wiederholte.

Meine Herren! Diese und einige Fälle haben einvernommene Jungmänner zu Protokoll gegeben, und diese Dinge haben auch die Chargen, die beschuldigt worden sind, bestätigt, wobei das Furchtbare daran das ist, daß alle diese Jungmänner dann gesagt haben: Wir haben uns nicht getraut, uns zu beschweren — als sie gefragt wurden, warum sie sich nicht beschwert haben —, weil man ihnen sagte: Wenn ihr euch beschwert, wird es noch ärger werden — genau so wie in der alten k. u. k. Armee. Das Beschwerderecht der alten Armee haben wir ja kennengelernt. Diese Tradition ist also in das Heer der Republik getreulich übernommen worden.

Das erschütterndste für mich war, als ich diese Protokolle las, wie die Leute, die beschuldigt waren, ihre Verfehlungen eingestanden und wie alle diese Unteroffiziere sagten: Was wollt ihr von uns? Uns hat man gesagt, wir sollen scharf sein, und nach unserer Meinung war dies die Methode, wie wir scharf zu sein hatten. Uns hat man es auch nicht anders gemacht, als wir abgerichtet wurden! Das ist auch die Wahrheit, daß das ein System, ein wirkliches Ausbildungssystem ist, und jeder, der in das Heereswesen einigen Einblick hat und weiß, wie diese Jungmänner abgesperrt und von den Instruktoren abgerichtet werden, der weiß auch, daß es sich so verhält wie in der Telegraphenkompanie in Linz. Freilich, in diesem Falle ist dann Mode gemacht worden, aber nicht sofort. Monatelang war die Sache unbekannt, niemand wußte etwas, nicht der Zugkommandant, nicht der stellvertretende Zugkommandant, der übrigens Obmann des Wehrbundes ist — erst später kam die Sache auf, und wirklich eingeschritten ist man erst, als die Parlamentskommission die Sache in die Hand nahm. (Bundesminister für Heereswesen Vaugoin: Nein, ganz verkehrt!) O ja — wenn Sie es auch nicht

wahr haben wollen! Sie versuchen es so darzustellen, als ob schon früher die Anzeige erstattet worden wäre. In Wahrheit wurde erst eingegriffen, nachdem die Parlamentskommission die Akten abverlangt hatte. Nur wenn wir die Akten abverlangen, setzt sich das Heeresministerium in Trab und versucht, nach dem Rechten zu sehen. Wenn wir nicht eingreifen, bleibt es bei der Schweinerei. Wir können aber nur in Einzelfällen eingreifen. Der Fall Linz ist durch einen Zufall bekanntgeworden, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß es Duzende von Fällen gibt, wo wir nicht eingreifen können, die nicht bekanntwerden, weil die Jungmänner sich eben nicht getrauen, davon zu sprechen. (Zwischenrufe.) Das bezeichnendste an dem Falle Linz ist aber, daß die Soldaten monatelang beschimpft und mißhandelt wurden, ohne daß ein Vorgesetzter, ein Offizier etwas bemerkt hat, und daß die Mißhandelten sich nicht getraut haben, sich zu beschweren, aus Furcht, es würde noch ärger werden. Die Unteroffiziere waren sich also gar nicht bewußt, daß sie sich hier ein schweres Vergehen zuschulden kommen ließen. Darum ist anzunehmen, daß das kein Einzelfall ist, sondern überall vorkommt, wo Wehrmänner abgerichtet werden, und daß immer erst eingegriffen wird, wenn die Dinge an die Öffentlichkeit kommen.

Der Herr Minister beruft sich darauf, daß die gerichtliche Anzeige erstattet wurde. Aber diese Anzeige, die hinterher, nach Monaten erstattet wird, hilft natürlich gar nichts, sondern das System ist schuld an diesen Dingen. Die gerichtliche Anzeige wurde ja auch früher in der k. u. k. Armee immer erstattet, das hat aber niemals den Kriegsminister davon entbunden, daß er im Parlament für die Beschimpfungen und Mißhandlungen von Soldaten Rechenschaft ablegen mußte. (Rufe links: Sehr richtig!)

Jetzt herrscht eben die Tradition in der Armee, die sich auch äußert in solchen Dingen, wie ich sie dargestellt habe. Man versucht jetzt auch wieder eine Änderung der Disziplinarvorschriften. Ich will jetzt auf diese Disziplinarvorschriften nicht im einzelnen eingehen, wir werden dazu noch reichlich Gelegenheit haben. Aufgefallen ist mir aber, daß jetzt auch das Disziplinarrecht der Ruheständler in einer Weise abgeändert werden soll, die merkwürdig anmutet. Im Jahre 1922 hat das Disziplinarrecht der pensionierten Berufsmilitärpersonen der damalige Sektionsrat Dr. Robert Hecht beschrieben. Er hat damals die Dienstvergehen aufgezählt. Das Dienstvergehen A betraf die noch im aktiven Dienstverhältnis begangenen Fehler; das Dienstvergehen B war die Verletzung der Pflicht zur Treue gegenüber der demokratischen Republik Österreich. Die Verletzung der Pflicht zur Treue gegenüber der Republik Österreich war im Jahre 1922 eines der aufgezählten Dienstvergehen. Aber siehe da, jetzt legt man uns einen Regierungsentwurf vor, und während die andern Dienstvergehen wieder aufgezählt werden, ist just die Verletzung der Pflicht zur Treue gegenüber

der Republik Österreich ausgelassen. Sie sehen also, auch hier beginnt die Tradition zu wirken. (*Widerspruch des Bundesministers Vaugoin.*) Das ist schon so. Sie verweisen auf die Dienstpragmatik, wo das ohnedies enthalten sein soll. Das hat Sie aber nicht gehindert, die andern Dienstvergehen aufzuzählen. Nur das eine, das die Pflicht zur Treue gegenüber der Republik Österreich enthält, wird nicht als ein Dienstvergehen aufgezählt. Sie sehen, von welchem Geist diese Reform getragen ist, die uns da vorgelegt wird.

Wenn ich das also zusammenfasse, was da die Regierungsvorlagen enthalten, könnte ich es so umschreiben: diese Regierungsvorlagen sollen die Macht des derzeitigen Ministers noch mehr erhöhen. Das soll unter anderem auch dadurch geschehen, daß er jetzt militärischer Vorgesetzter werden soll. Bisher war er es nicht; er war bisher nicht militärischer Vorgesetzter. Das war der große Schmerz seines Lebens. Nach diesem Entwurf soll er militärischer Vorgesetzter werden. Er soll an die Stelle der Militärs treten. Ich sage noch einmal, ich will über seine militärischen Fähigkeiten kein Wort reden — das sollen andere Leute tun. Aber ich muß schon sagen, daß eine Kühnheit dazu gehört für jemanden, der sein Leben lang sich mit anderen Dingen beschäftigt hat, sich nun so aufzutun, als ob er ein militärischer Fachmann wäre. Er soll nach der Regierungsvorlage militärischer Vorgesetzter werden, damit die Untergebenen künftighin auch rein sachliche Kritik nicht mehr leicht wagen können. Das heißt, diese Reform soll dazu dienen, daß die Macht des Parteimannes Vaugoin, die ohnedies das Heereswesen völlig ruiniert hat, noch mehr gesteigert werden soll. (*Raab: Guter Witz!*) Mit jedem muß ich nicht diskutieren über diese Frage, vor allem mit Ihnen nicht, das zählt sich wirklich nicht aus!

Ferner soll zu diesem Zweck eine Verschiebung vorgenommen werden, die ganz Vaugoinischer und Hechtischer Geist ist. Es ist nämlich eine ganze Reihe von Unteroffizieren in das Heereswesen hineingekommen, deren Dienstzeiten allmählich zu Ende gehen. Zuerst waren die Dienstjahre mit 9 bemessen, dann mit 12 und schließlich mit 15 Jahren festgesetzt. Aber auch 15 Jahre gehen zu Ende, und jetzt versucht der Entwurf, diese Unteroffiziere auf lebenslänglich für das Heereswesen zu verpflichten. Was hat das zu bedeuten? Das hat zu bedeuten, daß die führenden Wehrbündler für die Ewigkeit dem Heereswesen verankert werden sollen, wenigstens für ihre persönliche Ewigkeit. Sie sollen also lebenslänglich beim Heere verbleiben dürfen. Das hat militärisch gesprochen zur Folge, daß eine große Zahl von Zugskommandanten aus alten Leuten bestehen wird. Nun weiß aber jeder, daß Zugskommandanten agile, lebendige, frische Leute sein sollen. Wenn man überalterte Leute beläßt, so ist das zweifellos eine starke Beeinträchtigung des militärischen Gehalts. Aber, wie gesagt, darauf kommt es diesem System des Heereswesens nicht an.

Es würde damit erzielt werden, daß ganz alte Unteroffiziere da wären und jungen Leuten der Nachwuchs verpfert wird. Damit würde ferner erzielt werden, daß diese Wehrbündinstruktoren für lange Zeit wieder das Heft im Heereswesen in der Hand behalten — also eine rein parteipolitische Maßnahme, die mit irgendwelchen militärischen Überlegungen nichts zu tun hat, sondern das Gegenteil aller militärischen Überlegungen bedeutet.

Ich möchte noch ein Wort über die Kosten des Heereswesens sagen. Es wurde bei der Budgetberatung darauf hingewiesen, daß unser Heereswesen in den letzten Jahren Kosten in immer steigendem Maße verursacht und daß man sich doch überlegen muß in unserem armen Staatswesen, ob man auf die Dauer wirklich so viel Geld für das Heereswesen ausgeben kann. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß unser Kommando- und Verwaltungsapparat so übermäßig groß geworden ist. Ich will nicht Einzelheiten über die vielen Generale und Stabsoffiziere usw. vorbringen. Ich möchte die Aufmerksamkeit des hohen Hauses nur auf folgende Tatsache lenken: Nach unserem Budget haben wir überhaupt nur 12.900 Wehrmänner. Aber die Zahl der Heeresangehörigen, also der Heereschergen, der Unteroffiziere, Offiziere, Generale, Beamten usw., beträgt rund 10.000, das heißt, es stehen den 12.900 wirklichen Mannschafspersonen 10.000 Personen des Kommando- und Verwaltungsapparates gegenüber. Auf jeden einzelnen Soldaten kommt also einer, der kommandiert, beziehungsweise im Verwaltungsapparate tätig ist. Unmöglich kann man mir sagen, daß das ein normaler Zustand ist und daß ein Heer dieser Art wirklich imstande ist, seine Funktionen zu erfüllen. Dabei ist es so, daß der Minister sich fortwährend Überschreitungen zuschulden kommen läßt. Es hat der Oberste Rechnungshof bereits für das Jahr 1929 festgestellt, daß Herr Vaugoin über 400 Soldaten mehr hat, als das Parlament ihm bewilligt hat. Was der Oberste Rechnungshof für das Jahr 1929 gerügt hat, ist im Jahre 1930 trotzdem wiederholt worden. Auch im Jahre 1930 waren im Durchschnitt 930 Soldaten zu viel, nämlich mehr, als das Parlament bewilligt hat. Da möchte ich sehr nachdrücklich und ernst sagen, das Parlament darf sich sein Budgetrecht nicht rauben lassen, und wenn das Parlament in die Budgetberatung etwas durchgearbeitet und dann schließlich etwas beschlossen hat, dann hat das zu gelten, dann ist das Gesetz (*Beifall links*), und der Minister hat nicht das Recht, sich über Gesetze hinwegzusetzen. Wenn er mit den 3000 Mann, die ihm für die Rekrutierung bewilligt worden sind, nicht auskommen kann, hat er vor das Parlament zu treten, und hier hat darüber beschlossen zu werden, ob mehr Soldaten eingestellt werden sollen oder nicht. Aber daß der Minister sich aus eigenem über das Budgetrecht des Parlaments hinwegsetzt und aus eigenem mehr Soldaten einstellt, als nach dem Gesetze zulässig ist, das ist ein Zustand,

der unmöglich ist, und dagegen muß ernstliche Bewahrung eingelegt werden!

Wir würden wünschen, daß der Herr Ersparungskommissär sich mehr um das Heereswesen kümmert. Ich will aber gleich hinzufügen, er möchte sich gewiß mehr kümmern, aber er kann es nicht, denn der Ersparungskommissär darf wohl in alle Dinge dreinreden, aber beim Heereswesen wird ihm der Eingang versperrt. Herr Baugoin versteht es sehr wohl, sich vor dem Zugriff des Ersparungskommissärs zu bewahren. Es wird aber die Zeit kommen und kommen müssen, wo das Parlament die Funktion des Ersparungskommissärs wird übernehmen und wird darauf hinweisen müssen, daß hier eine Unmenge Geld ausgegeben wird, die sich sachlich nicht mehr rechtfertigen läßt. Ich habe schon einmal gesagt, wir Sozialdemokraten haben immer dem Heer gegeben, was das Heer gebraucht hat, wir waren immer dafür, daß die Republik ein Instrument zu ihrem Schutz hat. Aber wir sind keineswegs dafür, daß die Republik das Geld blind zum Fenster hinauswirft. Ich habe vorhin ein kleines Beispiel gegeben, wie im Heereswesen gewirtschaftet wird. Ich will jetzt davon absehen, ich werde ja im Ausschuß diese Beispiele noch durch viele Fälle bereichern — lauter kleine Korruptionsfälle. Ich kann hier ja nicht stundenlang reden, ich werde das Material dem Ausschuß vorlegen. Es sind Beispiele einer sonst beispiellosen Willkürwirtschaft, eines Hinauswerfens von Geld aus Gründen, die schier unverständlich sind, vielfach aus rein parteipolitischen Rücksichten. Und nun bedenken Sie, daß der Gesamtaufwand unseres Heeres vom Jahre 1926, wo wir schon 67½ Millionen Schilling ausgegeben haben, bis zum Jahre 1931 auf 110 Millionen Schilling gestiegen ist. Da muß man die Frage aufwerfen, ob wirklich dieses arme Staatswesen für dieses Heereswesen, das so aussieht, wie ich es Ihnen geschildert habe, einen Betrag von 110 Millionen Schilling ausgeben soll? Jetzt sinnt man über einschneidende Maßnahmen nach, sinnt darüber nach, was man tun soll, um über die schwere Finanzkrise, die den Staat befallen hat und die noch nicht in ihrer ganzen Größe erkannt wird, hinwegzukommen. Man spricht davon, daß eine Besoldungssteuer eingeführt werden soll; andere reden davon, daß die Zölle auf Lebensmittel erhöht werden sollen; man hat also alle möglichen Pläne, für das arme Volk sehr einschneidende Pläne, die zum Beispiel für die Beamten eine ungeheure Belastung bedeuten würden. Jeder von uns weiß, wie es den Beamten geht, und man kann sich vorstellen, wie eine Besoldungssteuer in dem geplanten Umfang auf die Beamten wirken würde. Und während man so also überall sparen muß und trotz aller Sparmaßnahmen und sonstigen drückenden Maßnahmen, die man Volksteilen auferlegt, nicht weiß, woher man das Geld für den Staatshaushalt nehmen soll — zu derselben Zeit hat man für diese Spielereien des Herrn Baugoin nicht weniger als 110 Millionen Schil-

ling! Und ich sage Ihnen: Es ist nicht mehr als eine Spielerei! Das, was wir Heereswesen nennen, ist nicht ein brauchbares Instrument, das, was wir Heereswesen nennen, hat keine Möglichkeit, sich wirklich so zu bewähren, wie es uns hier fortwährend vorgegaukelt wird. Und deshalb wiederhole ich: Das, was uns hier als Heereswesen vom Herrn Heeresminister präsentiert wird, das ist das Geld, das man dafür ausgibt, nicht wert, für das geben wir viel zuviel Geld aus, und da muß ernstlich gespart werden. Ich verweise darauf, es werden im Staate ganz andere Dinge im Laufe der Jahre eingeschränkt werden müssen, es wird auf vielen Gebieten gespart werden müssen, und es ist also wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn man sagt, vor allem muß gespart werden auf dem Gebiet, wo man wirklich sparen kann, ohne daß große Volksteile davon schwer betroffen werden, und das ist beim Heereswesen der Fall. Dieser Maßnahme werden Sie nicht entgegen, seien Sie Vertreter des Bauernstandes oder Vertreter der Beamtenschaft, und erst recht nicht wir, die wir uns als Vertreter der Arbeiterklasse des Landes fühlen. Es muß gespart werden auf so vielen Gebieten des Staates, daß wir auch das Recht haben, zu sagen: Erst recht muß gespart werden auf einem Gebiet, das für das Staatsleben nicht so wichtig ist wie andere! Es muß gespart werden auf einem Gebiet, wo bisher das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen worden ist.

Über all diese Fragen wird in den Ausschußberatungen gesprochen werden. Wir werden auch dort versuchen, den Nachweis zu führen, daß im Heereswesen eine Reihe von Ersparungen möglich sind, die wirklich eine Reform beinhalten würden.

Meine Herren, ich erkläre zum Schluß: Wir Sozialdemokraten sind für eine Reform — gewiß; aber wir sind für eine Reform in der Richtung, daß die jetzige Willkür, die das herrschende System darstellt, beseitigt wird, wir sind dafür, daß das Heer des Volkes wirklich wiederum mit dem Volk vereinigt werde, wir sind dafür, daß das Heer der Republik nicht einer Partei, sondern dem Volk gehört. (*Zwischenrufe rechts.*) In dieser Richtung werden sich die Reformen bewegen, oder es werden keine Reformen sein. Wenn Sie nichts anderes wollen, als die heutigen Spielereien fortsetzen, wenn Sie nichts anderes wollen, als das heutige System der Schweinereien und der Korruption fortsetzen, dann wird diese Heeresreform nicht werden. Wenn Sie mit uns wollen, daß aus dem heutigen Heer ein wirkliches Heer des Volkes wird, das allen Teilen des Volkes dient, dann wird die Reform wirklich möglich und durchgeführt werden, und von dem Standpunkte aus werden wir uns die Vorlage, die die Regierung unterbreitet, ansehen — sehr gründlich ansehen. (*Lebhafter Beifall links.* — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Renner den Vorsitz übernommen.)

**Goppa:** Hohes Haus! Ich kann mich kurz fassen und will mich heute auch kurz fassen, nachdem im

Wehrausschuß Gelegenheit genug gegeben sein wird, zu den einzelnen Punkten der Vorlage Stellung zu nehmen. Es gilt mir daher heute in erster Linie, hier einige mir wesentliche Feststellungen zu machen. Ich müßte im Grunde die Rede, die ich am 19. Februar hier gehalten habe, zum größten Teil wiederholen. Denn ich muß leider betonen, daß unsere Bedenken, die wir damals zur Geltung gebracht haben, durch die Vorlage nicht zerstreut worden sind, und ich muß weiterhin feststellen, daß auch unsere Wünsche und unsere Anträge eine Berücksichtigung in dieser Vorlage eigentlich nicht gefunden haben. Nun scheint mir das aber doch sehr wesentlich, und ich werde hier nicht aufhören zu betonen, daß zur inneren Befriedung die weitere Fortsetzung der Entpolitisierung unseres Heeres unbedingt erforderlich ist. An dieser inneren Befriedung unseres demokratischen Staatswesens mitzuarbeiten und dabei mitzuraten, sind wir als Regierungspartei in erster Linie verpflichtet.

Es ist auch gesagt worden, daß wir eigentlich nur eine kleine Partei sind, die im Volke nicht wurzelt, und daß daher auch die Gedanken über Entpolitisierung, die wir fortwährend vertreten, im Volke keine breiten Wurzeln gefaßt haben. Ich möchte Sie davor warnen, diesem Gedankengang zu folgen. Es ist eine Truglogik. Schätzen Sie nicht nach der Stärke der Partei die Stimmung, die in unserem gesamten Volke bezüglich der Entpolitisierung unseres Heeres herrscht. Ich verjähre Sie noch einmal, daß es uns ganz bestimmt nicht darum zu tun ist, hier eine rein politische Frage zu vertreten, noch weniger darum, wie auch geäußert wurde, uns im Bundesheer ein Asyl zu sichern, wo wir ein gutes sicheres Plätzchen hätten. Im Gegenteil: wir möchten fern von diesem Asyl sein, wünschen aber, daß alle dieses Asyl aufgeben und daß es innerhalb des Heeres für gar keine Partei mehr ein Asyl gibt. Daher haben wir auch unsere Entpolitisierungsanträge gestellt und stehen deshalb auch auf dem Standpunkt, daß die Beseitigung des Koalitionsrechtes innerhalb des Heeres eine der Hauptnotwendigkeiten und Voraussetzungen einer wirklich tragbaren Entpolitisierung des Heeres ist.

Wir haben auch sehr ernst darum gebeten, daß man sich mit dem Gedanken der Trennung von Heeresleitung und Heeresverwaltung beschäftigen möge. Auch diesbezüglich bringt uns der Gesetzentwurf in gar keiner Weise eine Erfüllung. Wir glauben, daß es für jede politische Partei nicht nur tragbar, sondern wünschenswert wäre, wenn diesem Gedanken in einer wesentlich weitergehenden Weise Rechnung getragen würde.

Ich muß weiter feststellen, daß es mir sehr leid tut, daß man sich bezüglich all der Fragen der Entpolitisierung unseres Bundesheeres immer wieder — auch in der Begründung des Gesetzentwurfes — hinter die Verfassung versteckt. Man erklärt auf der einen Seite, daß unser Antrag im Verfassungsausschuß liege und

dort erst der Behandlung zugeführt werden müsse, während man auf der anderen Seite erklärt, daß das und jenes nicht zu machen sei, weil dadurch die Verfassung geändert würde. Meine Damen und Herren! Wenn man ernstlich willens ist, die Entpolitisierung des Heeres durchzuführen, so glaube ich, daß es keine unüberwindliche Schwierigkeit wäre, eine derartige Verfassungsänderung nach verschiedenen Richtungen durchzuführen. Was unseren Antrag anbelangt, der bereits im Verfassungsausschuß liegt, so hätte man vielleicht auch mit der Einbringung der Gesetzesvorlage warten können, bis der Verfassungsausschuß darüber entschieden hat, dann hätte man schon auf der Beschlußfassung des Verfassungsausschusses in der Gesetzesvorlage aufbauen können.

Wozu ich aber noch Stellung nehmen muß, das ist der Punkt der Begründung, der die Parlamentskommission betrifft. Auf die Abschaffung der Parlamentskommission wird ja in dieser Vorlage ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Nun wird in der Begründung gesagt, daß unseren und gerade unseren Wünschen ja weitestgehend dadurch entgegengekommen worden sei, daß man die Beseitigung der Parlamentskommission in dem Gesetzentwurf vorgesehen hat. Eine derartige Begründung kann doch wirklich niemanden überzeugen, denn wenn man bei Begründungen die Prämissen fortläßt und sich nur mit dem Schluß beschäftigt, dann bleibt eben die halbe Seite übrig, die auch keine Beziehung mehr zu unserem Antrage besitzt.

Wir werden daher zu allen diesen Fragen im Wehrausschuße unsere Stellung beziehen. Wir werden Ergänzungs- und Wänderungsanträge stellen und hoffen, daß wir hierbei die Unterstützung und auch das Verständnis der anderen Mehrheitsparteien finden werden, damit wir zu einem günstigen und positiven Schluß der Beratungen kommen und wirklich ein Reformgesetz geschaffen wird, das nach der Richtung der Entpolitisierung eine gewisse grundlegende Gewähr leistet. Es ist ganz klar, daß damit auch die Stellungnahme zur Parlamentskommission zusammenhängt und daß erst das Fortschreiten der Verhandlungen im Wehrausschuß unsere Stellungnahme zur Frage der Beibehaltung oder Auflösung der Parlamentskommission festlegen kann. *(Beifall bei den Parteigenossen.)*

**Dr. Schuschnigg:** Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Deutsch hat seine Rede gegen die Regierungsvorlage mit dem Satz geschlossen, er werde sich die Vorlage noch genauest ansehn, bevor sie im Ausschuß zur Beratung kommt, und auch während der Beratungen im Ausschuß. Darf ich ihn vielleicht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß er die Vorlage noch nicht ganz genau angesehen hat, beziehungsweise daß er sich in einem Punkte, den er in seiner Rede erwähnte, doch geirrt zu haben scheint. Herr Dr. Deutsch hat beanstandet, daß in der Novelle zum Disziplinargesetz ausgerechnet jener Passus aus

dem Pensionsgesetze von 1921 nicht übernommen werden sollte, nach welchem die Militärpersonen an die im Dienstgelohnis der Bundesangestellten enthaltenen Pflichten gebunden seien. Er dürfte dabei übersehen haben, daß im fraglichen § 3 der Disziplinarnovelle ausdrücklich lediglich der erste Satz des ersten Absatzes einer Novellierung unterzogen wird, während der zweite Satz, nämlich der, den ich gerade zur Verlesung brachte, unverändert aufrecht bleibt. Es hat sich hier zweifellos um einen Irrtum gehandelt.

Der Herr Kollege Dr. Deutsch hat seine Rede mit Vergleichen einbegleitet, die er zwischen der Volkswehr von seinerzeit und dem Bundesheer von heute angestellt hat; er hat daraus gewisse Folgerungen gezogen und gemeint, die Volkswehr von seinerzeit habe speziell in den Kärntner Abwehrkämpfen den Beweis dafür erbracht, daß sie im Ernstfalle tauglich sei, für das Vaterland zu kämpfen, während das Bundesheer von heute noch nicht in die Gelegenheit gekommen sei, sich im Ernstfall zu bewähren. Es muß uns fernliegen, etwa lediglich aus Gründen politischer Gegnerschaft jemanden zu bekämpfen oder zu verurteilen, wenn er im Notfalle seine Pflicht für die Gesamtheit getan hat. Aber weil speziell die Kärntner Abwehrkämpfe angezogen wurden, darf ich denn doch wohl der Richtigkeit halber daran erinnern, wer sie in ihrer erdrückenden Last geführt hat: in erster Linie die Freiwilligenformationen, die in Kärnten selbst aufgestellt worden sind, darunter gewiß auch aus den Überresten der seinerzeitigen österreichischen Armee, aus den Heimkehrern gebildete Bataillone, die den Namen Volkswehr trugen, zum Beispiel das Volkswheerbataillon Klagenfurt. Es wird aber sicher auch dem Herrn Kollegen Dr. Deutsch in Erinnerung sein, daß zum Beispiel das Volkswheerbataillon Willach denn doch in ärgster und in größter Weise damals versagt hat. Ich will nicht so ungerecht sein, die Volkswehr etwa in ihrer Gesamtheit wegen ihres damaligen Verhaltens in Kärnten zu verurteilen, und ich will insbesondere nicht behaupten, daß Herr Dr. Deutsch die alleinige Verantwortung für die Versager zu tragen hat. Aber wenn damals am Loibl-Paß der Soldatenrat des Willacher Volkswheerbataillons seinem Kommandanten erklärt hat, er verlange die Ablösung, weil es dem Bataillon zu kalt sei, wenn sich damals überhaupt immer wieder ergeben hat, daß die Soldatenräte in Fragen der taktischen Führung eingriffen oder zumindest Gehör für ihre Wünsche verlangten, so zeigt das zur Genüge, daß die Volkswehr von damals nicht das war, was wir uns unter einer tauglichen Wehrmacht vorstellen müssen.

Es sei weiters erwähnt, daß von den unter stützenden Truppen, die aus Wien nach Kärnten gesandt wurden, ein Teil, zum Beispiel — sicherem Vernehmen nach — die Batterien, n. ö. Truppen, tadellos kämpfte, daß aber ein anderer Teil sich so benommen hat, daß der Landesbefehlshaber von Kärnten auf

die aktive Mitwirkung der Wiener Volkswehr verzichtet hat (*Dr. Deutsch: Nicht richtig, ich müßte es wissen!*), da ihm mitgeteilt wurde, daß die zugeführten Truppen erklärt haben, sie dächten nicht daran, sich einsetzen zu lassen; es sei ihnen gesagt worden, sie würden jetzt gut essen und gut trinken und auf dem Wörther See spazierenfahren. (*Dr. Deutsch: Lauter Märchen! — Zwischenrufe rechts.*) Ich muß mich in diesem Zusammenhang auf das Zeugnis des damaligen Landesbefehlshabers von Kärnten, des Herrn Generals Hülgerth, berufen, dessen Absetzung damals von diesen zukommandierten Volkswheerbataillonen verlangt worden ist, was allein wieder Hände spricht. (*Dr. Deutsch: Das sind lauter Märchen!*) Aber ich wiederhole, daß ich nicht in den gleichen Fehler verfallen will, dessen sich mein Herr Vorredner meiner Meinung nach schuldig gemacht hat: ich denke nicht daran, zu generalisieren. (*Lebhafte Zwischenrufe rechts und Gegenrufe links.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe.

**Dr. Schuschnigg** (*fortfahrend*): Ich meine daher: Es ist unrichtig, hier oder dort zu generalisieren. Es ist vielleicht auch die Zeit eine andere geworden. Man kann sich nicht mehr genau vorstellen, wie damals die Dinge nach ihren sachlichen und personellen Voraussetzungen gelegen sind. Aber man darf, wenn man ehrlich ist, nicht verschweigen, daß das Bundesheer von heute sich denn doch wohl die Anerkennung der erdrückenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung erworben hat. (*Lebhafter Beifall rechts.*) Und das eine ist auch sicher: Es wird immer behauptet, das Bundesheer sei eine Parteieinrichtung; ich bitte Sie, meine Herren, erbringen Sie einmal einen Beweis dafür, daß das Bundesheer in amtlicher Eigenschaft auch nur ein einziges Mal in irgendeiner seiner Abteilungen parteiisch vorgegangen wäre! Das Bundesheer hat beispielsweise bei Elementarkatastrophen genügend Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß es sich nur von einem Gedanken leiten läßt: von der Pflichterfüllung im Dienste der Gesamtheit, und dafür haben wir dem Bundesheer und seinen Führern zu danken. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Wenn Herr Dr. Deutsch dem Minister oder der christlichsozialen Partei den Vorwurf macht, sie habe dafür vorgesorgt, daß das Offizierskorps nunmehr christlichsozial sei — meine Herren, seien wir ganz aufrichtig: Niemand von uns im ganzen Hause hier gibt sich der Illusion hin, daß das Offizierskorps als solches dieser oder jener Partei angehört. Wir wollen das auch gar nicht, sondern wir verlangen von unserem Offizierskorps, daß es sachlich tüchtig und objektiv im Dienste der Heimat und der Gesamtheit wirke; so sind die Dinge in Wirklichkeit. Von einem christlichsozialen Offizierskorps zu sprechen, meine Herren, ist ein Ding der Unmöglichkeit für jeden, der die Verhält-

nisse kennt. (*Pick: Trotz aller Versuche!*) Meine Herren, man sollte wirklich nur dann Behauptungen aufstellen, wenn man in der Lage ist, sie zu beweisen.

Wenn Herr Dr. Deutsch davon gesprochen hat, daß das heutige Bundesheer unter der verantwortlichen Führung des Herrn Ministers daran gehe, die Tradition der alten österreichischen Armee hochzuhalten: so bleibt dazu zu sagen: Jawohl, und es tut recht daran, und wir würden es bitter bedauern, wenn dem nicht so wäre! (*Lebhafter Beifall rechts.*) Wir schämen uns gar nicht der Vergangenheit, wir schämen uns nicht der alten Armee! (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Unrichtig ist allerdings die Bemerkung, daß man bei uns Traditionspflege ehemaliger fremdnationaler Truppenkörper betreibt. (*Anhaltende Zwischenrufe links.*) Ich nehme an, daß auch der Herr Dr. Deutsch darüber genau im Bilde und unterrichtet ist, daß alle Truppenkörper des heutigen Bundesheeres die Traditionspflege eines deutschösterreichischen Truppenkörpers von einst zugewiesen erhalten haben, und zwar ihrer Vorgänger, die sich aus dem Gebiete des heutigen Österreich seinerzeit rekrutierten.

Nun, der Herr Abg. Deutsch hat bei der Reformnovelle in erster Linie die vorgeschlagene Abschaffung der Parlamentskommission, beziehungsweise der Landeskommissionen bei den Verwaltungsstellen in den Bundesländern bemängelt. Zunächst eine rein rechtliche Betrachtung! Die Parlamentskommission, wie sie heute ist, ist verfassungsrechtlich nach unserer Auffassung nicht haltbar. Ganz abgesehen davon, daß das Jahr 1929 eine in dieser Frage sehr tief einschneidende Novellierung der Verfassung gebracht hat, bitte ich Sie, zu überlegen, daß die Parlamentskommission, von dem Gesichtspunkte der möglichst anzustrebenden Gewaltentrennung aus gesehen, unmöglich in unserem System Raum haben kann. Das Parlament kann nur dort an der Vollziehung mitwirken, wo es durch Verfassungsgezet ausdrücklich dazu berufen ist. Nun frage ich mich: Wo in unseren Verfassungsgezet ist die Parlamentskommission vorgesehen? Es müßte eine ausdrückliche Verfassungsbestimmung vorhanden sein, daß auch hier, in Angelegenheiten des Heereswesens, durch die Parlamentskommission der Nationalrat an der Vollziehung beteiligt ist. Davon ist aber nicht die Rede.

Dazu kommt noch ein weiteres. Während bis zur Verfassungsreform des Jahres 1929 der Nationalrat der oberste Verfügungsberechtigte über die Wehrmacht war, ist durch die Verfassungsnovelle des Jahres 1929, also durch die heute bestehende Verfassung, die Verfügungsgewalt, die Oberbefehlsgewalt über die Wehrmacht dem Bundespräsidenten übertragen worden, der Nationalrat hat damit nichts mehr zu tun. Also selbst wenn die erste Begründung verfassungsrechtlicher Natur, die ich angeführt habe, nicht stichhaltig wäre, selbst dann hätte die Parlamentskommission in dem Moment ihren rechtlichen Boden verloren, als die letzte Verfassungsnovelle Gesetz geworden ist.

Nun glaube ich, den Ausführungen des Herrn Vertreters der Opposition entnehmen zu können, daß seine Besorgnis dahin geht, die Abschaffung der Parlamentskommission hätte etwa zur Folge, daß der Mann wehrlos Mißhandlungen und ähnlichen Dingen ausgeliefert wäre. Solange es Parlamente gegeben hat, ist in Fällen der Mißbräuche im Heereswesen der Weg zum Parlament immer offengestanden. Wenn in Zukunft irgendwelche Mißbräuche sich ergeben sollten, wird derjenige, der davon betroffen wird, selbstverständlich den Weg zu den politischen Parteien finden. Er weiß, es ist im Nationalrat die Gelegenheit gegeben, durch eine Anfrage, durch eine Interpellation strittige Fälle, Beschwerdepunkte zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Der Mann wird keineswegs schutz- und rechtlos. Das, was heute die Parlamentskommission in einzelnen Fällen besorgt, wird vielleicht hier im Plenum oder im Heeresauschuß erledigt werden; im Wesen würde sich nichts ändern, wenn die Parlamentskommission tatsächlich in erster Linie nur zum Schutz des Mannes gegen Übergriffe seiner vorgesetzten Stellen gedacht wäre. Aber so liegen die Dinge doch nicht.

Da komme ich nun zum zweiten Grund, der mir schon sehr deutlich dafür zu sprechen scheint, daß gerade im gegenwärtigen Moment jener Gedanke, der auf eine Abschaffung dieser Einführung hinzielt, durchaus auf fruchtbaren Boden fallen muß. Wieviel ist in unseren Reihen — ohne Unterschied der Partei — von Verwaltungsreform gesprochen worden! Wie oft haben wir immer wieder erklärt, daß in erster Linie eine Vereinfachung und dadurch eine Verbilligung, eine Rationalisierung der Verwaltung erzielt werden soll. (*Dr. Deutsch: Schaffen Sie das Rechtsbureau ab!*) Vielleicht schaffen wir gleich das Ministerium ab! Dadurch, daß man Probleme überieht, löst man sie nicht. Die Frage der Abschaffung der Parlamentskommission stellt uns einmal vor den aktuellen Fall, hier könnte man rationalisieren. (*Dr. Deutsch: Auch das Rechtsbureau!*) Darüber sind die Meinungen natürlich geteilt. Aber daß man eine Verwaltung ohne ein Rechtsbureau nicht führen kann, darüber, glaube ich, sollten wir eigentlich einig sein. Sie könnten die Juristerei überhaupt abschaffen, aber dann schaffen Sie auch das Recht ab!

Nun hat die Parlamentskommission tatsächlich auch dazu geführt, daß eine schleppende Erledigung verschiedener Akten und Agenden eingetreten ist. (*Dr. Deutsch: Das ist nicht möglich, weil die Akten erst nach ihrer Erledigung zu uns kommen!*) Herr Doktor, Sie werden niemandem klarmachen können, daß es im Interesse einer sauberen, reinlichen und geordneten Verwaltung des Heereswesens liegt, wenn der Herr Parlamentskommissär X, Y — ich nenne den Namen nicht — die offizielle Anfrage stellt, wieviel Exerzierung das Bundesheer bei der Fronleichnamsprozession verschossen hat, was sie kostet und wer sie

zählt (*Hört!-Hört!-Rufe links. — Dr. Deutsch: Das ist vollständig in Ordnung!*), und ein eigener Aktenwechsel darüber stattfinden muß, um die Parlamentskommission darüber zu orientieren ... (*Lebhafte Zwischenrufe links.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, die Zwischenrufe einzuschränken. Der Herr Abg. Schuschnigg hat das Wort.

**Dr. Schuschnigg**: Wenn nun dieser Fall der Exerziemunität für die Fronleichnamsprozession von so besonderer Wichtigkeit ist, dann kann er auch den Gegenstand einer Anfrage hier im Hause bilden, und dann könnte man über die Kosten auch ohne die Parlamentskommission genau so orientiert werden. In diesem Falle waren die Dinge so; es mußte zuerst ein Aktenwechsel stattfinden, und erst nach einem längeren Schriftenwechsel hat die Kommission zur Kenntnis genommen, daß ihre Frage in die Irre geht, weil die Kosten von einer dritten Seite aus refundiert werden und nicht vom Staate bezahlt werden mußten.

Nun ein anderer Fall. Der Brigadier ... (*Zwischenrufe links.*) Der Chef einer Brigade ... (*Lebhafte Zwischenrufe links.*) Es ist aber noch ein zweiter Fall vorgekommen. (*Anhaltende, lärmende Zwischenrufe und Gegenrufe.*)

**Präsident**: Ich bitte beiderseits das Haus, einiges noch für die Verhandlung übrigzulassen!

**Dr. Schuschnigg**: Ein zweiter Fall, der nicht ohne Interesse ist und den ich zur Ergänzung anführen möchte: Das Ministerium hat aus dienstlichen Gründen den Brigadier eines Bundeslandes telephonisch nach Wien berufen. Die Folge war, daß ein Parlamentskommissär schriftlich um die Begründung dieser Einberufung gefragt hat und daß wiederum ein Aktenwechsel notwendig war, um die Parlamentskommission, beziehungsweise um den einen Parlamentskommissär davon zu überzeugen, daß es doch zweifellos über seinen Wirkungskreis hinausgeht, nach der Begründung dieser Einberufung, der dienstlichen Unterredung eines Kommandanten im Ministerium, zu forschen.

Ich meine daher, daß der Wirkungskreis der Parlamentskommission, den der Abg. Dr. Deutsch gefährdet sieht, zum Schutze des Heeres vor Übergriffen viel besser hier ins Haus verlegt werden könnte, und niemand wird dadurch geschädigt sein. Jene Parlamentskommission, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, das Ministerium in seinen Verwaltungsagenden zu hindern, zu stören, die Verwaltung zu verlangsamen, die hat keine Existenzberechtigung. Derjenige, der gegenüber mäßige Schreibereien in der Verwaltung eintritt, der die Verwaltung vereinfachen will, der wird es für durchaus zweckmäßig finden, hier in der Verwaltungsreform tatsächlich einen ersten Schritt zu tun. Niemand wird dadurch geschädigt, und es wird ein Zustand herbeigeführt, der als durch-

aus normal bezeichnet werden kann und überall besteht. Parlamentskommissionen in dieser Form werden Sie nicht so leicht finden. (*Dr. Deutsch: Die gibt es in Schweden, in Frankreich, Sie wissen es nur nicht!*) In der Form eines Heeresausschusses. (*Dr. Deutsch: Nein, einer Parlamentskommission!*) Gibt es die in Deutschland? (*Dr. Deutsch: Wir reden von Schweden und Frankreich!*) Sie reden von Schweden und Frankreich, und ich rede von Österreich und Deutschland! (*Zwischenrufe.*) Jedenfalls ist, selbst wenn der Standpunkt richtig wäre, daß die Auflösung der Parlamentskommission keine finanzielle Ersparnis bedeuten würde, genug an sehr gewichtigen Gründen vorhanden, die ins Treffen geführt werden können, um die Parlamentskommission zu beseitigen, die im heutigen System keine tatsächliche Existenzberechtigung und keine rechtliche Grundlage hat. Der Herr Abg. Dr. Deutsch hat recht — das sei ausdrücklich festgestellt —, wenn er heute wieder, wie schon öfters im Ausschusse, erwähnt, die Parlamentskommissäre selbst beziehen keinen Groschen Entlohnung und haben ihr Amt als Ehrenamt auszuüben. Aber er verschweigt, daß ihnen ein Bureau zur Seite steht, für das immerhin 70.000 S im Budget eingesetzt sind. Wenn man diese ersparen kann, soll man es tun. (*Dr. Deutsch: Wie viele Beamte hat das Rechtsbureau?*) Die Parlamentskommission ist eine ausgesprochen politische Einrichtung. Es wird heute viel von der Notwendigkeit der Entpolitisierung der Wehrmacht gesprochen. Gewiß gehen die Meinungen darüber zum Teil noch auseinander, und ist bislang keine durchaus einheitliche Plattform auch im Kreise der Mehrheitsparteien in dieser Frage zu finden. Das ist allgemein bekannt. Aber das eine ist sicher, die Entpolitisierung läßt sich durch Beseitigung von politischen Rechten allein nicht erreichen. Der Wehrmann wie der Offizier sind in der Atmosphäre, welche der heutige Staat, das heutige System geschaffen hat, ob sie das Wahlrecht haben oder nicht, gleichermaßen politischen Einflüssen ausgesetzt. Aber über diese Frage zu reden, ist, wie gesagt, hier zwecklos und verfrüht, weil sich die Regierungsvorlage damit gar nicht befaßt. Entpolitisierung im Sinne der Abschaffung der Parlamentskommission, der Beseitigung dieser überlebten Einrichtung, das ist das Ziel der Regierungsvorlage, das wir geschlossen teilen, das wir sachlich für durchaus begründet erachten. Wir bitten Sie, diesen Gedankengängen Rechnung zu tragen, speziell in der Erwägung, daß alles das, was der Herr Abg. Dr. Deutsch angeführt hat, letzten Endes eine Polemik zur Verteidigung früherer Zeiten, zur Verteidigung der Volkswehr war, die er als sein Kind ansieht und die wir allerdings als mißratenes Kind betrachten. (*Heiterkeit rechts.*) Wir glauben, daß alles, was jetzt geschieht, um die Heeresgesetzgebung zu novellieren und zu reformieren, nur von dem einen Gedanken getragen sein muß, daß das Aufbauwerk der letzten zehn Jahre nicht gefährdet werden darf. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

**Demuth:** Hohes Haus! Der Landbund hat anlässlich der letzten Budgetdebatte im Hause die alte Forderung nach Entpolitifizierung des Heeres wieder gestellt und ihr durch Einbringung eines entsprechenden Resolutionsantrages besonderen Nachdruck verliehen. Dieser Antrag wurde damals sowohl von den Christlich-sozialen wie von den Sozialdemokraten niedergestimmt. Der Herr Minister hat damals erklärt, daß im Verfassungsausschuß ohnehin schon ein diesbezüglicher Antrag Wotawa-Demuth vorliege und daß er daher nicht vorgreifen wolle. In der Begründung unseres Resolutionsantrages haben wir damals schon in der Budgetdebatte den Herrn Minister gebeten, daß bei der bevorstehenden Einbringung der Wehrreformnovelle auf diese unsere Wünsche möglichst Rücksicht genommen werde. Die vorliegende Regierungsvorlage läßt aber diese Wünsche unberücksichtigt, und in den Erläuterungen zu der Novelle kommt zum Ausdruck, daß im Verfassungsausschuß ein solcher Entpolitifizierungsantrag liege, vor dessen Erledigung die Regierung in dieser Frage nicht weiter Stellung nehmen könne. Wenn wir heute die verschiedenen Gesetze, die eingebracht wurden, betrachten, werden wir feststellen müssen, daß diese unsere Wünsche unberücksichtigt geblieben sind. Daher möchte ich namens meiner Fraktion anlässlich der ersten Lesung erklären, daß wir uns vorbehalten, zu den verschiedenen Gesetzesanträgen im Heeresauschuß Stellung zu nehmen. Aber im besonderen möchte ich, ähnlich wie Kollege Toppa, hier der Bitte Ausdruck verleihen, daß das ganze Haus bei der Behandlung dieser Entpolitifizierungsfrage im Heeres-, beziehungsweise Verfassungsausschuß diese Frage wirklich einer ernstlichen, von jeder Parteipolitik unbeeinflussten Erörterung unterziehe. Wir sind wirklich der ehrlichen, aufrichtigen Überzeugung, daß es viel zur inneren Beruhigung und zum Ansehen des Heeres beitragen würde und daß es nur im Interesse des Staates und der Wehrmacht gelegen wäre, wenn es uns gelingen würde, unsere Wehrmacht tatsächlich zu entpolitifizieren.

Wir sehen ja im neuen Gesetzentwurf eine Bestimmung, die eine Verbesserung beinhaltet. Bisher war das Betreiben der Parteipolitik innerhalb des Dienstes auch im alten Wehrgesetz verboten, während in der jetzigen Novelle die Bestimmung darüber hinausgeht und auch innerhalb des militärischen Dienstbetriebes ein solches Verbot ausgesprochen wird. Das ist sicherlich eine Verbesserung, wenn dadurch nicht nur im reinen Dienst, sondern auch in der Kaserne das Betreiben der Parteipolitik und das Politisieren verboten ist. Aber unserer Meinung nach ist es damit noch nicht getan. Wir unterscheiden uns von dem Vorredner Abg. Dr. Schuschnigg, der gemeint hat, es sei mit der Beseitigung des aktiven und passiven Wahlrechtes noch nicht genug getan, um eine wirkliche Gewähr für eine Entpolitifizierung zu haben. Wir unterscheiden uns deshalb von ihm, weil ich der Anschauung

bin, daß es zwar richtig ist, daß der Entzug des Wahlrechtes noch immer politisch eingestellte Soldaten und Offiziere zur Folge haben wird, daß aber der Entzug des Wahlrechtes unter allen Umständen zur Folge haben wird, daß die verschiedenen wahlwerbenden Parteien sich nicht mehr um die Soldaten kümmern werden, wodurch jetzt die Wehrmacht und der einzelne Wehrmachtangehörige in den Trubel der Parteipolitik hineingezogen werden. Daher meinen wir, daß eine Voraussetzung der Entpolitifizierung wirklich der Entzug des aktiven und passiven Wahlrechtes ist. Im übrigen beziehe ich mich da auf ein Wort des Herrn Nationalrates Rumschaf, der ja vor zwei Jahren genau dasselbe hier im hohen Hause verlangt hat und dafür eingetreten ist, eine Entpolitifizierung dadurch herbeizuführen, daß man den Soldaten das Wahlrecht entzieht.

Es wird nun von Seiten der Sozialdemokratie sowohl wie auch von gewerkschaftlicher Seite, von christlich-sozialer oder von deutschnationaler eingewendet, man dürfe durch diesen Entzug des Wahlrechtes das Staatsbürgerrecht des Soldaten nicht beschneiden. Ich meine nun, daß, wenn die Demokratie im Deutschen Reiche und die Demokratie der Tschechoslowakei ein solches zeitweiliges Ruhenlassen des Wahlrechtes während der aktiven Betätigung im Dienst vom Standpunkte der Demokratie verantworten können, dann können auch wir dieselben Vorschriften ruhig in unser Wehrgesetz aufnehmen, beziehungsweise unsere Verfassung in diesem Sinne ändern. Es wird von sozialdemokratischer Seite immer wieder auf das Beispiel der Schweiz und Englands verwiesen, weil dort den Soldaten das Wahlrecht nicht entzogen wird. Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, hier im Hause hervorzuheben, daß sich eben die demokratische und geschichtliche Entwicklung dieser beiden Staaten keinesfalls mit der jungen Demokratie und Republik Österreich vergleichen läßt, weil ich voll überzeugt bin, daß unsere Republik Österreich, wenn sie so viel mitgemacht haben wird wie diese beiden alten demokratischen Staaten, gleichfalls in der Lage sein wird, von einem solchen zeitweiligen Ruhenlassen des Wahlrechtes bei den Soldaten abzusehen. Für uns ist es wirklich Überzeugungsache, daß eine Entpolitifizierung unter anderem nur dadurch gewährleistet werden kann, wenn wir das aktive und passive Wahlrecht ruhen lassen. Aus diesem Grunde möchte ich einen Appell an die beiden anderen großen Parteien richten, diese Frage wirklich ernstlich zu überprüfen.

Wir hören ja heute von Seiten der Sozialdemokratie — vielleicht vielfach mit Recht — auch Beschwerden über die Politisierung des Heeres. Wir haben auch hier schon im offenen Hause erklärt, so sehr wir dem derzeitigen Leiter des Heeresministeriums dankbar sind und wenn wir auch die Schlagkraft, die Disziplin unserer heutigen Wehrmacht anerkennen, so sind wir auf der anderen Seite doch nicht damit einverstanden,

daß heute die Politifizierung, wie sie nach dem Kriege zugunsten der Sozialdemokraten obwaltete, sich umgekehrt und eine Umpolitifizierung in verkehrtem Sinne Platz gegriffen hat. Das ist ganz gewiß vom Standpunkt der Mittelparteien und all jener, die auf dem Standpunkt des neutralen Heeres stehen, kein wünschenswerter Zustand. Ich sehe ein, daß vielleicht der Altkanzler Dr. Seipel vor einigen Jahren recht gehabt hatte, als er sagte, ja, wenn ich entpolitifizieren will, so war vielleicht diese Umpolitifizierung notwendig, diese Umpolitifizierung war vielleicht eine Stufe zu der Entpolitifizierung. Das war vor einigen Jahren. Aber heute kann doch jeder von uns überzeugt sein, daß diese Umpolitifizierung ohne Zweifel beendet werden kann und daß wir es alle miteinander von der Linken bis zur äußersten Rechten dieses Hauses ruhig beantworten können, wenn wir die Entpolitifizierung durchführen, noch dazu, wenn ich betone, daß damit dem einzelnen Soldaten, dem Offizier oder Wehrmann, nicht der mindeste Vorwurf gemacht werden soll. Schließlich und endlich weiß das ja jeder, wenn er seinen Beruf ergreift. Wir haben ja nicht ein Söldnerheer, wie es im Mittelalter war, wo die Söldner mit der Trommel zusammengetrommelt wurden, sondern wir haben heute die normale gesetzliche Werbung, es werden alle Bedingungen kundgemacht; es weiß also jeder, wenn er sich zur Wehrmacht meldet, welche Rechte und Pflichten er eingeht. Er wird also auch wissen, daß er sich verpflichtet, solange er Soldat ist, das Wahlrecht nicht auszuüben. Wem das nicht paßt, der wird eben nicht zur Wehrmacht kommen. Es ist ein derartiges Überangebot da, daß wir keine Sorge zu haben brauchen, daß wir dann etwa ein zu wenig starkes Söldnerheer erhalten werden.

Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch die der Beschneidung des Koalitionsrechtes, und ich möchte, weil wir schon einmal mißverstanden worden sind, betonen, daß wir die wirtschaftlichen Belange, die wirtschaftlichen Interessen der Soldatenschaft in keiner Weise beschneiden wollen. Wir sehen ein, daß auch der Soldat das Recht hat, sich um eine ordentliche Menage, um eine entsprechende Verpflegung, um seinen Urlaub, mit einem Wort, um seine finanziellen und wirtschaftlichen Belange zu kümmern. Das ist ganz selbstverständlich, aber das Koalitionsrecht in politischer Richtung, die Tatsache, die wir jetzt erleben müssen, daß diese Gewerkschaften alle miteinander parteipolitisch beeinflusst sind, halten wir auch für keinen Idealzustand, weil es unmöglich ist, daß die verschiedenen Parteien die wirtschaftlichen Belange der Soldaten gegeneinander hinausfüttern, um daraus politische Vorteile zu ziehen. Daher meinen wir, daß der Entzug des Wahlrechtes und eine Revision des Koalitionsrechtes ein Bestandteil, eine Voraussetzung einer wirklich reiflichen Entpolitifizierung sind. Der Minister hat das in seiner Vorlage nicht berücksichtigt, weil es im Verfassungsausschuß einen derartigen

Antrag gibt, und daher möchte ich den Appell an die verschiedenen Parteien des gesamten Parlaments richten, unseren Antrag im Verfassungsausschuß entsprechend zu würdigen und wirklich die Angelegenheit ernsthaft zu überprüfen.

Was die Parlamentskommission betrifft — es wird das vielleicht eine der umstrittensten Angelegenheiten in der ganzen Wehrgesetznovelle werden —, kann ich hier mitteilen, daß meine Fraktion und gerade ich persönlich, obwohl ich Mitglied dieser Kommission bin, seit kurzer Zeit grundsätzlich keine besonderen Freunde dieser Einrichtung sind. Ich sage das ganz offen, aber ich meine andererseits, es wird nicht ganz so sein, wie es der Herr Abg. Schuschnigg glaubt, daß wir von Haus aus sagen können, daß diese Parlamentskommission weggehört. Ich und meine Fraktion wollen diese Frage nicht herausheben und gesondert, sondern im Rahmen des Ganzen behandeln. Im Laufe der Ausschußberatungen werde ich sehen, wie sich die Behandlung der verschiedenen anderen Wünsche und Forderungen abspielen wird, so daß ich auch dann zu dieser Frage der Parlamentskommission Stellung nehmen werde.

Meine Fraktion wird die vorliegende Novelle ernsthaft überprüfen, wir behalten uns vor, die verschiedenen Abänderungsanträge zu stellen, und ich möchte nochmals am Schlusse meiner Ausführungen den Appell an das hohe Haus richten, daß wir alle miteinander vom Standpunkte des Volksganzen an die Beratung dieser Vorlage gehen. Denn ich glaube, ein wirklich entpolitisiertes Heer, eine wirklich entpolitisierte Staats- exekutive ist die Voraussetzung, daß wir Ruhe und Ordnung im Staate haben; Ruhe und Ordnung im Staate wiederum sind die Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Daher, meine ich, ist die Entpolitifizierung des Heeres eine unbedingte Staatsnotwendigkeit, und ich möchte bitten, diese Frage nicht vom Standpunkt der Parteipolitik, sondern vom Standpunkte des Volksganzen, des Staates zu behandeln, weil das Heer nicht einer einzelnen Partei gehören darf, sondern weil das Heer uns allen, dem Staate, dem Vaterlande gehört. *(Lebhafter Beifall in der Mitte.)*

**Bundesminister für Heereswesen Bangoin:** Hohes Haus! Im Einverständnis mit der Bundesregierung habe ich mir erlaubt, fünf Gesetze dem hohen Hause zur Beratung vorzulegen: die Wehrgesetznovelle vom Jahre 1931, das Heeresreform-Einführungsgesetz, die Militär-Disziplinnovelle, das Heeresbeamten-Überstellungsgesetz und das Gesetz über den Nachweis der Eignung für bestimmte Dienstzweige des Bundesheeres und der Heeresverwaltung. Von diesen Gesetzen sind vier gestern dem Ausschuß zugewiesen worden, während bezüglich der an erster Stelle Genannten, der Wehrgesetznovelle vom Jahre 1931, die erste Lesung hier im Hause verlangt wurde.

Es ist sicher, daß unter den Gesetzen, die eingebracht wurden, die Wehrgesetznovelle das wichtigste Gesetz ist

Vor allem ist es die Frage der Parlamentskommission, die von den Herren Vorrednern behandelt wurde und deren Bedeutung insbesondere vom ersten Herrn Redner, vom Herrn Dr. Deutsch, mit einigen Beispielen unterstrichen worden ist. Sehen Sie, meine Verehrten: Hier gibt es für die Regierung und kann es für die Regierung gar keinen anderen Standpunkt geben als den Standpunkt des Rechtes und des Gesetzes, und wie schon Herr Dr. Schuschnigg ausgeführt hat, ist nach meiner Überzeugung und nach der Überzeugung der Regierung, die diese Vorlage im Kabinettsrat genehmigt hat, die derzeitige Rechtslage eine solche, daß die Parlamentskommission nicht mehr der Verfassung zu entsprechen scheint. Den Beweis dieser meiner Behauptung will ich hier nicht antreten, und zwar aus folgendem Grunde: es läuft ein gerichtliches Verfahren, das der Parlamentskommissär der sozialdemokratischen Partei anhängig gemacht hat, eine Beschwerde wegen zeitweiser Sistierung der Parlamentskommission. Da diese Beschwerde dem Verwaltungsgerichtshof vorliegt, widersprecht es mir, mich in das obschwebende Verfahren einzumischen. Dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes sehe ich jedenfalls beruhigt entgegen. (*Zustimmung rechts.*)

Ich möchte hier aber einige andere Fragen aufwerfen, zum Beispiel diese Frage: Trägt die Parlamentskommission zur Entpolitisierung des Heeres bei? Diese Frage wurde ja heute auch bereits sehr eingehend behandelt. Oder: Ist die Parlamentskommission für die Förderung der Disziplin im Heere von Nutzen? Wahren auch die Parlamentskommissäre die Grenzen des ihnen zustehenden Wirkungskreises, und wie ist die Wirksamkeit der Parlamentskommission vom Standpunkt der Verwaltungsreform zu beurteilen? Diese Fragen muß man sich vorlegen, wenn man die Einrichtung der Parlamentskommission sachlich behandeln will. Ich behalte mir vor, dem Heeresausschusse, so wie ich es bereits im Ministerrat getan habe, einen Auszug aus dem Aktenverfahre der ständigen Parlamentskommission für Heeresangelegenheiten mit dem Bundesministerium für Heereswesen vorzulegen, aus dem der Ausschuss entnehmen kann, ob man diese Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten hat. Ich will heute bei der ersten Lesung davon absehen, hier Beispiele aus einer Praxis anzuführen, die nun auf zehn Jahre zurückreicht. Ich glaube, Herr Dr. Schuschnigg hat ohnehin schon einiges davon erwähnt.

Ich möchte es mir bei dieser Gelegenheit aber doch nicht versagen, eine gewisse Kritik an den Ausführungen des Herrn Dr. Deutsch zu üben. Hohes Haus! Wenn der Herr Dr. Deutsch mir gegenüber nicht so mit Superlativen gearbeitet hätte, so wäre seine Rede vielleicht etwas plausibler gewesen. Aber einem Menschen, der zehn Jahre im Heeresressort tätig ist, zu sagen, er verstehe gar nichts vom Militär (*Heiterkeit rechts*), sehen Sie, das ist ein Superlativ, und das glaubt ihm niemand. (*Zustimmung rechts.*)

Was ist da nun beanstandet worden? Vor allem ist gesagt worden, daß in Korneuburg — im vergangenen Jahre, wohl gemerkt! — ein Ehrensinalhorn geweiht wurde, bei welchem Anlaß für die Offiziere und für die Mannschaft Zubußen zur Menage im Betrage von zirka 700 S vom Bundesministerium für Heereswesen bewilligt worden seien. Die Weihe einer Ehrenstandarte oder eines Ehrensinalhorns, das von den alten Kameraden oder von den Landesregierungen den Truppen gewidmet wird, ist eine Angelegenheit, die nur einmal in der Geschichte eines Truppenkörpers vorkommt, eine dienstliche, eine feierliche Angelegenheit, bei der es wohl nicht wundernehmen kann, wenn zu den Kosten, die andere beitragen, um die Standarte oder das Ehrenzeichen zu beschaffen, auch das Bundesministerium für Heereswesen selbst eine gewiß bescheidene Gabe beisteuert. (*Zustimmung rechts.*) Ich habe — nebenbei erwähnt — an dem Festmahl in Korneuburg nicht teilgenommen, sondern bin vorher weggefahren, hätte mich aber auch nicht geniert — das sage ich offen — im Kreise der Kameraden eine Stunde zuzubringen, wenn ich die erforderliche Zeit erübrigt hätte.

Es ist weiters beanstandet worden, daß sich in Schloßhof eine eigene Meute von 16 Hunden befindet. Diese Meute wird von einer Wiener Reitergesellschaft gehalten und für Jagdzwecke verwendet. Aber da wird nicht vielleicht ein Hirsch-Galali geritten (*Heiterkeit*) — die Hirsche laufen dort nicht so herum —, sondern es werden dort alljährlich im Herbst Reiterfeste abgehalten. Und nun habe ich wirklich — das gestehe ich hier — gestattet, daß da ein kleiner Hundestall gebaut wird, nicht etwa, weil ich ein so großer Hundeliebhaber bin — bitte, ich habe Hunde auch sehr gern, sicherlich —, sondern deshalb, weil das Militär von dieser Meute Nutzen hat. In Schloßhof befindet sich nämlich das Militärreitlehrinstitut, dort werden die Reitlehrer des Bundesheeres ausgebildet, und da jene private Gesellschaft die Meute auch für die Zwecke des Bundesheeres unentgeltlich zur Verfügung stellt, so habe ich als Rebanche dafür einen kleinen Stall bauen lassen — sicherlich keine Geldausgabe, sondern eine Ersparnis. (*Dr. Deutsch: 800 S.!*) Denn wenn wir uns selbst die Hunde halten müßten, so wie es in der alten Armee in Gösding der Fall war, dann würde der Betrag der dadurch verursachten Kosten etwas mehr ausmachen als die einmalige Ausgabe, die vom Herrn Dr. Deutsch angeführt wurde. (*Dr. Deutsch: Im Ausschuss werde ich noch 20 solche Fälle anführen!*)

Aber wie ernst soll ich denn die ganze Sache nehmen, wenn hier neuerlich die Briestaubengeschichte aufgewärmt wird! Haben wir denn das nicht schon einmal gehört?

Von Herrn Dr. Deutsch ist weiters erzählt worden, daß das Infanterieregiment Nr. 2 eigens, um mir zu gratulieren, nach Wien gefahren ist. Ich habe davon nichts gewußt, ich habe es erst aus seinem Munde

gehört. Mittlerweile habe ich rasch mit dem Herr General Schiebel ein paar Worte gewechselt, und er hat mir gesagt, an Samstagen fahren die Soldaten, die im Brucker Lager sind, regelmäßig nach Wien. Am Montag wurde mir gratuliert. Ich habe nicht das ganze Regiment gesehen, ich habe nur den Oberst und eine Deputation empfangen, und am Dienstag sind die Soldaten wieder nach Bruck zurückgereist. *(Dr. Deutsch: Aber auf Staatskosten!)* Sie haben also einen Tag versäumt. Bitte, wenn das auf Staatskosten geschehen ist, dann werde ich die Angelegenheit untersuchen lassen. Ich würde es nicht billigen, wenn aus Staatsmitteln, nur um mir zu gratulieren, auch nur ein Groschen ausgegeben wird. *(Ruf rechts zu Dr. Deutsch: Ihnen werden sie nicht gratulieren! — Heiterkeit. — Gegenrufe Dr. Deutsch.)* Wenn der Herr Abg. Dr. Deutsch heute noch einige Wünsche und Wänderungsanträge zu den Regierungsvorlagen in Aussicht gestellt hat, wie etwa das Verlangen, daß in Zukunft das Los über die Aufnahme der Rekruten werde entscheiden müssen, so muß ich schon jetzt erklären, daß ich damit nicht einverstanden bin. Das Los hat auch nicht entschieden zu jener Zeit, als Herr Dr. Deutsch Staatssekretär war. *(Heiterkeit und lebhafter, anhaltender Beifall rechts. — Zwischenrufe Dr. Deutsch.)* Ich möchte für mich nicht weniger Rechte in Anspruch nehmen, als er für sich in Anspruch genommen hat. *(Erneute Heiterkeit rechts und andauerndes Händeklatschen.)* Das Los kann nur dann entscheiden, wenn in einem Staate eine Militärpflicht besteht und die Ziehung einer hohen Nummer zu einer kürzeren Dienstzeit verpflichten soll, wie es etwa in der alten Monarchie der Fall gewesen ist. Aber dort, wo es sich um die Aufnahme in ein durchaus freiwilliges Dienstverhältnis handelt, dort muß doch den Behörden das Recht zustehen, sich die Leute auszusuchen. Ich möchte sehen, wo im öffentlichen Dienste, etwa dort, wo Sie dreinzureden haben, meine Herren, das Los über die Aufnahme entscheidet. *(Lebhafter Beifall rechts. — Ruf: Zum Beispiel bei der Gemeindegewache! — Forstner: So kann ein Parteimann reden, aber nicht ein Minister!)* So? Der darf sich nicht wehren? Das ist vielleicht Ihre Meinung, Herr Forstner, meine ist eine andere. Ich werde mich gegen Angriffe zu verteidigen wissen, davon können Sie überzeugt sein!

**Präsident:** Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen, der Herr Minister hat das Wort! *(Ruf links: Ein Los brauchen sie nicht, aber einen Beichtzettel!)*

**Bundesminister für Heereswesen Baugoin:** Die Lotterie werden wir nicht einführen.

Nun hat der Herr Abg. Dr. Deutsch auch erwähnt, daß die Erledigung der Bewerbungsgesuche durch das Heeresministerium bei Vergebung von freien Stellen im Zivilbundesdienst parteiisch erfolge und daß nur Christlichsoziale angestellt werden. Ich möchte dazu nur feststellen, daß das Heeresministerium nicht die anstellende Behörde ist und alle Bewerbungsgesuche,

selbstverständlich auch die von Sozialdemokraten, an die anstellende Stelle weitergibt, die dann die Auswahl unter den Bewerbern zu treffen hat. In diesem Zusammenhang wurde auch behauptet, daß nicht einmal Parteiangehörige der Großdeutschen oder des Landbundes Anstellungen bekämen. Ich habe hier vor mir eine Zeitung, die „Döb“, eben dieselbe „Döb“, die Sie zitiert haben, und in dieser Zeitung steht, daß von den rund 1000 Mitgliedern der Deutschen Soldatengewerkschaft 122 weiterverpflichtet und 105 in gute Zivilberufe übergeleitet wurden. *(Hört!-Hört!-Rufe rechts.)* Das sind mehr als 20 Prozent der Deutschen Soldatengewerkschaft, und da sagt man, daß keine Großdeutschen angestellt werden.

Dann ist natürlich wieder, wie immer in den vergangenen Jahren, über die Tradition gesprochen worden. Dabei hat aber Herr Dr. Deutsch etwas gesagt, was ich schon oft widerlegt habe: daß ich die Tradition tschechischer, slowakischer, ungarischer und anderer Regimenter heute noch fortpflanzen lasse. Das ist unrichtig, Herr Dr. Deutsch, aber ganz unrichtig! Jeder Truppenkörper des Bundesheeres hat nur die Erinnerung an ein dem heutigen Österreich entstammendes Regiment der alten Armee zu pflegen. Ja, meine Herren, wäre es denn nicht unerhört, wenn ein Heeresminister sich auf den Standpunkt stellen würde: Mich geht die Geschichte der altösterreichischen Armee gar nichts an, sie beginnt für mich erst im Jahre 1918, und all das, was früher war, existiert für mich nicht? Nein, meine Herren, ich erinnere mich an die oft und oft wiederholten Opfer und Heldentaten unserer braven Vorfahrensregimenter. *(Lebhafter Beifall rechts.)* Ich will und muß mich erinnern an die Hesser, an die Deutschmeister, an die Riebenhüller, an die Kaiserjäger und wie alle diese herrlichen, braven Regimenter heißen. An ihnen sollen sich die heute dienenden Soldaten ein Beispiel nehmen, und darum pflege ich die Erinnerung an diese alten, ausgezeichneten österreichischen Regimenter! *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. — Zwischenrufe Dr. Deutsch.)*

Nun hat Herr Staatssekretär Dr. Deutsch auch vorgebracht, meine Tradition sei die Soldatenmißhandlung. Meine verehrten Herren, es kann wohl gar niemanden geben, der so energisch und ohne Rücksicht ausnahmslos gegen jedermann vorgeht, der wehrlose Soldaten nicht nach der Dienstvorschrift behandelt. Kein Vorgesetzter welcher Charge immer wird bei mir irgendeinen Rückhalt finden, wenn er in dieser Beziehung seine Pflicht versäumt. *(Beifall rechts.)* Nun wurde aber ein Fall bei der Telegraphenkompagnie 4 in Linz angeführt und behauptet, erst die Parlamentskommission habe durch ihre Untersuchung das Ministerium gezwungen, dagegen einzuschreiten; die Parlamentskommission sei in dieser Angelegenheit vorgegangen. Das ist ebenso falsch, Herr Dr. Deutsch, wie Ihre früheren Behauptungen. *(Dr. Deutsch: Das ist ganz richtig! Sie sind wieder einmal schlecht*

informiert!) Nicht schlecht informiert, nein, im Gegenteil! Wir wollen jetzt Sie gut informieren, Herr Doktor! Die erste Meldung an das Bundesministerium datiert vom 16. Februar 1931, Zahl 7046, die zweite Meldung vom 24. Februar 1931, Zahl 8185. In dieser zweiten Meldung hat das Brigadeforommando bereits mitgeteilt, daß die Strafanzeige an den Staatsanwalt erstattet worden ist (*Hört! Hört! rechts*), also daß das geschehen ist, was das Reglement und meine Weisungen vorschreiben. Am 13. März meldet das 4. Brigadeforommando unter Zahl 10.864, daß die gerichtliche Voruntersuchung bereits eingeleitet worden ist, und erst am 8. April langte unter P. R. Z. 176 von der Parlamentskommission die Mitteilung ein, daß sie nach Linz fährt, um eine Soldatenmißhandlung zu untersuchen. (*Lebhafte Heiterkeit rechts*. — *Zwischenrufe links*. — *Dr. Deutsch: Das ist eine Verdrehung!*) Nein, das ist gar keine Verdrehung — Sie verdrehen! (*Fortgesetzte Zwischenrufe Dr. Deutsch.*) Sie werden mir nicht mit Ihrem Geschrei imponieren!

Sie sehen also, daß die Parlamentskommission erst aus den Akten des Bundesministeriums für Heereswesen, das bereits seine Pflicht voll und ganz erfüllt hat, nachträglich Kenntnis von dieser Soldatenmißhandlung erlangt hat. (*Dr. Deutsch: Das Gegenteil hat sich gezeigt!*)

Nun, meine verehrten Herren, es wurde mir auch vorgeworfen, daß nunmehr Unteroffiziere „lebenslänglich“ angestellt werden sollen, wie der Herr Dr. Deutsch sich so schön ausdrückte. Ich hoffe, daß diesen Unteroffizieren ein längeres Leben beschieden sein wird, als ihre Dienstzeit nach dem Gesetz dauern soll. (*Heiterkeit rechts*.) Sie werden pragmatifiziert werden, Herr Dr. Deutsch, genau so pragmatifiziert, wie Sie die länger dienenden Unteroffiziere nach dem Zusammenbruch, als Sie Staatssekretär waren, pragmatifiziert haben. Die Zahl dieser Berufsunteroffiziere ist zusammengeschmolzen von einer Zahl vormals 2000 auf etwa 800 Mann. Daß nun wieder einige hundert tüchtige, brave Unteroffiziere pragmatifiziert werden sollen, das kann ich wirklich nicht als ein „Politikum ersten Ranges“ betrachten.

Es ist heute wieder gesagt worden, daß der Kommandoapparat — wohlgerneht der Kommandoapparat! — 10.000 Mann umfasse, während die Wehrleute ohne Chargen gerade nur 12.500 ausmachen. Mit diesen Zahlen können Sie keine Verwirrung stiften. Nein, es handelt sich dabei um die Zahl der Feuegewehre. Wenn Sie jeden Gefreiten, jeden Korporal und auch jeden Zugführer, jeden, der ein Gewehr trägt, als zum Kommandoapparat gehörig betrachten, wenn Sie ferner die Amtsdienner im Ministerium und bei den Brigadeforommandos als Angehörigen des Kommandoapparates bezeichnen, dann bekommen Sie wohl so ein Verhältnis heraus. Aber bei solchen Berechnungen kann ich nicht mitun. Dann wurde vor allem wieder

aufmerksam gemacht ... (*Dr. Deutsch: 12.000 Soldaten und 10.000 Kommandierende! — Gegenrufe rechts*. — *Dr. Deutsch: Er bestätigt ja alles, er kann es ja nicht leugnen!*) Das sind die Gefreiten und Amtsdienner. (*Fortgesetzte Zwischenrufe Doktor Deutsch.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Nur der Redner hat das Wort, ich bitte, keine Zwiegespräche zu halten!

Bundesminister für Heereswesen **Vaugoin**: Der Herr Dr. Deutsch war auch so liebenswürdig, neuerlich, wie bereits mehrmals, aufmerksam zu machen, daß ihm die Budgetkosten für das Heer zu hoch sind, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Er hat sogar den Herrn Ersparungskommissär auf das Heeresministerium besonders aufmerksam gemacht, nur seien ihm dort von mir die Türen verschlossen worden. Nein, nein! Das ist nicht richtig! Auch ich habe mich den allgemeinen Sparmaßnahmen bei den einzelnen Ministerien angeschlossen, ja, ich habe vielleicht die größten Opfer gebracht, denn aus meinem Budget sind 43 Millionen Schilling gebunden worden. Ich glaube, daß das wirklich bei der niedrigen Budgetziffer für das Heereswesen eine große Summe bedeutet. Muß ich noch darauf hinweisen, daß andere Staaten 22 Prozent, 30 Prozent und über 30 Prozent der gesamten Budgetausgaben für das Heereswesen ausgeben, während Österreich nur 4,7 Prozent der gesamten Ausgaben hierfür zur Verfügung stellt? (*Zwischenrufe links*.) Nein, ich glaube nicht, daß diese Angelegenheit eine solche ist, die man leichtweg behandeln kann. (*Lebhafte Zwischenrufe links*. — *Gegenrufe rechts*.)

**Präsident**: Aber, ich bitte, Zwiegespräche, wenn sie noch so freundlich gehalten werden, hemmen die Verhandlung. (*Lebhafte Heiterkeit*.) Das Wort hat der Minister ganz allein.

Bundesminister für Heereswesen **Vaugoin**: Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Deutsch war zum Schlusse seiner Ausführungen so nett und hat die Wehrmacht wieder eine Spielerei des Herrn Vaugoin genannt. Er hat gemeint, für diese Spielerei solle man kein Geld ausgeben. Ich bin anderer Meinung als Sie, Herr Dr. Deutsch, die Wehrmacht ist kein Spielzeug! Sie ist eine sehr ernste Sache, die wiederholt gezeigt hat, daß sie nicht mit sich spielen läßt, sie hat aber auch diesem Staate durch die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung schon oft und oft unschätzbare Dienste erwiesen. (*Lebhafter Beifall rechts*.) Wenn Sie die Wehrmacht abbauen wollen, dann geben Sie die Sicherheit der Grenzen auf, dann geben Sie aber auch die Ruhe und Ordnung und die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Staate für alle Zeiten auf. (*Lebhafte Zwischenrufe links*. — *Forstner: Geben nur Sie Ruhe! Nur Sie geben keine Ruhe!*) Natürlich! Ich gebe keine Ruhe. Ich habe am 15. Juli 1927 den Justizpalast angezündet. Selbstverständlich, ich bin der Schuldige! (*Lebhafte Zwischenrufe links*.)

Und nun, hohes Haus, möchte ich noch ... (*Anhaltende, lärmende Zwischenrufe links.*)

**Präsident** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! (*Anhaltende, lärmende Zwischenrufe links und Gegenrufe rechts.*) Ich bitte um Ruhe! (*Fortgesetzte, lärmende Zwischenrufe links. — Forstner: Der Minister gibt lauter Schmonzes von sich!*)

Bundesminister für Heereswesen **Baugoin**: Das überlasse ich Ihnen; das machen Sie schon besser!

Jetzt möchte ich mich noch kurz den Ausführungen der Herren Abg. Foppa und Dewath zuwenden. Die beiden Herren haben hauptsächlich die Entpolitifizierung des Bundesheeres betrieben. Ich möchte darauf aufmerksam machen, was auch in der Begründung der Wehrgezetvorlage hervorgehoben wird, daß der Antrag der Herren Dewath und Foppa ja im Verfassungsausschuß liegt und daß es Sache des Heeresausschusses ist, bei der Beratung aller dieser Vorlagen zu verlangen, daß ihm auch dieser Antrag überwiesen wird; er kann ihn dann bei der Behandlung der Regierungsvorlagen gleichzeitig in Beratung ziehen.

Hohes Haus! Ich glaube, daß ich hiemit alle An gelegenheiten berührt habe, die meine geehrten Herren Vorredner hier vorgebracht haben. Ich will zum Schluß nur noch eine Bitte an das Haus richten: Es mögen alle Herren Abgeordneten so gütig sein, diesen wichtigen, für die Entwicklung des Heeres so bedeutungsvollen Vorlagen ernste Beachtung zu schenken und sie einer raschen Erledigung zuzuführen. (*Lebhafter, anhaltender Beifall rechts.*)

**Falle**: Hohes Haus! Der Herr Bundesminister hat sich sehr damit gebrüstet, daß im Bundesheer die Tradition des kaiserlichen Heeres gepflegt wird. Er hat das kaiserliche Heer sehr gerühmt und hat gesagt, er sei stolz darauf, daß auch im Heere der Republik die Tradition des kaiserlichen Heeres gepflegt werde. Es ist das gute Recht des Herrn Ministers, die Tradition des alten Heeres zu pflegen, aber wir meinen, daß es auch sein Recht wäre, die Tradition des Heeres, das die Republik bisher hatte, zu pflegen. (*Lachen und Zwischenrufe rechts.*) Während der Herr Bundesminister die Tradition des kaiserlichen Heeres pflegt, kommt der Herr Abg. Dr. Schuschnigg herauf und beschimpft die Männer, die in der Zeit nach dem Kriege die südlichen Grenzen unserer Republik verteidigt haben. (*Lebhafte Zustimmung links. — Widerspruch rechts.*)

**Präsident Dr. Ramek** (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte, den Herrn Redner sprechen zu lassen!

**Falle**: Es wäre durchaus in der Kompetenz des Herrn Bundesministers gelegen gewesen, wenn er diese Beschimpfung braver Männer zurückgewiesen hätte. (*Lebhafter Beifall links.*) Er hat aber kein Wort der Verteidigung der Freiheitskämpfer in Kärnten gefunden. Dagegen hat er das kaiserliche Heer gerühmt

und sich damit gebrüstet, daß auch in seinem Parteicheer die Tradition des kaiserlichen Heeres gepflegt werde.

Hohes Haus! Der Herr Abg. Dr. Schuschnigg hat behauptet, daß in den Kämpfen um die Einheit Kärntens in erster Linie die freiwilligen Formationen gekämpft haben, die Volkswehr sei nur eine Hilfsgruppe der freiwilligen Formationen gewesen, und er hat ferner behauptet, daß das Villacher Volkswehrbataillon in den Kämpfen versagt hätte. Ich stelle fest, daß der Hauptträger des Kärntner Kampfes die Volkswehr war (*Gelächter auf der äußersten Rechten*) und daß die freiwilligen Formationen nur eine Hilfsgruppe der Volkswehr waren. (*Neustädter-Stürmer: Waren Sie dabei? — Alois Bauer: Ja, der war dabei, da haben Sie geschlafen, Herr Stürmer! — Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Niemand anderer als der Landesbefehlshaber in den Kärntner Abwehrkämpfen, General Fülgerth, hat in einer öffentlichen Versammlung am 5. Mai 1929 in Völkermarkt erklärt, daß der Hauptträger des Kärntner Kampfes die Volkswehr war. (*Hört! Hört! links.*) Und wenn Sie lachen, wenn man so etwas behauptet, dann ist das keine Ehre für Sie.

**Präsident Dr. Ramek**: Herr Redner, Sie dürfen nicht beleidigen.

**Falle**: Ich habe niemanden beleidigt. (*Zahlreiche Zwischenrufe.*)

**Präsident Dr. Ramek**: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

**Falle**: Der Herr Abg. Schuschnigg hat behauptet, daß die Villacher Volkswehr in den Kämpfen versagt habe. Ich weiß, worauf sich diese Behauptung stützt. Der Oberst Saniger hat im „Kärntner Tagblatt“, in der Zeitung des Herrn Abg. Paulitsch, anlässlich der Zehnjahrfeier der Kärntner Volksabstimmung einen Artikel geschrieben, der die Behauptung enthielt, daß das Villacher Volkswehrbataillon bei den Kämpfen um den Rosenbacher Tunnel einmal versagt habe, und die Information des Herrn Abg. Schuschnigg stammt sicherlich vom Herrn Abg. Paulitsch (*Dr. Schuschnigg: Nein, ich habe gar nicht mit ihm gesprochen!*), stammt sicher von dem Artikel, der im „Kärntner Tagblatt“ gestanden war. Ich war ja damals in Villach, ich war selbst Mitglied des Arbeiterbataillons, das auch eingegriffen hat bei den Kämpfen um den Rosenbacher Tunnel, und ich kenne die Geschichte dieses Kampfes. (*Zahlreiche, lebhafte Zwischenrufe links und Gegenrufe rechts.*)

**Präsident Dr. Ramek**: Ich bitte jetzt, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. (*Fortgesetzte Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe!

**Falle** (fortsetzend): Geehrte Männer und Frauen! Damals, als die Kämpfe um den Rosenbacher Tunnel waren, begab sich das Villacher Volkswehrbataillon, das schon vorher zu kämpfen hatte, schon damals, als die Jugoslawen aus Arnoldstein hinausgeworfen und

durch das Rosental getrieben worden waren, in die Ortschaft Ledenitzen. Dort sollte sich das Bataillon sammeln und dann an dem Kampf um den Rosenbacher Tunnel teilnehmen. Der Kommandant dieser ersten Abteilung, die nach Ledenitzen gekommen war, eben dieser Oberst Saniger, wollte einen Angriff auf die Höhe, die sich oberhalb des Rosenbacher Tunnels befindet, schon mit den ersten Abteilungen unternehmen. Die Soldatenräte haben ihn darauf aufmerksam gemacht, daß noch zu wenig Munition da sei, daß die Abteilungen, die damals in Ledenitzen waren, zu schwach seien und daß man warten solle, bis das Bataillon da sei und bis der allgemeine Angriff beginne. Auf Einspruch der Soldatenräte ist dann der Angriff an diesem Tage unterblieben. Aber am nächsten Tage hat das Volkswheerbataillon den Angriff mitgemacht, und es hatte auch die schwersten Verluste bei diesen Kämpfen. (*Hört!-Hört!- und lebhafte Rufe links. — Gegenrufe rechts.*)

Präsident Dr. **Straßner** (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte um Ruhe für den Redner.

**Falle** (fortsetzend): Ich stelle fest: die Kämpfe um den Rosenbacher Tunnel waren eine entscheidende Handlung innerhalb der Kämpfe, die sechs Monate gedauert haben, sie waren vielleicht die entscheidendste militärische Handlung. Ich stelle fest, daß eine Abteilung des Villacher Volkswheerbataillons den Rosenbacher Tunnel erstürmt hat und daß der Kommandant jenes Zuges, der zuerst in den Tunnel eingedrungen ist, der heutige Obmann des Republikanischen Schutzbundes von Kärnten war. (*Lebhafter Beifall links.*) Und da kommen Sie her und stellen die Volkswehr als eine Bande von Leuten hin, die geplündert, Unordnung hervorgerufen und die in den Kämpfen versagt hat. (*Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Nicht nur das vom Herrn Abg. Dr. Schuschnigg verleumdete Volkswheerbataillon hat sich an den Kämpfen hervorragend beteiligt, sondern es ist, wie ich schon vorher mitgeteilt habe, auch das Villacher Arbeiterbataillon gerade damals nach Rosenbach abgegangen und hat das Volkswheerbataillon abgelöst. Auch die Arbeiter haben in einem eigenen Bataillon der bedrängten Volkswehr Hilfe geleistet und haben mitgeholfen, das Land zu verteidigen.

Wenn Sie den hervorragenden Anteil der Volkswehr an den Befreiungskämpfen Kärntens bestreiten wollen, dann gehen Sie nach Klagenfurt und schauen Sie sich die Tafel der Gefallenen im Wappensaal des Landhauses in Klagenfurt an. (*Dr. Schuschnigg: Das Klagenfurter Bataillon habe ich eigens angenommen!*) Da werden Sie finden, daß mehr als die Hälfte der in den Kärntner Kämpfen Gefallenen Angehörige der Volkswehr waren. (*Dr. Schuschnigg: Heimkehrer waren es! — Lebhaftes Zwischenrufen links.*) Ich möchte das hohe Haus auf die Lage auf-

merksam machen, in der damals diese Kämpfe geführt werden mußten. Die Herren vergessen, wenn sie über die Volkswehr reden, nur zu gerne, welche Zeiten damals waren; daß es sich um Menschen gehandelt hat, die vier Jahre draußen geblutet haben, die voll Empörung nach Hause gekommen sind und zu Hause nichts als Hunger gefunden haben, die erbittert und empört waren über die ungeheuren Erlebnisse des Krieges. Daß diese Männer, die so Furchtbares erlebt haben, dann noch ihr Leben hergegeben haben für die Freiheit unseres Landes, das wird immer ein Ehrenblatt in der Geschichte unserer Republik sein, und wir protestieren mit aller Energie und mit Empörung gegen den Vorwurf, daß die Volkswehr bei den Kärntner Kämpfen versagt habe. Ich glaube, wir alle sind den Männern, die damals ihr Bestes für unser Land hergegeben haben, Dank schuldig. (*Lebhafter, anhaltender Beifall links.*)

Damit ist die erste Lesung beendet.

Die Regierungsvorlage B. 111 wird dem Ausschuß für Heereswesen zugewiesen.

Es gelangt nunmehr die zu Beginn der Sitzung verlesene dringliche Anfrage zur Verhandlung.

**Stein:** Hohes Haus! Es macht uns durchaus kein besonderes Vergnügen, Ihre Aufmerksamkeit wieder einmal für die im Bereich der Alpinen Montangesellschaft geübten Praktiken in Anspruch zu nehmen. Aber der Anlaß, der unserer heutigen dringlichen Anfrage zugrunde liegt, ist ein derartiger, daß wir alle zusammen uns einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen würden, wollten wir nicht vor aller Öffentlichkeit aufzeigen, was sich da unten in dem Wetterwinkel der sozialen Kämpfe Österreichs wieder abspielt.

Der Anlaß, der zu der Einbringung dieser Anfrage geführt hat, ist ein Ereignis, von dem man wohl sagen kann, es sei ein Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit, es sei ein Schlag in unser aller Gesicht. Es zeigt die Tatsache, um die es sich hier handelt, welche Gefahren von der Alpinen Montangesellschaft aus unserer Demokratie, dem Rechtsbewußtsein des Volkes drohen, und daß wir daher die Pflicht haben, diesem bedrohten Rechtsbewußtsein zu Hilfe zu eilen. Ich habe die Aufgabe, nicht Hilfe für unsere Bewegung, für unsere Partei oder für unsere Gewerkschaft anzusprechen, ich habe die Aufgabe, im Namen meiner Freunde die Regierung aufzurufen, daß sie dem bedrohten Rechte zum Durchbruch ver helfe.

Was ist geschehen? Am 12. Mai sollen in Donauwörth Betriebsratswahlen sein, Betriebsratswahlen, die erzwungen sind durch eine Entscheidung des Einigungsamtes Leoben, das die letztvollzogene Betriebsratswahl als gesetzwidrig aufgehoben hat. Die Aufhebung der Wahl erfolgte deshalb, weil der Wahlvorstand den eingebrachten Wahlvorschlag der freien Gewerkschaft mit der Begründung zurückgewiesen hat, daß einer

der Fertiger des Wahlvorschlages unterdessen entlassen worden sei und der Wahlvorschlag daher nicht die notwendige Zahl von 30 Unterschriften aufweise. Das Einigungsamt Leoben hat also gefunden, daß dieser ganze Wahlgang ungesetzlich ist. Nun wurden Neuwahlen ausgeschrieben, und aus lauter Respekt vor der Majestät des Rechtes, aus lauter Respekt vor der Entscheidung des Einigungsamtes geht die Alpine Montangesellschaft her und entläßt zuerst 15 und dann 4 weitere Männer, welche diesen Wahlvorschlag unterschrieben hatten und welche bereit waren, auch den neuen Wahlvorschlag der freien Gewerkschaft zu unterschreiben. Die Alpine Montangesellschaft hat durch diese ihre Leistung zugestanden, daß es ihren Wünschen, ihren Bestrebungen entspricht, daß die Minderheit, daß die freie Gewerkschaft keine Vertretung im Betriebsrat erreiche.

Verehrte Herren! In der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus bildet der Kampf gegen die galizischen Wahlen ein sehr interessantes und beachtenswertes Kapitel. Man war jahrzehntelang bemüht, diese Art von Wahlen in Österreich auszumerzen, und wir waren alle glücklich, als wir sahen, daß diese Methoden der Vergangenheit angehören. Hier im Bereiche der Alpinen Montangesellschaft feiert die galizische Wahlmethode Urständ. Die Alpine Montangesellschaft entläßt einfach die Leute, welche den Mut haben, ihre Gesinnung kundzutun und welche eine vom Gesetz gewünschte und eingeräumte Möglichkeit der Vertretung der Minderheit anstreben, aus ihrem Dienst. Die schäbigen Ausbeuter hätten vor dem Mut und vor der Gesinnungstreue dieser 19 Männer, über die ich gleich einiges zu sagen haben werde, Respekt. Sie müssen sich vorstellen, verehrte Frauen und Herren, daß die Unterschreibung eines Wahlvorschlages in der Alpinen Montangesellschaft ein waghalsiges Stückchen ist. Man opfert sich tatsächlich, man opfert sich aufs Messer, man geht schweren Gefahren entgegen. Das betrifft nicht bloß die freien, die sozialistischen Gewerkschafter, das betrifft ebenso jede andere Minderheit mit Ausnahme der von der Alpinen Montangesellschaft als Instrument gegen die Arbeiterklasse benutzten Gruppe. So haben die Arbeiter tatsächlich ein Geldstück vollbracht, als sie unterschrieben haben, und der Dank, der sonst in wirklicher Respektierung bei anderen Unternehmern bestünde, den sehen wir bei der Alpinen in einer sonderbaren Art. Die Alpine glaubt, daß sie durch die freiwillige Ausschaltung ihrer selbst aus den Reihen rechtsschaffener Menschen und Gesellschaften einen Preis zahlt, der nicht zu hoch ist, wenn sie damit eine erhöhte Ausbeutungsmöglichkeit ihrer Arbeiter erreicht. Es ist eine schäbige Manier, die hier praktiziert wurde, und ich klage vor aller Welt die leitenden Funktionäre der Alpinen Montangesellschaft an, daß sie sich in einer Form benehmen, wie es vielleicht in den Zeiten des Faustrechtes Arbeitern gegenüber zulässig gewesen

wäre. Diese 19 Männer würden es wohl verdienen, daß man ihnen Achtung zollt, und ich erfülle nur eine selbstverständliche Pflicht, wenn ich im Namen meiner Parteifreunde von hier aus diesen 19 braven Männern unseren Dank und unseren Gruß entbiete und ihnen sage, daß wir ihre große Tat vollauf zu würdigen wissen. *(Beifall links.)*

Unter den Entlassenen sind auch Kandidaten für den Betriebsrat. Denken Sie sich doch die Konsequenzen auf die politischen Wahlen aus, wenn sich ein privater Unternehmer das Recht herausnehmen wollte oder könnte, jemanden, der sich um die Gunst der Wähler, um ein Mandat bewirbt, nur deshalb hinauszuerwerfen, weil er einer anderen Partei angehört oder weil er sich überhaupt politisch betätigen will! Auch über solche Dinge hatte das alte österreichische Parlament öfters ein Urteil zu sprechen, und ich erinnere mich, welches Aussehen es erregt hat, als man in einem solchen Falle gegen Wahlwerber vorging.

Man hat einen Menschen entlassen, der im Dienste der Alpinen Montangesellschaft 30 Dienstjahre zurückgelegt hat, einen Mann, der 58 Jahre alt ist, den man als einen tüchtigen Arbeiter bezeichnet und sonst immer bevorzugt hat. Man hat ihn entlassen, weil er den Mut gehabt hat, den Wahlvorschlag zu unterschreiben. Man hat weiters einen Maschinisten nach 22jähriger Dienstzeit entlassen, man hat schließlich einen Menschen hinausgeworfen, der Vorarbeiter war, dessen fachliche Qualitäten man einige Male lobend hervorgehoben hatte und an dem man nichts auszusagen wußte als nur eben die Tatsache, daß er den freigewerkschaftlichen Wahlvorschlag unterschrieben hat.

Gegen solche Manieren müßten wir uns schon aus allgemein rechtlichen Gründen wenden. Wir müssen uns aber besonders dagegen wenden, wenn wir die Ursachen, die Triebkräfte dieser Maßnahmen der Alpinen Montangesellschaft untersuchen. Was wünschen denn die Herren? Was glauben sie bezwecken zu können? Diese Manieren eines Dr. Bussion und seiner Untertänigkeits sind ein Schlag in das Gesicht jedes rechtlich denkenden Menschen. So wird es nicht gelingen, die Aufmerksamkeit der Aktionäre von der Tatsache abzulenken, daß dort keine Dividende bezahlt wird, daß die Rentabilität immer mehr einschrumpft, weil der Leitungsapparat — ich berufe mich hier auf die Zeugnishaft eines Grazer bürgerlichen Blattes — von einer so aufreizenden unerhörten Höhe ist, daß jede Rentabilität unmöglich wird. So wird man die Aufmerksamkeit der Aktionäre nicht ablenken. Oder glaubt man, daß man auf diese Art erreichen kann, daß diese brutalen Methoden der Ausbeutung, daß diese Rechtsverweigerung den Arbeitern gegenüber zu legitimen Ausbeutungsmethoden in Österreich werden sollen? Glaubt die Alpine, sie werde hier Schule machen? Da möchten wir doch darauf aufmerksam machen, daß das, was hier angewendet wird, eine sehr merkwürdige Methode der Betriebsführung ist. Wir haben schon

von Rousseau gelernt, welche Wirkung Gewalt hervorruft. Sie schafft Heuchler oder Rebellen. Wünschen die Herren die Rebellion gegen das Unrecht zu haben, dann sind sie auf dem besten Wege. Die Herren sind nicht imstande, sich in die Gesetze eines geordneten Zusammenlebens im Staate einzufügen. Das ist eine antisoziale Tat. Wer das nicht einzusehen vermag, sei es aus Bosheit, wie es bei Herrn Dr. Bussion und seinen Unterläufern der Fall ist (*Zustimmung links*), sei es aus Unfähigkeit, ein solcher Mann vergeht sich gegen die Gesetze und gegen das Recht und muß unter Umständen isoliert oder sonstwie eingesperrt und unschädlich gemacht werden. Soll das Faustrecht Heimatrecht in den sozialen Auseinandersetzungen finden, dann dürfen die Herren nicht staunen, wenn auch die Arbeiter diese Methoden anwenden sollten. Soll an die Stelle der von den Letztern des Gesetzes, von den Auffassungen aller Völker geheiligten und weit edleren Methoden der gewerkschaftlichen Gewalttätigkeit treten, verehrte Herren, das ist, wir können Sie versichern, billiger zu haben, als Sie glauben. Wenn Sie auf einem so heißen Boden, wie es Donawitz ist, glauben, Gewaltmethoden in Empfehlung bringen zu können, so vergehen Sie sich neuerdings in schwerster Art.

Aber die Frage, die uns zu beschäftigen hat, ist eine andere. Sie haben im vorigen Jahr ein Gesetz zum Schutze der Freiheit, der Arbeit, zum Schutze der Gesinnung der Arbeiterschaft geschaffen. Darf ich Ihnen die Frage vorlegen: Haben Sie dieses Gesetz nur gegen die Arbeiter geschaffen oder hat es auch für die Unternehmer zu gelten? Hat dieses Gesetz allgemein Geltung oder sind die Arbeiter nur Bürger minderen Rechtes in diesem Staate? Wozu haben Sie das Antiterrorgesetz geschaffen? Damit in Donawitz Kundmachungen ausgehängt werden können, in denen es heißt, daß wohl Heimatschützer wieder Arbeit bekommen, wenn sie dem Heimatschutz und der Unpolitischen Gewerkschaft treu bleiben? Oder eine andere Kundmachung, in der offen erklärt wird, daß sich zur Wiederaufnahme der Arbeit nur Heimatschützer melden sollen? Sollen die Arbeiter nicht irre werden an diesem Staate und an seiner Rechtspflege nicht verzweifeln, dann sind wir berechtigt, von der Regierung zu erwarten, daß sie dem Rechte zum Durchbruch ver helfe. Haben wir nicht zu erwarten, daß sie zum Rechten sieht, dann wiederholen wir Ihnen, nicht unsererthalben, sondern des Staates wegen, der ganzen Rechtsicherheit wegen: Haben Sie doch den Mut, versuchen Sie doch, die Alpine dazu zu zwingen, daß sie das Gesetz und die gerichtlichen Entscheidungen respektiert. Das ist doch eine Gesellschaft, die von diesem Staate lebt und zehrt, eine Gesellschaft, die durch offene und versteckte Subventionen das Geld, das Wohlwollen des Staates braucht und die dann hergeht und dem Rechtswesen und dem ganzen Rechtsleben einen solchen Schlag versetzt. Für die Unternehmer gilt also das Gesetz nicht. Die Arbeiter sind in Donawitz schutzlos der Willkür

der Handlanger der brutalsten Ausbeutung preisgegeben. Dann muß man auch den Mut haben, dies den Arbeitern bekanntzugeben, und dann werden nicht bloß die Arbeiter von Donawitz, sondern dann wird die gesamte Arbeiterklasse des Landes Ihnen die Schicksalsfrage vorlegen, ob sie jetzt gezwungen werden soll, für ihre primitivsten Rechte, nicht für ihre primitivsten Rechte allein, für die Grundlagen des Rechtslebens in einem geordneten Staate zu kämpfen. Da steht mehr auf dem Spiele, als wir im ersten Augenblick annehmen wollen und glauben können. Nicht bloß die 19 Entlassenen sind eine Anklage. Die Alpine Montangesellschaft liebt es, ihren sozialen Krieg gegen aufrechte Arbeiter auf Kosten des Arbeitslosenfonds zu führen. Sie wirft die Leute mit der Absicht und im Bewußtsein hinaus, daß der Staat für sie sorgen müsse, wenn sie noch mehr Opfer schafft und die Struktur der Arbeiterschaft sehr zum Schaden der Industrie ändert.

Wir fragen daher die Regierung: Hat sie die Absicht, das Gesetz ganz gleich gegen die Alpine wie gegen die Arbeiter zu praktizieren? Hat die Regierung, hat vor allem der Herr Bundeskanzler, der der Verwalter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ist, die Absicht und die Kraft, auch der Alpinen das Bewußtsein beizubringen, daß die Gesetze auch für sie gelten? Hat die Regierung diese Kraft oder Absicht nicht, überläßt sie es den Arbeitern, sich aus eigener Kraft Recht zu schaffen, uns mag es recht sein. Wir haben unsere Pflicht getan, wir haben darauf aufmerksam gemacht, was geschehen kann, wir warnen: *Ne quid detrimenti res publica capiat!* Es steht mehr auf dem Spiele, als es im ersten Augenblick aussieht. Wir warnen, wir rufen auf. Die Arbeiter warten auf eine vernünftige Lösung dieser Frage und mit der Arbeiterschaft die gesamte rechtlich denkende Bevölkerung. (*Lebhafter Beifall links.*)

Bundesminister für Justiz Dr. **Schürff**: In Beantwortung der dringlichen Anfrage der Herren Abg. Viktor Stein, Janacek, Hartmann u. Gen. an die Bundesregierung, betr. den Schutz der Gesinnungsfreiheit der Arbeiterschaft im Donawitzer Hüttenwerk, erwidere ich im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler als derzeitigen Leiter des Bundesministeriums für soziale Verwaltung folgendes:

In dieser Anfrage wird behauptet, daß die Werkdirektion Donawitz der Alpinen Montangesellschaft Arbeiter deshalb entlassen habe, weil sie den Wahlvorschlag der freien Gewerkschaft unterzeichnet hatten; ferner, daß sie die Arbeiterschaft durch diese Entlassungen in Verbindung mit einer Kundmachung, in der die Aufnahme in die Arbeit von der Zugehörigkeit zum Heimatschutz abhängig gemacht wird, eingeschüchtert habe, um der Arbeiterschaft ihren Willen aufzuzwingen.

Was die erste Behauptung betrifft, so gibt das Betriebsrätegesetz dem Betriebsrate die Möglichkeit,

die Kündigung oder Entlassung von Arbeitern beim Einigungsamt anzufechten, wenn er der Meinung ist, daß die Entlassung, wie das Gesetz sagt, „aus politischen Gründen oder deswegen erfolgt sei, weil der betreffende Arbeiter vom Vereins- oder Koalitionsrecht Gebrauch gemacht habe. Ferner kann die Entlassung von Arbeitern, wenn sie zu dem Zweck geschieht, die Entlassenen oder andere Arbeiter zum Austritt aus einer bestimmten Gewerkschaft oder zum Eintritt in eine bestimmte Vereinigung zu nötigen, den Tatbestand des § 4 des Bundesgesetzes zum Schutz der Arbeitsfreiheit bilden.

Es wird Sache der Staatsanwaltschaft sein, den hier zur Erörterung gebrachten Sachverhalt zu überprüfen. Jedenfalls hat die Regierung gar keinen Anlaß, die Anwendung des Gesetzes gegenüber irgend jemandem zu hintertreiben oder der Verfolgung von Funktionären irgendeiner Unternehmung, falls sie sich strafbarer

Handlungen schuldig gemacht haben sollten, Hindernisse in den Weg zu legen.

Damit ist die Aussprache über die dringliche Anfrage beendet.

Für Geisler als Mitglied und an Stelle Duda und Duschner als Ersatzmänner des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft werden Hasenauer, beziehungsweise Abram und Markschläger, für Geisler als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses und des Rechnungshofausschusses und als Ersatzmann des Zollausschusses Hasenauer, an Stelle Duda als Ersatzmann des Ausschusses für Heereswesen Dr. Koref gewählt.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 5 Uhr 10 Min. nachm.